



Gemeinsam in einer Gesellschaft des langen Lebens

Seniorenpolitische Leitlinien des Landes Nordrhein-Westfalen bis 2025

Kinder

Jugend

Familie

Frauen

Senioren

Generationen

Integration

Internationales

Inhalt

	Vorwort	
	Einleitung: Wovon wir ausgehen	4
	Leitlinien für eine Gesellschaft des langen Lebens	5
1	Bevölkerungsstruktur in Nordrhein-Westfalen	7
2	Lebenslagen älterer Menschen in Nordrhein-Westfalen	9
	2.1 Zwischen jungem Alter und Hochaltrigkeit	9
	2.2 Wohn- und Lebensformen im Alter	11
	2.3 Kulturelle Vielfalt des Alters	12
	2.4 Bildung im Alter und für das Alter	13
	2.5 Einkommen und Einkommensverwendung älterer Menschen	14
	2.6 Ältere Erwerbstätige und Arbeitswelt	16
	2.7 Gesundheit und Pflege älterer Menschen	18
	2.8 Ältere Menschen mit Behinderung	19
	2.9 Fazit: Altern ist vielfältig	19
3	Gemeinsam die Zukunft gestalten – wichtige Akteure in Nordrhein-Westfalen	21
4	Forschungs- und Beratungslandschaft zum Thema Alter/n in Nordrhein-Westfalen	24
5	Seniorenpolitische Handlungsfelder	26
	5.1 Altersbilder und Altersdiskriminierung	26
	5.2 Lebensräume	28
	5.3 Gemeinwesenorientierte Seniorenarbeit	31
	5.4 Partizipation	32
	5.5 Mobilität	35
	5.6 Generationen	37
	5.7 Altersbildung	40
	5.8 Kultur	42
	5.9 Netzwerke	44
	5.10 Beratung	45
	5.11 Alltagshilfen	48
	5.12 Wirtschaftskraft des Alters	49
	5.13 Ältere Verbraucherinnen und Verbraucher	51
	5.14 Ältere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte	54
	5.15 Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	56
	5.16 Armut im Alter	59
	5.17 Ältere Menschen mit Behinderung	60
	5.18 Gesundes Altern	62
	5.19 Pflege im Alter	65
	Literaturverzeichnis	68



Vorwort

Älter – bunter – weniger, so lässt sich der demografische Wandel auf eine kurze Formel bringen. Die Ressourcen und Potenziale gerade auch älterer Menschen können helfen, die Herausforderungen zu bewältigen, die mit diesem Wandel verbunden sind. Dieser Erkenntnis folgen die „Seniorenpolitischen Leitlinien des Landes Nordrhein-Westfalen – Gemeinsam in einer Gesellschaft des langen Lebens“.

Den Leitlinien vorangestellt sind neun Leitziele, die deutlich machen, wie umfassend die Aufgabe ist, vor der wir stehen. Dabei erweist sich einmal mehr der Querschnittscharakter der Seniorenpolitik mit ihren vielfältigen Facetten und Bezügen: von der Frage, welche Altersbilder wir eigentlich haben, über die Bildung, die Geschlechtergerechtigkeit, bis hin zur Verknüpfung mit einer Politik für alle Generationen. Die Leitlinien bieten aber nicht nur eine grundsätzliche Einordnung der Politik für Ältere in Bezug auf andere Politikfelder, sondern sie nennen auch ganz konkret die Bereiche, in denen gehandelt werden muss, sei es das Wohnen, die Partizipation, die Mobilität oder die Pflege.

Gute Rahmenbedingungen für eine hohe Lebensqualität im Alter zu schaffen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Aufgerufen sind darum der Bund, das Land, die Kommunen, die Kirchen, die Freien Wohlfahrtsverbände und weitere öffentliche und private Organisationen in unterschiedlichen Rollen. Das ist der Grund, warum diese Leitlinien nur im bereichernden Dialog mit den Beteiligten und ebenso mit einer intensiven ressortübergreifenden Abstimmung entstehen konnten.

Ich hoffe und wünsche, dass die Leitlinien „Gemeinsam in einer Gesellschaft des langen Lebens“ in der Praxis breite Anwendung finden, im Sinne ihrer Leitziele wirken und dabei helfen, eine Gesellschaft des Miteinanders zu fördern.

A handwritten signature in black ink, which appears to read "Armin Laschet". The signature is fluid and cursive.

Armin Laschet

Minister für Generationen, Familie, Frauen und
Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

Einleitung: Wovon wir ausgehen

Nordrhein-Westfalen – als größtes deutsches Bundesland – steht vor völlig neuen und tiefgreifenden Herausforderungen, die sich treffend mit den Begriffen weniger, älter und bunter umschreiben lassen. Diese Entwicklung bleibt nicht ohne Folgen für das Leben der einzelnen Menschen, für ihr Zusammenleben und für das Handeln der politischen Akteure. Die Herausforderungen sind groß. Aber: Sie sind gestaltbar, weil sie bekannt sind und weil Netzwerke von Handelnden bestehen. Mit den Leitlinien Gemeinsam in einer Gesellschaft des langen Lebens wird der derzeitige Status quo, Handlungsfelder und Handlungsmöglichkeiten in der Seniorenpolitik aufgezeigt. Seniorenpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die für aber vor allem mit älteren Menschen gestaltet werden und nachhaltig angelegt werden muss. Die Heterogenität älterer Menschen im Sinne realistischer Altersbilder muss dabei anerkannt und handlungsleitend sein. Herausforderungen in Folge des demografischen Wandels müssen dabei nicht zwingend Belastung sein, wenn

- älter als Gewinn,
- bunter als Bereicherung und
- weniger als mehr

begriffen werden.

Der demografische Wandel birgt die Chance, den Fokus auf das Verhältnis von Bürgerinnen sowie Bürgern und dem Staat zu richten und zu einer Balance zwischen Staat und Gesellschaft zu kommen, die der Gesellschaft mehr Gewicht und Teilhabe und damit mehr Einfluss ermöglicht.

Immer mehr Menschen werden immer älter und das bei meist guter Gesundheit. Die Mehrzahl der älteren Menschen ist heute aktiver und ökonomisch besser gestellt als früher und verfügt über deutlich mehr gestalterische Lebenszeit in der nachberuflichen Phase.

Älter werdende und ältere Menschen verfügen über hinreichend eigene Ressourcen und Potenziale, die sie dazu befähigen, im Rahmen ihrer jeweiligen Möglichkeiten aktiv an der sie betreffenden Problemprevention, -vermeidung, -beseitigung und -lösung mitzuwirken.

Sie tragen Eigenverantwortung, für sich selbst und für das eigene Leben, insbesondere wenn es darum geht, durch mehr Eigenaktivität und -verantwortung die durch das Alter möglichen Belastungen Dritter und der Öffentlichkeit zu reduzieren, beispielsweise durch aktive Gesundheitsförderung oder auch durch den Erhalt ihrer

Selbstständigkeit durch Technikbeherrschung und -nutzung. Darüber hinaus tragen sie auch Mitverantwortung, bezogen auf Verantwortungsübernahme für das Leben anderer sowie für allgemeine gesellschaftliche Anliegen, beispielsweise im Rahmen bürgerschaftlichen Engagements oder bei der aktiven Ausübung des kommunalen Selbstverwaltungsrechtes.

Die Frage, wie man im Alter leben möchte, stellt sich nicht erst dann, wenn man schon alt geworden ist. Altern ist ein Prozess, der mit der Geburt beginnt. Vorstellungen und Planungen für das Alter sollten wesentlicher Bestandteil einer vorausschauenden Lebensplanung und -gestaltung sein. Anknüpfend an Eigenverantwortung und Mitverantwortung sollte jeder im Rahmen seiner Möglichkeiten Vorsorge treffen, um auch im Alter entsprechend seinen Vorstellungen zu leben. Die Eigen- und Mitverantwortung muss im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips erfolgen, nach dem es eine gesellschaftliche Vorleistungspflichtung gibt, nämlich dafür zu sorgen, dass vorhandene Potenziale und Ressourcen überhaupt aktiviert werden bzw. sich entfalten können.

In der Konsequenz ist Alter per se keine durch soziale Risiken und Probleme gekennzeichnete oder bedrohte Lebenslage. Allerdings ist ein quantitativ beachtlicher und durch die demografische Entwicklung weiter wachsender Teil der älteren Menschen von sozialen Risiken durchaus betroffen, beispielsweise aufgrund von Langzeitarbeitslosigkeit, aufgrund diskontinuierlicher Erwerbsbiografien, aufgrund des Zuwanderungshintergrundes, aufgrund negativer Folgen der Singularisierung, aufgrund von Erkrankungen z.B. an Demenz sowie bei Pflegebedürftigkeit. Eine sozial gerechte Politik für und mit Ältere/n grenzt diese Menschen nicht aus, sondern ergreift Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität. Darüber hinaus muss es aber auch darum gehen, sowohl die individuelle als auch die gesellschaftliche Bedeutung von Potenzialen älterer Menschen zu erkennen. Es gilt, Alter(n) als einen Entwicklungsprozess mit Gewinnen und Stärken zu begreifen, ohne die Grenzen zu verkennen.

Wir gehen davon aus, dass das kollektive Altern der Gesellschaft eine Erweiterung in den Vorstellungs- und Handlungsmöglichkeiten der Menschen bewirken kann. Dabei kann es als Chance und Ausgangspunkt für strukturelle Reformen in anderen, nicht unmittelbar demografiesensiblen Politikbereichen begriffen werden. Wenn beispielsweise

- lebenslanges Lernen als Ziel der Bildungspolitik verstanden und umgesetzt wird,
- eine Lebenslauforientierung in der Beschäftigungspolitik forciert wird,

- Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Berufstätigkeit, Kindererziehung und Pflege sowie zur generationenorientierten Familienpolitik verstärkt werden.

Der demografische Wandel verändert auch Nordrhein-Westfalen. Die Einwohnerinnen und Einwohner, die Akteure im Gemeinwesen und in der Politik haben es in der Hand, die Entwicklungen sozial, gerecht und zum möglichst allseitigen Vorteil zu gestalten. Alle gemeinsam sind in unterschiedlichen Verantwortungsrollen und mit unterschiedlichen Aufgaben aufgerufen, an dieser wichtigen Gestaltungsaufgabe mitzuarbeiten.

Leitlinien für eine Gesellschaft des langen Lebens

Leitlinie 1:

Gemeinsam eine aktive Gesellschaft des langen Lebens gestalten

Die Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur erfordern einen nachhaltigen Perspektivwechsel der Seniorenpolitik auf allen Ebenen und bei allen Akteuren. Ziel ist die Gemeinschaft der Generationen in einer aktiven Gesellschaft für alle Altersgruppen. Zu dieser Gestaltungsaufgabe sind das Land, die Kommune, die Wohlfahrtspflege, weitere Akteure und alle (älteren) Bürgerinnen sowie Bürger (Bürgerschaftliches Engagement) Nordrhein-Westfalens aufgefordert.

Leitlinie 2:

Miteinander in den Dialog treten und Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen

Nur durch aktive Beteiligung der zahlreichen Handelnden in seniorenpolitischen Belangen und auf dem Feld der sozialen Arbeit können für Nordrhein-Westfalen Weichenstellungen vorgenommen und wirksam werden. Dies gilt im Rahmen der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit ebenso wie auf der Landesebene.

Leitlinie 3:

Realistische Vorstellungen über das Altern entwickeln und Altersdiskriminierung abbauen

Das Land unterstützt einen positiven Wandlungsprozess der Altersbilder in der Gesellschaft. Es gilt die Vielfalt des Alters zu verdeutlichen. Eckpunkte dieser Heterogenität sind beispielsweise die Darstellung und der kreative Umgang mit den Potenzialen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einerseits und andererseits die Unterstützung pflegender Angehöriger von hochaltrigen, demenziell erkrankten Menschen.

Offene oder verdeckte Diskriminierung aufgrund des Lebensalters ist in keinem gesellschaftlichen Bereich tolerierbar. Es gilt Altersdiskriminierung aufzuzeigen und abzuschaffen.

Leitlinie 4:

Rahmenbedingungen für Selbstbestimmung und Mitgestaltung schaffen

Alle gesellschaftlichen und politischen Bereiche sollen sich weiter öffnen und ältere Menschen zur Mitgestaltung ermuntern. Ein Umgang miteinander auf Augenhöhe gilt dabei für alle Beteiligten. Das Selbstbestimmungsrecht Älterer in allen Lebenslagen ist zu achten und zu sichern. Dies betrifft die Beteiligung am Verbrauchermarkt genauso wie Maßnahmen des altersngerechten Wohnens.

Eine Grundlage der Mitgestaltung ist das bürgerschaftliche Engagement. Alte und neue Verantwortungsrollen Älterer haben einen hohen gesellschaftlichen Wert und sollen besondere Anerkennung erfahren.

Leitlinie 5:

Selbstbestimmung, Selbstständigkeit und Lebensqualität Älterer fördern

Selbstbestimmung, Selbstständigkeit und Lebensqualität sind Ziele, die auch bei wachsendem Unterstützungsbedarf erreicht werden sollen. Zentralen Stellenwert hierfür hat beispielsweise das vertraute Wohnumfeld mit barrierefreien Wohnungen sowie innovativen Wohn- und Betreuungskonzepten. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist darüber hinaus eine übersichtliche und abgestimmte Beratung, damit Hilfen und Angebote bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können. Nicht zuletzt ist die Qualität der Pflege und der geriatrischen Versorgung mit dem Ziel höchst möglicher Lebensqualität und Teilhabe für Pflegebedürftige und pflegende Angehörige zu gewährleisten bzw. auszubauen.

Leitlinie 6:

Bildung als zentralen Grundstein begreifen

Bildung im doppelten Sinne Für ein langes Leben und Ein Leben lang ist Grundstein und zugleich Motor, um eine Gesellschaft des langen Lebens zu gestalten. Bildung von und für Ältere soll mit besonderem Augenmerk auf neue medial gestützte Formen in vielfältiger Weise unterstützt werden. Hierzu zählen auch die qualitativ neuen Anforderungen an die soziale Arbeit (offene Altenarbeit) mit Älteren.

Leitlinie 7:

Zu sozialer Ausgewogenheit beitragen

Einer derzeit guten Versorgungssituation vieler älterer Menschen steht eine – in Zukunft voraussichtlich wieder wachsende – Anzahl älterer Menschen mit sozialen Risiken gegenüber. Eine sozial gerechte Politik für Ältere muss diese Unterschiede berücksichtigen.

Leitlinie 8:

Geschlechtergerecht handeln

Die Ausrichtung auf eine geschlechtergerechte Politik auch für Ältere muss selbstverständlich sein und bei allen Programmen und Maßnahmen berücksichtigt werden.

Leitlinie 9:

Alle Generationen im Blick

Seniorenpolitik hat die Bedarfe und Interessen aller Generationen im Blick. Sie engagiert sich für eine solidarische Gesellschaft aller Generationen.

Diese neun Leitlinien sind als Grundprinzipien der Politik für Ältere in Nordrhein-Westfalen zu verstehen. Sie stellen gleichsam den roten Faden für die Umsetzung in den seniorenpolitischen Handlungsfeldern und darüber hinaus dar, die auf Landesebene für die Gestaltung des demografischen Wandels bis 2025 von besonderer Bedeutung sind.

Bei den Handlungsbereichen handelt es sich um (vgl. ausführlich Kap. 5)

- Altersbilder und Altersdiskriminierung,
- Wohnen – Lebensräume,
- Gemeinwesenorientierte Seniorenarbeit,
- Partizipation,
- Mobilität,
- Generationen,
- Altersbildung,
- Kultur,
- Netzwerke,
- Beratung,
- Alltagshilfen,
- Wirtschaftskraft Alter,
- Ältere als Verbraucherinnen und Verbraucher,
- Ältere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte
- Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,
- Armut im Alter,
- Ältere Menschen mit Behinderung,
- Gesundes Altern,
- Pflege im Alter.

1 Bevölkerungsstruktur in Nordrhein-Westfalen

Bevölkerungsstand und -entwicklung in Nordrhein-Westfalen

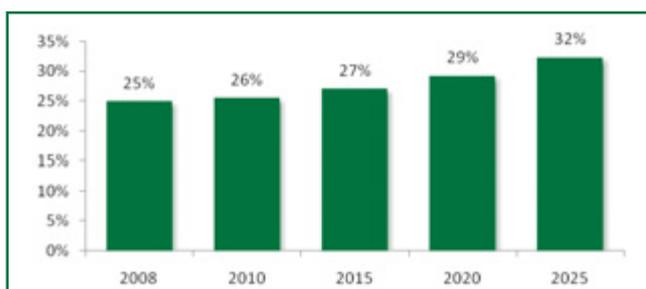
Der demografische Wandel ist in Nordrhein-Westfalen – ebenso wie in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt – gekennzeichnet durch das Zusammenwirken dreier wesentlicher Entwicklungen:

- konstant niedrige Geburtenraten,
- weitere Zunahme der mittleren und ferneren Lebenserwartung,
- anhaltende Zuwanderung.

Dabei führen niedrige Geburtenraten bei gleichzeitig steigender Lebenserwartung zu einem Geburtendefizit, das auch mittelfristig durch Zuwanderung nicht kompensiert werden kann. Insgesamt haben diese Trends in Nordrhein-Westfalen dazu geführt, dass sich der Altersaufbau der Bevölkerung deutlich verändert hat und zunehmend mehr alte und immer weniger junge Menschen im Land leben. Der aktuellsten Bevölkerungsvorausberechnung des Landesbetriebes „Information und Technik Nordrhein-Westfalen“ IT.NRW (ehemals Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen) von 2008 zufolge wird die heutige Einwohnerzahl Nordrhein-Westfalens von ca. 18 Millionen Menschen (01.01.2008) bis zum Jahr 2025 auf etwa 17,5 Millionen Menschen, also um 3 %, sinken.¹

2008 lag der Anteil älterer Menschen (60 Jahre und älter) an der Gesamtbevölkerung Nordrhein-Westfalens bei 25 %. Vorausberechnungen zufolge wird der Anteil dieser Bevölkerungsgruppe bis 2025 auf 32 % ansteigen (siehe Abbildung 1). D.h., 2025 wird voraussichtlich jeder dritte Mensch in Nordrhein-Westfalen 60 Jahre und älter sein.

Abbildung 1: Anteil der 60-Jährigen und Älteren an der Gesamtbevölkerung Nordrhein-Westfalen



Quelle: IT.NRW, 2009
Bevölkerungsvorausberechnung, eigene Berechnungen

1 In den folgenden Kapiteln werden die Daten mit Stand vom Februar 2009 des IT.NRW (Landesbetrieb „Information und Technik Nordrhein-Westfalen“) sowie Studien mit nordrhein-westfälischem Bezug verwendet.

Regionale Unterschiede

Die Altersverteilung ist in Nordrhein-Westfalen regional sehr unterschiedlich und wird – das zeigen die Bevölkerungsvorausberechnungen – auch künftig deutliche Differenzierungen aufweisen, die es auch weiterhin zu beobachten gilt. Im Ergebnis wird es zu weiteren Verschiebungen innerhalb des Bevölkerungsaufbaus in den verschiedenen Teilen des Flächenlandes kommen.

Nach der Bevölkerungsvorausberechnung des Landesbetriebes „Information und Technik Nordrhein-Westfalen“ (IT.NRW) vom 01.01.2008 sind bis 2025 in den Kreisen und kreisfreien Städten Nordrhein-Westfalens neben einer nach Regionen differenzierten Altersstrukturentwicklung auch unterschiedliche Bevölkerungsrückgänge bzw. kleinere Bevölkerungszuwächse zu verzeichnen.

Im landesweiten Vergleich fällt auf, dass insbesondere in der Stadt Remscheid, in dem Kreis Höxter, in dem Hochsauerlandkreis und im Märkischen Kreis bis 2025 ein deutlich hoher Rückgang der Bevölkerung erwartet wird. So zeichnet sich beispielsweise für den Märkischen Kreis bis 2025 ein Bevölkerungsrückgang von 441.704 auf 391.203 Einwohnerinnen und Einwohner ab. Dies entspricht einem Verlust von 12,1 % der Bevölkerung. Auf der anderen Seite wird in den kreisfreien Städten wie der Stadt Bonn, Köln und Düsseldorf ein Bevölkerungszuwachs von über 9 % erwartet.

Merkliche regionale Unterschiede werden im Hinblick auf die kreisfreien Städte und Kreise in der Altersstruktur erwartet. Obwohl landesweit ein genereller Anstieg der Altersgruppe der über 60-Jährigen zu verzeichnen ist, sind auch hier die relativen Zunahmen regional deutlich differenziert.

Bei der Altersgruppe der 60- bis unter 80-Jährigen weist beispielsweise der Kreis Coesfeld einen sehr hohen relativen Anstieg auf. Bis 2025 ist hier ein Anstieg der genannten Altersgruppe von 46,8 % zu erwarten. Des Weiteren ist im Rhein-Sieg-Kreis bis 2025 ein extrem hoher Anstieg der 80-Jährigen und Älteren (98,2 %) festzustellen. Ein ähnlich hoher Anstieg dieser Altersgruppe wird auch im Rhein-Erft-Kreis (96 %) und im Kreis Coesfeld (89,9 %) erreicht.

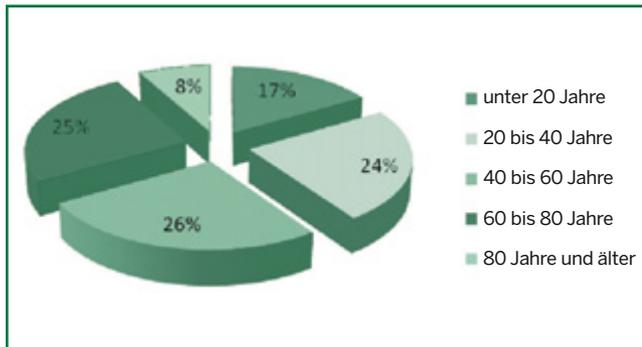
In den Städten Hagen (-2,8 %) und Remscheid (-0,39 %) werden dagegen bei der Altersgruppe der 60- bis unter 80-Jährigen im Jahr 2025 Rückgänge erwartet.

Nachfolgend werden Bevölkerungsentwicklungen in Bezug auf das Ruhrgebiet aufgezeigt.² Hierbei handelt es

2 Laut IT.NRW umfasst das Ruhrgebiet die kreisfreien Städte Bochum, Bottrop, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Hamm, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen sowie die Kreise Recklinghausen, Wesel und Unna (s. Abb.3)

sich um ein Gebiet, das in besonderer Weise vom Bevölkerungsrückgang und einem zunehmendem Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung betroffen ist. Am 01.01.2008 lebten im Ruhrgebiet 4.701.379 Menschen. Bis zum Jahr 2025 wird von einem Bevölkerungsrückgang von rund 283.800 Einwohnerinnen und Einwohnern ausgegangen.

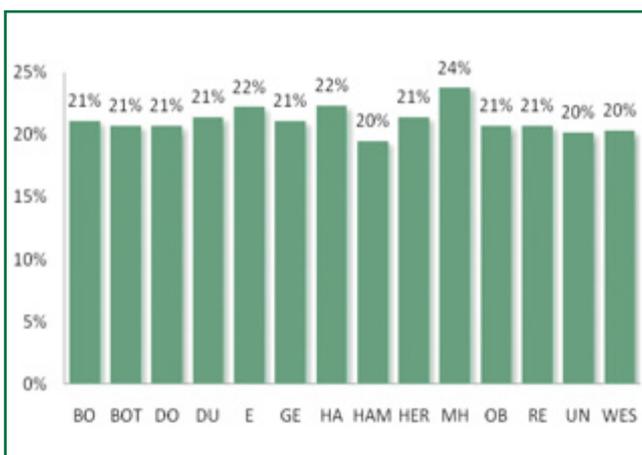
Abbildung 2: Bevölkerung nach Altersgruppen im Ruhrgebiet 2008



Quelle: IT. NRW, 2009, Bevölkerungsvorausberechnung, eigene Berechnung

Abbildung 3 gibt einen Überblick über die Anteile der über 65-Jährigen in verschiedenen Städten des Ruhrgebiets. Auffallend ist, dass in der Stadt Mülheim an der Ruhr der Anteil der über 65-Jährigen mit rund 24 % (23,8 %) überdurchschnittlich hoch.

Abbildung 3: Anteil der über 65-Jährigen im Ruhrgebiet (2008)



Quelle: IT.NRW, 2009

Weitere Ruhrgebietsstädte mit einem hohen Anteil 65-jähriger und älterer Personen sind Schwelm (23 %), Hattingen(22,9 %), Hünxe (22,6 %), Herten (22,5 %), Hagen (22,3 %) und Essen (22,2 %). Den niedrigsten Anteil an den über 65-Jährigen verzeichnet die Stadt Bergkamen mit 17,7 %.

Neben den Metropolregionen und Oberzentren mit einem starken regionalen Umfeld gibt es in Nordrhein-Westfalen viele ländlich strukturierte Lebensräume, in denen mehr als die Hälfte der Bevölkerung des Landes lebt. Die ländlichen Räume sind in unterschiedlicher Weise stark an urbane Zentren und Verdichtungsräume angeschlossen und weisen damit unterschiedliche Niveaus hinsichtlich ihrer Anbindung auf. So haben beispielsweise das Sauerland, die Eifel und das Münsterland als stärker ländlich geprägte Regionen recht gute Anbindungen an nicht weit entfernte urbane Zentren wie Münster, Köln oder das Ruhrgebiet.

Wie in den Ballungsgebieten verändert sich auch in den ländlichen Regionen Nordrhein-Westfalens die Altersstruktur der Bevölkerung. In vielen ländlichen Gebieten und Kleinstädten ist eine positive Bevölkerungsentwicklung zu verzeichnen, beispielsweise im Kreis Paderborn und in Gütersloh. Die Gründe für den Bevölkerungszuwachs in diesen Regionen liegen zum einen in den Stadt-Umland-Wanderungen, zum anderen in einem relativen Geburtenüberschuss.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich die demografische Gesamtsituation in Nordrhein-Westfalen regional deutlich unterschiedlich darstellt, mit Zuwächsen und Verlusten. Von den Auswirkungen des demografischen Wandels ist das Ruhrgebiet in besonderer Weise betroffen, da hier der Alterungs- und Schrumpfungsprozess bereits vorangeschritten ist.

Ebenso wie bei den Städte und Metropolen ist eine differenzierte Lage für den großen Anteil ländlich strukturierter Räume im Hinblick auf Auswirkungen des demografischen Wandels zu konstatieren.

2 Lebenslagen älterer Menschen in Nordrhein-Westfalen

In der Sozialen Gerontologie wird das Lebenslagekonzept sehr häufig als Hintergrundfolie zur Beschreibung, Erklärung und Prognose der äußeren Bedingungen verstanden, durch die das Leben von Personen und Gruppen beeinflusst wird. Zum Wesen des Lebenslagebegriffs gehört, dass er unterschiedliche Aspekte, d.h. mehrere Dimensionen, umfasst. Zu den wichtigen Lebenslagedimensionen älterer Menschen zählen der Vermögens- und Einkommensspielraum, der materielle Versorgungsspielraum, der Kontakt-, Kooperations- und Aktivitätsspielraum, der Lern- und Erfahrungsspielraum, der Dispositions- und Partizipationsspielraum, der Gesundheitszustand sowie Muße- und Regenerationsmöglichkeiten. Wichtig ist, dass diese einzelnen Dimensionen nicht getrennt und unabhängig voneinander, sondern in ihrer Wechselwirkung betrachtet werden müssen. Beispielhaft wäre hier die Untersuchung des Einflusses von Einkommen auf die Gesundheit zu nennen.

Lebenslagen im Alter sind zum Teil auch Ausdruck des Altersstrukturwandels³, werden jedoch von vielschichtigen sozialen bzw. sozioökonomischen Einflüssen überlagert, die ihren Ursprung häufig bereits in früheren Phasen der Biografie haben. Dabei gilt ganz allgemein, dass ungünstige Ausgangs- und Lebensbedingungen in früheren Lebensphasen in sehr vielen Fällen (kritische) Auswirkungen bis in die Lebensphase Alter hinein haben.

Im Zusammenwirken der verschiedenen Faktoren entsteht daher ein breites Spektrum individueller und kollektiver Lebensumstände und Entwicklungen, die sich mit einem einheitlichen Altersbegriff nicht erfassen lassen, da neben biologischen Faktoren auch noch biografische Differenzierungen sowie solche aus der Pluralisierung der Lebensstile in das Alter hineinwirken können. Daher ist von einer Vielzahl unterschiedlicher Lebenslagen älterer Menschen auch in Nordrhein-Westfalen auszugehen. Deren differenzierte Darstellung ist eine wichtige Grundlage für die Ableitung von seniorenpolitischen Leitlinien und Handlungsempfehlungen und soll deshalb diesen im Folgenden vorangestellt werden.

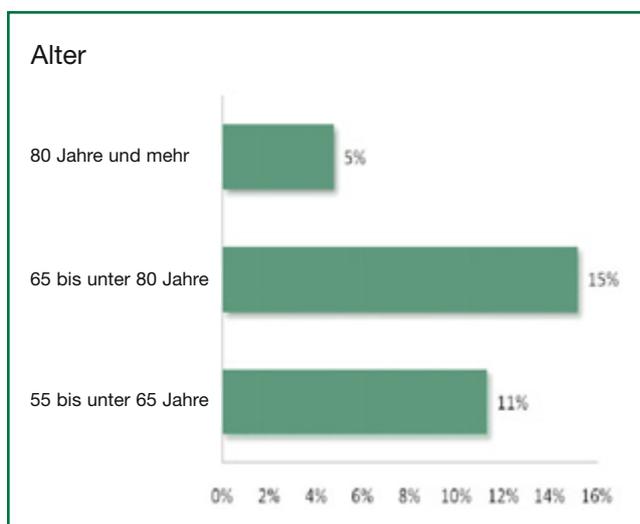
³ Der Altersstrukturwandel wird allgemein im Hinblick auf folgende Aspekte beschrieben: 1. Zeitliche Ausdehnung der Altersphase, 2. Differenzierung des Alters, 3. Ethnisch-kulturelle Differenzierung des Alters, 4. Verjüngung des Alters, 5. Feminisierung des Alters, 6. Singularisierung des Alters, 7. Hochaltrigkeit des Alters

2.1 Zwischen jungem Alter und Hochaltrigkeit

Der Beginn der Lebensphase Alter wird im Allgemeinen mit dem Ausscheiden aus dem Berufsleben gleichgesetzt. Da Altern jedoch ein sehr individueller Prozess ist und zunehmend in unterschiedlichen und zugleich komplexer werdenden sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhängen stattfindet, hat sich die Lebensphase Alter bis dato zeitlich deutlich ausgedehnt. Weiterhin sind auch die Bezüge, in denen ältere Menschen leben, immer vielseitiger geworden.

Die zeitliche Ausdehnung der Lebensphase Alter legt eine Differenzierung der Altersphase nahe, die häufig in sogenannte junge Alte, mittlere Alte und Hochaltrige unterteilt werden. Einen Überblick über die aktuelle Verteilung nach verschiedenen Altersgruppen (Alterskohorten) in der Gesamtbevölkerung gibt Abbildung 4. Abbildung 5 ergänzt um die prognostizierten Veränderungen der Anteile in den verschiedenen Alterskohorten von 2008 bis 2025.

Abbildung 4: Anteile ausgewählter Alterskohorten an der Gesamtbevölkerung Nordrhein-Westfalen (2008)



Quelle: IT.NRW, 2009, Bevölkerungsvorausberechnung, eigene Berechnung

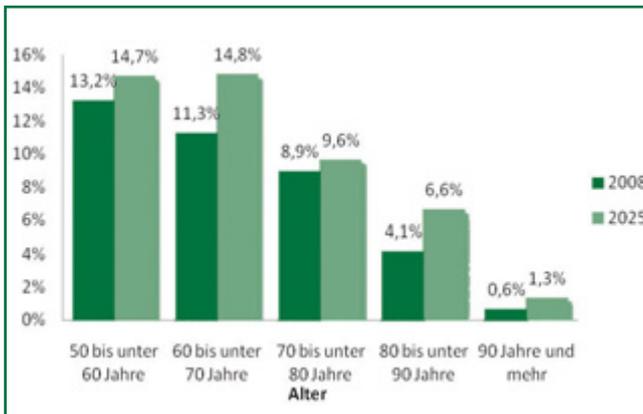
Zu den Jungen Alten zählt die Personengruppe, die sich in der Spätphase des Erwerbslebens mit bevorstehender Verrentung bzw. Pensionierung befindet. Ihnen wird das Lebensalter von 55 bis 65 Jahren zugeordnet. In Nordrhein-Westfalen gehören derzeit ca. 2 Millionen Menschen dieser Altersgruppe an. Bis zum Jahre 2025 wird der Anteil dieser Gruppe, der 55- bis 65-Jährigen auf etwa 2,9 Millionen Menschen, also um rund 40 % anstei-

gen. Ein vergleichbarer Anstieg ist auch bei der Gruppe der Hochaltrigen zu erwarten. Hochaltrigkeit bezeichnet die Lebensphase nach dem 80. Lebensjahr und ist häufig mit einem zunehmenden Hilfe- und Pflegebedarf verbunden. In Nordrhein-Westfalen sind derzeit mehr als 857.000 Personen 80 Jahre und älter. Diese Personengruppe hat aktuell einen Bevölkerungsanteil von 5 %.

Angesichts der sich verändernden Lebenserwartung richtet sich der Blick in letzter Zeit auch auf die Entwicklung der Gruppe der über 90-Jährigen (vgl. Abb. 5). Diese Gruppe umfasst derzeit 113.102 Frauen und Männer (0,63 % der Gesamtbevölkerung von Nordrhein-Westfalen). Die Vorausberechnungen für 2025 gehen dahin, dass die Altersgruppe der Hochaltrigen (80 Jahre und mehr) insgesamt um mehr als die Hälfte ansteigen wird.

Die Anzahl der über 90-Jährigen wird sich in diesem Zeitraum mehr als verdoppeln. Auch in den übrigen Alterskohorten wird es bis 2025 nicht nur zu quantitativen Veränderungen im Sinne einer Zunahme kommen, sondern auch die Anteile an der Gesamtbevölkerung Nordrhein-Westfalens werden in allen aufgezeigten Altersgruppen steigen. So wächst beispielsweise der Anteil der 60- bis 70-Jährigen von heute 11 % bis 2025 um 3,5 Prozentpunkte (vgl. Abb. 5).

Abbildung 5: Anteile ausgewählter Alterskohorten an der Gesamtbevölkerung im Zeitvergleich (2008/2025)

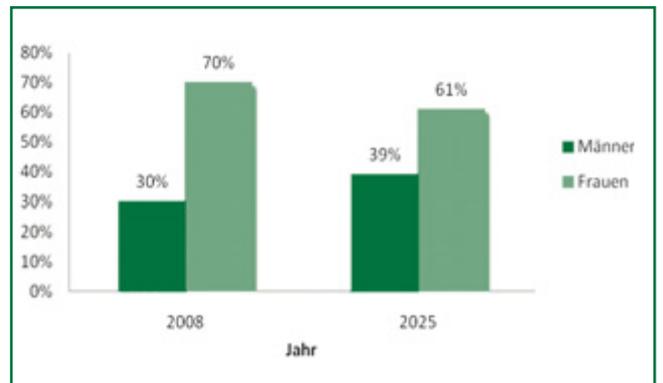


Quelle: IT.NRW, 2009, Bevölkerungsvorausberechnung, eigene Berechnung:

Differenziert man nach Geschlecht, so liegt der Anteil der Frauen bei den Hochaltrigen derzeit bei 70 % (vgl. Abbildung 6). Die Männer sind bei den Hochaltrigen deutlich in der Minderheit: Bei den über 80-Jährigen kommen auf einen Mann vier Frauen. Dies lässt sich dadurch erklären, dass sich zurzeit noch der Ausfall vieler (älterer) Männer durch den zweiten Weltkrieg bemerkbar

macht bei gleichzeitig durchschnittlich höheren Lebenserwartungen von Frauen. Bis 2025 wird sich die Anzahl der hochaltrigen Männer jedoch nahezu verdoppeln, wodurch sich die Anteile hochaltriger Frauen und Männer immer weiter angleichen. Zwar wird durch diese Entwicklung das Geschlechterverhältnis bei hochaltrigen Menschen in Zukunft etwas ausgeglichener sein, gleichwohl wird insbesondere das hohe Alter auch künftig überwiegend weiblich bleiben.

Abbildung 6: Anteil der Männer und Frauen an den über 80-Jährigen und Älteren in Nordrhein-Westfalen, 2008 und 2025

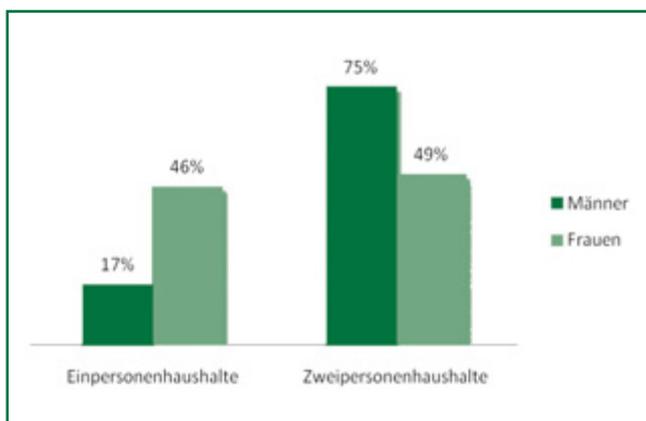


Quelle: IT.NRW, 2009, Bevölkerungsvorausberechnung, eigene Berechnung

2.2 Wohn- und Lebensformen im Alter

Derzeit leben in Nordrhein-Westfalen weit über 90 % der 60-jährigen und älteren Menschen in Privatwohnungen. Dominante Haushaltsformen im Alter sind Ein- und Zweipersonenhaushalte. Jedoch bestehen auch hier erhebliche Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Führen 46 % der über 65-jährigen Frauen alleine einen Haushalt, waren es von den Männern nur 17 % (siehe Abbildung 7). Männer sind vor allem in Zweipersonenhaushalten anzutreffen – 75 % der Männer gegenüber 49 % der Frauen. Festzuhalten ist, dass mit zunehmendem Alter der Einpersonenhaushalt an Bedeutung gewinnt, wobei dies in höherem Maße für ältere Frauen zutrifft.

Abbildung 7: Haushaltsstrukturen der über 65-jährigen Männer und Frauen in Nordrhein-Westfalen (2007)



Quelle: IT.NRW, 2007, Mikrozensus, eigene Berechnung

Der Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung Nordrhein-Westfalens nach Altersgruppen ist zu entnehmen, dass bei älteren Menschen von einer beträchtlichen Zunahme der Anzahl der Haushalte insgesamt auszugehen ist. Eine Folge wird eine steigende Nachfrage nach seniorenge-rechten Wohnungen sein. Derzeit liegen zum Bestand an seniorenge-rechten Wohnungen weder auf Landes- noch auf Bundesebene Zahlen (Wohnungsfortschreibung, Baugenehmigungsstatistik, Mikrozensuszusatzserhebungen) aus der amtlichen Statistik vor.⁴

Das vom Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen in Auftrag gegebene Gutachten zur Veränderung der Wohnungsnachfrage und Reaktion des Wohnungsangebotes in Nordrhein-Westfalen bis 2025 kommt zu dem Ergebnis, dass in allen Regionen des Landes sogenanntes seniorenge-rechtes Wohnen an Bedeutung gewinnen wird. Zu einem erhöhten Bedarf bei einem zu geringem Angebot an seniorenge-rechten Woh-

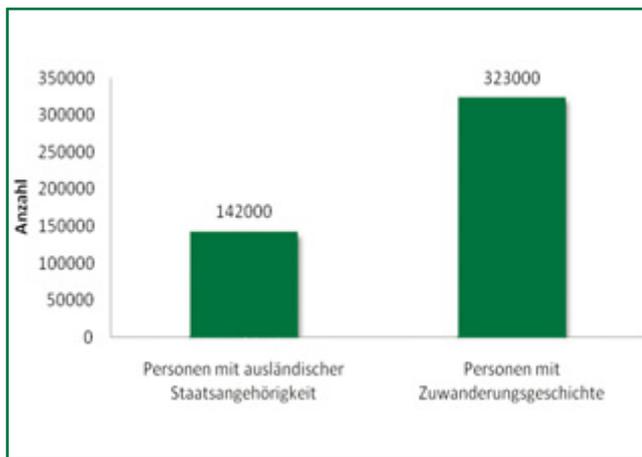
nungen kommt es vor allem in den Regionen, in denen der Anteil der über 75-jährigen und älteren Menschen besonders hoch und der Bestand an Geschosswohnungen zugleich niedrig ist. Die Kosten für seniorenge-rechtes Wohnen liegen um ca. 35 % über dem durchschnittlichen Mietniveau. Gerade mit Blick auf ältere Menschen mit geringen Einkommen bedarf es auch hier eines entsprechend preisgünstigen Angebots. Wichtig ist in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass barrierefreie Wohnungen zwar die grundlegende Voraussetzung des seniorenge-rechten Wohnens darstellen, aber allein nicht ausreichen, um seniorenge-rechtes Wohnen angemessen zu charakterisieren. Für die Qualität dieser Wohn- und Lebensform ist der Einbezug des Wohnumfeldes, in dem soziale Kontakte ebenso möglich sind wie altersgerechte Sport- und Freizeitmöglichkeiten, unabdingbar.

⁴ Quelle: MBV NRW (2006): Veränderung der Wohnungsnachfrage und Reaktion des Wohnungsangebotes in Nordrhein-Westfalen bis 2025. S. 19

2.3 Kulturelle Vielfalt des Alters

In Nordrhein-Westfalen leben derzeit 4 Millionen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, darunter 1,9 Millionen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. 9 %, d.h. 323.000 der Personen mit Zuwanderungsgeschichte in Nordrhein-Westfalen, sind 65 Jahre und älter. Davon haben 142.000 Menschen eine ausländische Staatsangehörigkeit und 182.000 Menschen die deutsche Staatsangehörigkeit, wobei es sich bei letzteren vor allem um Aussiedlerinnen und Aussiedler sowie Eingebürgerte handelt (siehe Abbildung 8).

Abbildung 8: Anzahl der Personen im Alter von 65 Jahren und älter mit ausländischer Staatsangehörigkeit und mit Zuwanderungsgeschichte in Nordrhein-Westfalen 2007



Quelle: IT.NRW, 2007, Mikrozensus, eigene Berechnung

Die zugewanderte Bevölkerung weist insgesamt eine deutlich jüngere Altersstruktur auf als die einheimische Bevölkerung. Allerdings wird der Altenanteil innerhalb der zugewanderten Bevölkerung auch in Nordrhein-Westfalen künftig überproportional ansteigen. Bis 2020⁵ wird die Zahl der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in der Altersgruppe 40 - 65 Jahre um 20 %, d.h. auf 1,5 Millionen Menschen und in der Altersgruppe 65 Jahre und älter um 68 % auf 550.000 Menschen ansteigen. Insgesamt kann die steigende Zahl älterer zugewanderter Menschen in Nordrhein-Westfalen als ein Indiz dafür angesehen werden, dass Menschen mit Zuwanderungsgeschichte im höheren Lebensalter zunehmend weniger in ihre Herkunftsländer zurückkehren.

Im Hinblick auf die Zusammensetzung der älteren Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit im Land rangieren an erster Stelle Ältere türkischer Herkunft, die zweitgrößte Gruppe bilden ältere Zuwanderer aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens, gefolgt von Italienern, Griechen und Niederländern. Insgesamt handelt es sich bei älteren Menschen mit Zuwanderungsgeschichte um eine unter sozialen, kulturellen, gesundheitlichen, ökonomischen und rechtlichen Gesichtspunkten sehr heterogene Bevölkerungsgruppe. Dies schlägt sich auch in einer großen Vielfalt von Lebenslagen nieder, die künftig noch stärker zu analysieren und zu berücksichtigen sein werden.

⁵ Die Zuwachsraten der Gesamtbevölkerung basieren auf der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes der VZ 1987 und der Vorausberechnung der Bevölkerung in der kreisfreien Städten und Kreisen NRW 2005-2025/50. Die Zuwachsraten der Bevölkerung mit Zuwanderungsgeschichte basieren auf einer Modellrechnung des IT.NRW und berücksichtigen den Zeitraum 2006-2020.

2.4 Bildung im Alter und für das Alter

In Nordrhein-Westfalen ist ein Großteil der älteren Bevölkerungsgruppe in einer überwiegend guten körperlichen und geistigen Verfassung und lebt unabhängig von Hilfe und Pflege. Ältere Menschen besitzen Kompetenzen und Ressourcen, die erfolgreich für den Einzelnen und die Gesellschaft aktiviert werden können. Diese günstigen Faktoren machen es – insbesondere im Kontext der demografischen Entwicklung – notwendig, die bei älteren Menschen vorhandenen Potenziale zu mobilisieren und effektiv zu nutzen, für den Einzelnen selbst und für die Gesellschaft soweit die individuelle Bereitschaft dazu besteht.

Da für Nordrhein-Westfalen zum Thema Bildung im Alter derzeit keine umfassenden und verlässlichen Daten vorliegen, können keine hinreichenden Aussagen zur künftigen Entwicklung in diesem Bereich getroffen werden. Der Aufbau einer Datenbasis sowie eine Aktualisierung und Zusammenführung vorhandener Einzelerhebungen in Bezug auf die Bildungsbereitschaft, -inanspruchnahme und den Bildungsbedarf älterer Menschen ist für Nordrhein-Westfalen daher dringend erforderlich. Der Rückgriff auf Daten für die Bundesrepublik Deutschland insgesamt zeigt, dass die Bildungsnachfrage von Menschen im Alter zwischen 50 und 75 Jahren auf 6,7 bis 8,7 Millionen bis zum Jahre 2015 steigen wird (Schröder/Gilberg 2005). Weiterhin werden aufgrund des höheren Bildungsniveaus sowie der gesellschaftlichen Anforderungen die Bildungsansprüche älterer Menschen wahrscheinlich anwachsen.

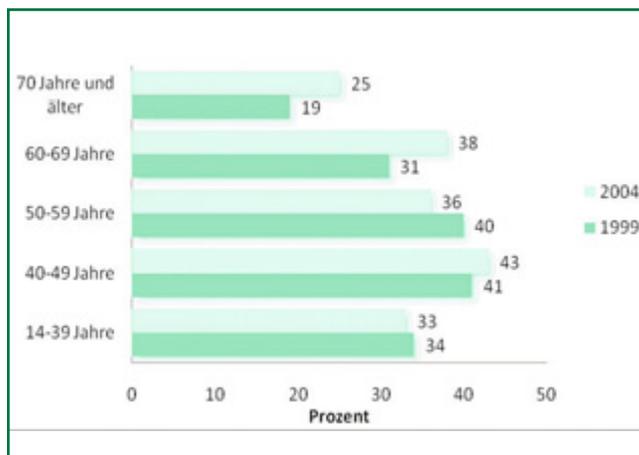
Für viele Einrichtungen der Erwachsenenbildung in Nordrhein-Westfalen steht das Thema Bildung im Alter seit geraumer Zeit auf der Agenda. Zahlreiche Weiterbildungsangebote richten sich speziell an ältere Erwachsene, orientieren sich an den Lebenslagen älterer Menschen und fördern unter anderen den Zugang Älterer zu modernen Informations- und Kommunikationstechnologien.

Dem steigenden Weiterbildungsbedarf älterer Menschen, wie auch der zunehmenden objektiven Notwendigkeit eines lebensbegleitenden Lernens trägt die Weiterbildung Rechnung, in dem sie dieses Thema mit Nachdruck in das Zentrum der Bemühungen einer am Gemeinwohl orientierten Weiterbildungspolitik stellt.

Da die (Alters-)Bildung auch in einem engen Zusammenhang mit der Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement steht, eröffnen sich für viele ältere Menschen über Bildung neue relevante und sinnvolle Engagement- und Tätigkeitsfelder. Seit Mitte der 1980er Jahre

ist in Nordrhein-Westfalen eine Zunahme des bürgerschaftlichen Engagements – insbesondere bei den älteren Menschen – zu verzeichnen. Nach den Freiwilligen-Surveys von 1999 und 2004 (siehe Abbildung 9) sind in Nordrhein-Westfalen mehr als ein Drittel der 50- bis 69-Jährigen und etwa ein Fünftel der über 70-Jährigen bürgerschaftlich engagiert. Damit gehört Nordrhein-Westfalen zu den vier westlichen Bundesländern mit dem höchsten ehrenamtlichen und freiwilligen Engagement bei den über 50-Jährigen.

Abbildung 9: Freiwillig Engagierte in Nordrhein-Westfalen (Bevölkerung ab 14 Jahren)



Quelle: Freiwilligen surveys 1999 und 2004

Zu den bevorzugten Engagementbereichen älterer Menschen in Nordrhein-Westfalen zählen Sport und Bewegung, Schule und Kindergarten sowie der kirchlich-religiöse Bereich. Hierbei handelt es sich zumeist um altersunspezifische Einsatzfelder. Erst mit zunehmendem Alter steigt das Interesse, sich speziell für ältere Menschen zu engagieren.

In den letzten Jahren hat insbesondere das bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen im Bereich der politischen Interessenvertretungen zugenommen. Eine Folge der Forderung nach stärkerer politischer Beteiligung älterer Menschen sind die seit den 1980er Jahren gegründeten Seniorenvertretungen. Zurzeit (Stand 2009) gibt es in Nordrhein-Westfalen 140 Seniorenvertretungen, die in der Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen e. V. organisiert sind. Damit sind in mindestens 35 % der Kommunen in Nordrhein-Westfalen Seniorenvertretungen tätig.

2.5 Einkommen und Einkommensverwendung älterer Menschen⁶

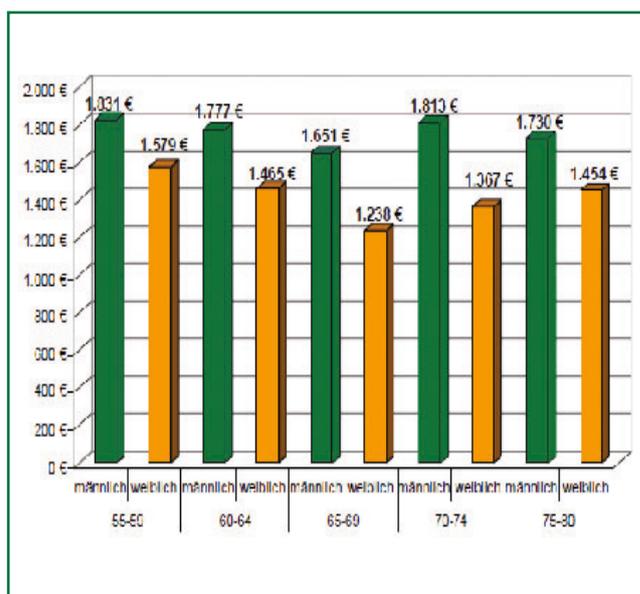
Renten und Pensionen sind die Haupteinnahmequellen älterer Menschen. Etwa 50 % aller Einkommen der Haushalte, in denen Seniorinnen und Senioren im Alter zwischen 55 und 80 Jahren leben, stammen aus Renten und Pensionen. Einkünfte aus Erwerbsarbeit machen die zweitwichtigste Einkommensquelle aus und betragen mehr als ein Viertel (ca. 27 %) des Gesamteinkommens der entsprechenden Haushalte. Zu den weiteren Einkommensquellen zählen die Sozial- oder Arbeitslosenhilfe sowie Einkünfte aus Kapitalerträgen. Ein Seniorenhaushalt verfügt durchschnittlich über ein monatliches Nettoeinkommen von 2.550 €. ⁷ Dieser Durchschnittswert weist zum einen eine hohe Streuung auf und beinhaltet unterschiedliche Einkommensarten. Das frei verfügbare Einkommen (Haushaltsnettoeinkommen nach Abzug regelmäßiger Verpflichtungen) liegt im Durchschnitt bei 1.492 €. Auch hier sei darauf hingewiesen, dass Durchschnittswerte sowohl unter- als auch überschritten werden. Zusätzlich zu diesen monatlichen Einkünften verfügen 87 % der Haushalte auch über Barvermögen in unterschiedlichen Höhen.

Die Höhe des Haushaltsnettoeinkommens der Seniorenhaushalte ist in den einzelnen Regionen Nordrhein-Westfalens sehr unterschiedlich. Das höchste Haushaltsnettoeinkommen ist im Raum Bonn und Rhein-Sieg-Kreis, im Raum Düsseldorf und im Münsterland zu finden, die geringsten Haushaltsnettoeinkommen im Ruhrgebiet. Des Weiteren unterscheiden sich die Regionen auch in der Höhe des verfügbaren Einkommens. Dies liegt insbesondere darin begründet, dass sich bestimmte fixe Kostenbelastungen – vor allem solche für Wohnen und Miete – in den einzelnen Regionen deutlich unterscheiden. Auf das höchste verfügbare Einkommen können die Seniorenhaushalte im Bonn/Rhein-Sieg-Kreis, gefolgt vom Raum Köln und der Region Ostwestfalen-Lippe zurückgreifen. Bezogen auf die anteiligen Ausgaben am Haushaltsnettoeinkommen geben die Seniorenhaushalte des Niederrheins den größten Teil ihres verfügbaren Ein-

kommens aus. Dagegen sind die Ausgaben der Haushalte in Ostwestfalen-Lippe und im Raum Bonn/Rhein-Sieg-Kreis am geringsten.

Diese positive Beschreibung der Einkommenssituation trifft jedoch nicht auf alle Haushalte älterer Menschen zu (siehe Abbildung 10). Zu beachten sind beträchtliche Differenzen in der Einkommens- und Vermögenssituation, die in Abhängigkeit vom Alter und Geschlecht, der Haushaltsgröße und dem beruflichen Status variieren. Dabei zeigt sich, dass sich die sozialen Unterschiede im Alter fortsetzen. Vor allem bei den alleinstehenden Frauen finden sich hohe Anteile kaufkraftschwacher Haushalte, bei denen sich die Einkommenssituation mit zunehmendem Alter sogar noch leicht verschlechtert.

Abbildung 10: Durchschnittliches monatliches Nettoeinkommen in Ein-Personen-Haushalten nach Alter und Geschlecht (N=1317)



Quelle: MGSFF (2002)
Einkommen und Ausgaben älterer Menschen in Nordrhein-Westfalen, S. 22

⁶ Da über das Einkommen und die Einkommensverwendung älterer Menschen in Nordrhein-Westfalen keine aktuellen Daten vorliegen, stützen sich die folgenden Angaben auf die Ergebnisse der Studie Einkommen und Ausgaben älterer Menschen in Nordrhein-Westfalen. 2002 wurden in einer telefonischen Repräsentativbefragung 5.013 Privathaushalte in Nordrhein-Westfalen befragt, in denen mindestens eine Person im Alter zwischen 55 und 80 Jahren lebt. Diese Daten sind angesichts der Veränderungen im gesamten sozialen Sicherungssystem überarbeitungsbedürftig.

⁷ Dieser Betrag kann als zuverlässig eingeschätzt werden, da er überwiegend auf der Nennung von Absolutbeträgen beruht. Allerdings ist zu bedenken, dass in einer Telefonstichprobe, in der die Angaben freiwillig getätigt werden, einkommensschwächere Haushalte erfahrungsgemäß unterrepräsentiert sind, was tendenziell zu einem höheren Durchschnittseinkommen als bei anderen Erhebungsverfahren führen kann.

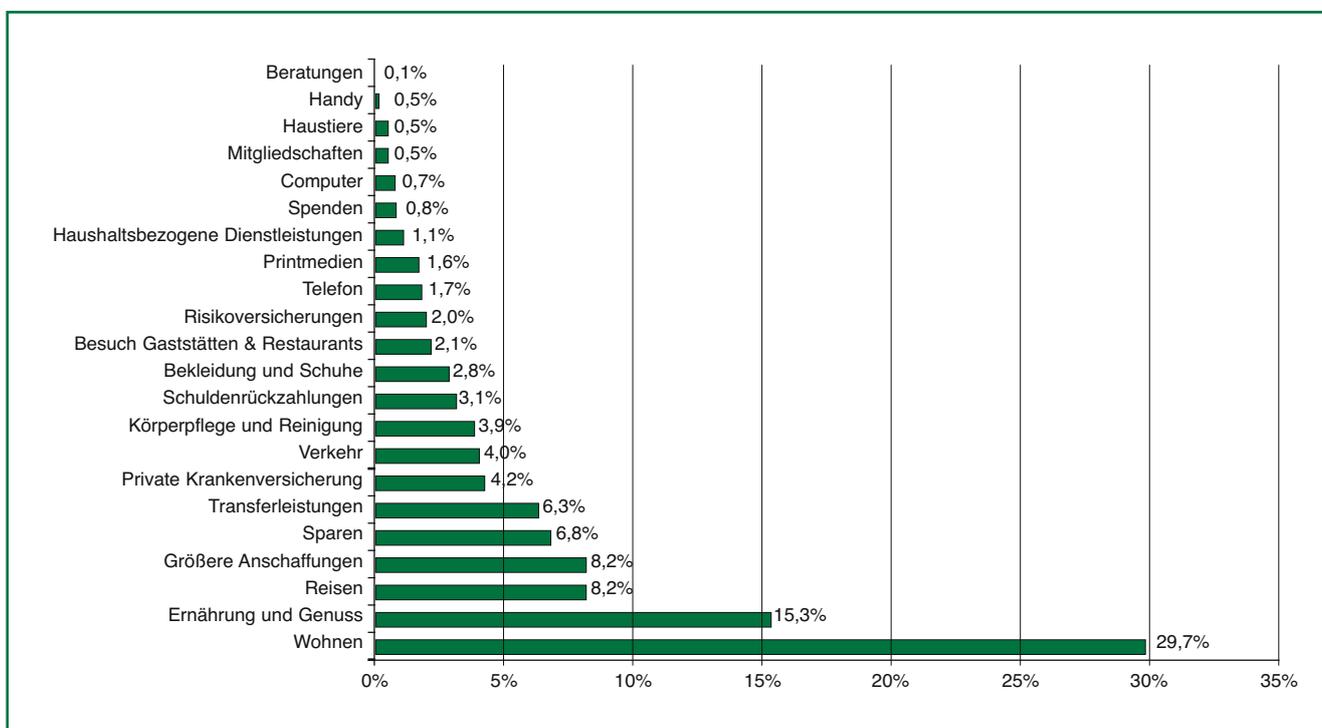
Mit Blick auf die Einkommensverwendung der Seniorenhaushalte zeigt sich, dass die Ausgaben älterer Menschen nicht auf alle Konsumfelder gleich verteilt sind. Als bedeutende Konsumfelder älterer Menschen sind die Bereiche Reisen, Gesundheit und Verkehr zu nennen. Für das Wohnen geben die Seniorenhaushalte fast 30 % ihres Haushaltsnettoeinkommens⁸ aus. Rund 15 % werden für Ernährung und Genuss und jeweils etwa 8 % für Reisen und größere Anschaffungen ausgegeben. Andererseits spielen der Bereich haushaltsnaher Dienstleistungen und das Konsumfeld Informations- und Kommunikationstechnik (IuK Technik) eine eher untergeordnete Rolle (s. Abbildung 11).

Das Ausgabeverhalten älterer Menschen verändert sich bislang mit steigendem Alter. Während die Gruppe der 55- bis 64-Jährigen ca. drei Viertel ihres frei verfügbaren Einkommens ausgeben, betragen die Ausgaben in der Altersgruppe der 75- bis 80-Jährigen nur noch 55,5 %. Hauptverantwortlich für diesen Rückgang sind in der Regel geringere Ausgaben für größere Anschaffungen von über 15 % (bei der Altersgruppe der 55- bis 59-Jährigen) auf unter 5 % (bei der Altersgruppe der 75- bis 80-Jährigen) und geringere Ausgaben für Reisen. Andererseits geben die Älteren mehr Geld für haushaltsnahe Dienstleistungen, wie beispielsweise die Inanspruchnahme von Putz- und Waschkdiensten, aus. Auch

hier sind beträchtliche Differenzen innerhalb der Gruppe der älteren Menschen in Abhängigkeit vom Alter und Geschlecht, der Haushaltsgröße, dem beruflichen Status und im Selbstverständnis festzustellen.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass die Einkommenssituation im Alter maßgeblich von der Höhe der Rente oder der Pension abhängt. Nach Prognosen der Studie „AVID“ (Altersvorsorge in Deutschland) von 2005 werden die Netto-Alterseinkommen der Männer von 1700 € für die Geburtsjahrgänge 1942 bis 1946 auf 1596 € für die Geburtsjahrgänge 1957 bis 1961 sinken. Bei den Frauen werden diese von 788 € (Geburtsjahrgänge 1942 bis 1946) auf 850 € (Geburtsjahrgänge 1957 bis 1961) steigen. Allerdings ist bei diesen Zahlen ein Absinken des Rentenniveaus in der Rentenversicherung (bis 2030 um ca. 17 %) noch nicht berücksichtigt. Damit wird deutlich, dass Altersarmut in Bezug auf Renteneinkommen künftig immer mehr Menschen betreffen wird, wenn nicht zusätzliche Altersvorsorge getroffen wird.

Abbildung 11: Ausgaben älterer Menschen in Nordrhein-Westfalen



Quelle: MGSFF (2002). Einkommen und Ausgaben älterer Menschen in Nordrhein-Westfalen, S. 29

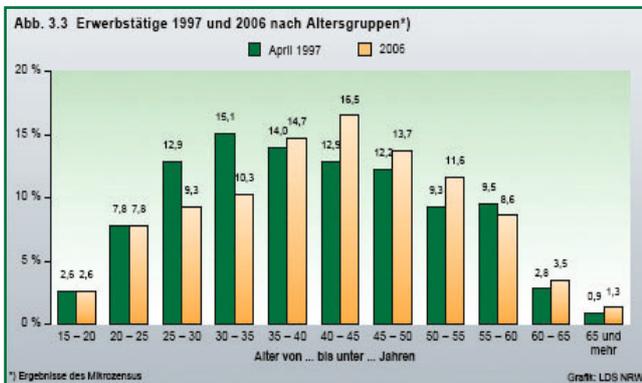
⁸ Der Begriff „Nettoeinkommen“ fasst frei verfügbare Einkommen (Haushaltsnettoeinkommen nach Abzug regelmäßiger Verpflichtungen) zusammen.

2.6 Ältere Erwerbstätige und Arbeitswelt⁹

Erwerbstätige nach Altersgruppen

Der Anteil der über 55-jährigen Erwerbstätigen hat sich in den letzten zehn Jahren insgesamt kaum verändert (1997: 13,2 % gegenüber 2006: 13,5 %). Verschieben hat sich jedoch die Altersstruktur innerhalb dieser Gruppe. So ging der Anteil bei den 55- bis 60-Jährigen um etwa ein Prozent zurück, während bei den 60- bis 65-Jährigen ein leichter Anstieg zu verzeichnen war. Dies ist darauf zurückzuführen, dass seit Mitte der 1990er Jahre die geburtenschwachen Jahrgänge aus der Zeit des zweiten Weltkriegs die Altersgruppe der 55 bis 65-Jährigen durchliefen und diese Altersklasse entsprechend schwach besetzt war. Von 1997 bis 2006 ist die Zahl der 55- bis 65-jährigen Bevölkerung um 15,4 % gesunken. Wenn in den nächsten Jahren vermehrt die geburtenstarken Jahrgänge der späten 1950er und der 1960er Jahre diesen Altersbereich erreichen, wird auch die Zahl der älteren Erwerbspersonen (= Erwerbstätige und Erwerbslose) deutlich zunehmen (siehe Abbildung 12).

Abbildung 12: Erwerbstätige 1997 und 2006 nach Altersgruppen



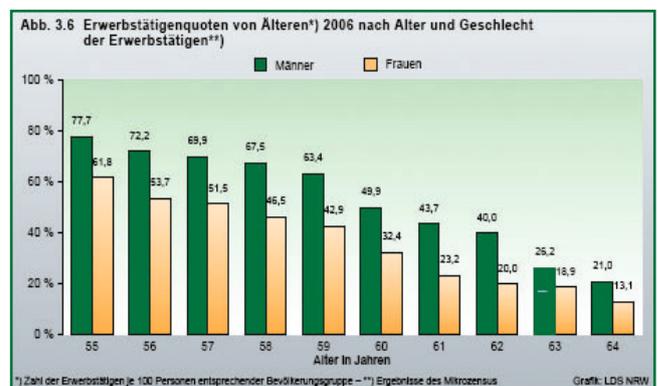
Quelle: MGFFI (2008).
Erwerbsbeteiligung Älterer in Nordrhein-Westfalen, 1997 - 2006, S. 18

Erwerbstätigenquote

Die Erwerbstätigenquote (= Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbstätigen Alter) in Nordrhein-Westfalen ist insgesamt von 1997 bis 2001 auf 63,7 % gestiegen, danach in der Folge der wirtschaftlichen Schwächephase abgesunken (2004: 62,0 %) und bis 2006 wieder auf 64,9 % angestiegen. Die Erwerbstätigenquote Älterer sinkt mit zunehmendem Lebensalter deutlich ab. Sind von den 59-Jährigen noch mehr als die Hälfte erwerbstätig, so trifft dies nur noch auf rund zwei Fünftel der 60-Jährigen zu. Bei Männern geht die Erwerbstätigenquote besonders deutlich mit der Vollendung des 60. Lebensjahres zurück. Nach Vollendung des 63. Lebensjahres ist abermals ein markanter Rückgang der Erwerbstätigenquote der Männer zu beobachten. Bei den Frauen nimmt der Anteil der Erwerbstätigen besonders deutlich mit Vollendung des 60. und 61. Lebensjahres ab. Bei den 64-Jährigen ist nur noch rund jeder fünfte Mann und jede achte Frau erwerbstätig (siehe Abbildung 13).

genquote Älterer sinkt mit zunehmendem Lebensalter deutlich ab. Sind von den 59-Jährigen noch mehr als die Hälfte erwerbstätig, so trifft dies nur noch auf rund zwei Fünftel der 60-Jährigen zu. Bei Männern geht die Erwerbstätigenquote besonders deutlich mit der Vollendung des 60. Lebensjahres zurück. Nach Vollendung des 63. Lebensjahres ist abermals ein markanter Rückgang der Erwerbstätigenquote der Männer zu beobachten. Bei den Frauen nimmt der Anteil der Erwerbstätigen besonders deutlich mit Vollendung des 60. und 61. Lebensjahres ab. Bei den 64-Jährigen ist nur noch rund jeder fünfte Mann und jede achte Frau erwerbstätig (siehe Abbildung 13).

Abbildung 13: Erwerbstätigenquoten von Älteren*) 2006 nach Alter und Geschlecht der Erwerbstätigen**)



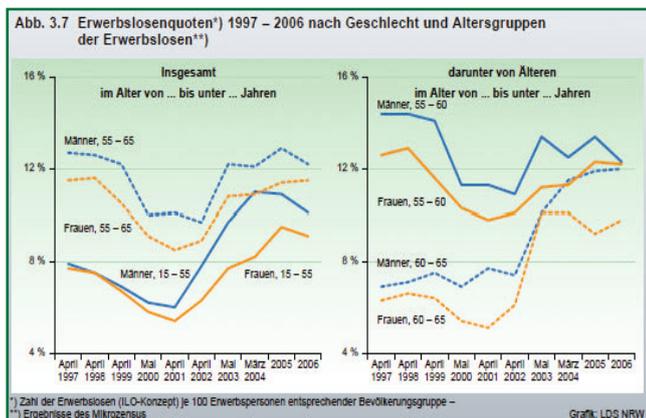
Quelle: MGFFI (2008).
Erwerbsbeteiligung Älterer in Nordrhein-Westfalen, 1997 bis 2006, S. 20

Ältere Erwerbslose

Ältere sind nach wie vor überdurchschnittlich von Erwerbslosigkeit betroffen. 2006 lag die Erwerbslosenquote älterer Männer bei 12,2 %, die älterer Frauen bei 11,5 %. Insgesamt spiegelt sich hinsichtlich der Entwicklung der Erwerbslosigkeit bei den älteren Erwerbspersonen der allgemeine Trend wider, allerdings auf höherem Niveau: Bei den 55- bis unter 65-Jährigen sind die Erwerbslosenquoten von 1997 bis 2001 gesunken und danach wieder angestiegen. Allerdings fiel der Anstieg der Erwerbsquote bei den 55- bis unter 65-Jährigen weniger deutlich aus als bei den 15- bis unter 55-Jährigen. Während bei den anderen Altersgruppen in den letzten Jahren ein leicht rückläufiger Trend zu verzeichnen ist, ist dies bei den älteren Frauen bislang noch nicht eingetreten (siehe Abbildung 14).

9 Die dargestellten Ergebnisse entstammen der Veröffentlichung Erwerbsbeteiligung Älterer in Nordrhein-Westfalen 1997 bis 2006 des MGFFI (2008).

Abbildung 14: Erwerbslosenquoten 1997 nach Geschlecht und Altersgruppen der Erwerbslosen



Quelle: MGFFI (2008).
Erwerbsbeteiligung Älterer in Nordrhein-Westfalen, 1997 bis 2006, S. 21

Bildung und Arbeitswelt

Im Vergleich zu 1997 hat sich der Anteil der älteren Bevölkerung mit einem vergleichsweise niedrigen Bildungsabschluss verringert. Im Jahr 1997 verfügten 75,8 % der 60- bis unter 65-Jährigen über einen Hauptschulabschluss als höchsten Bildungsabschluss. Im Jahr 2006 lag dieser Wert um 14,4 % niedriger. Die ältere Bevölkerung hat jedoch nach wie vor seltener höhere Bildungsabschlüsse als die jüngere. Über die Fachhochschulreife verfügen im Jahr 2006 35,1 % der 15- bis unter 55-Jährigen, aber nur 20,0 % der 55- bis unter 60-Jährigen und 16,6 % der 60- bis unter 65-Jährigen. Bei den beruflichen Abschlüssen zeigten sich 2006 kaum noch Unterschiede zwischen der älteren und jüngeren Bevölkerung. Der Anteil der Älteren ohne beruflichen Bildungsabschluss hat sich zwischen 1997 und 2006 deutlich verringert. So lag der Anteil der 60- bis unter 65-Jährigen ohne Bildungsabschluss 1997 bei 35,2 % und verringerte sich bis 2006 auf 25,9 %.

Geschlechtsunterschiede hinsichtlich der Bildung sind bei Älteren deutlich stärker ausgeprägt als bei Jüngeren. Bei Frauen ist ein Zusammenhang zwischen der Qualifikation und dem Umfang der Erwerbstätigkeit festzustellen: Ältere erwerbstätige Frauen mit geringer und mittlerer Qualifikation gehen deutlich seltener einer Vollzeittätigkeit nach als hochqualifizierte Frauen. Die künftig Älteren werden insgesamt höhere Bildungsabschlüsse aufweisen, da sie an der Bildungsexpansion teilhaben konnten.

Prognose zur Entwicklung der Erwerbspersonenzahlen

Die Zahl der Erwerbspersonen ab 55 Jahren wird in Nordrhein Westfalen von 2005 bis 2025 um fast 50 % anwachsen und danach wieder absinken. Dieser Zuwachs wird nicht nur aufgrund des demografischen Effekts erfolgen. Ältere werden in Zukunft aufgrund ihrer verbesserten Qualifikationsstruktur auch in höherem Alter erwerbstätig bleiben wollen. Darüber hinaus werden Veränderungen, wie die Rücknahme von (Vor-)Ruhestandregelungen und die Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre, dazu führen, dass Ältere länger erwerbstätig bleiben müssen (siehe Abbildung 15).

Abbildung 15: Vorausberechnung der Zahl der Erwerbspersonen 2005-2050 nach Altersgruppen



Quelle: MGFFI (2008).
Erwerbsbeteiligung Älterer in Nordrhein-Westfalen, 1997 bis 2006, S. 14

2.7 Gesundheit und Pflege älterer Menschen

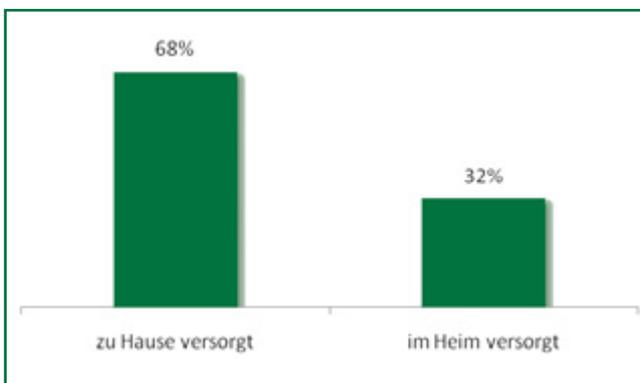
Obwohl Alter nicht zwangsläufig mit Krankheit verbunden ist, ist die Wahrscheinlichkeit, dass im Alter die Häufigkeit von Krankheiten sowie Beeinträchtigungen durch Gesundheitsstörungen zunimmt, höher als in jüngeren Jahren. Angesichts des wachsenden Anteils älterer und hochaltriger Menschen und der damit wahrscheinlich einhergehenden Zunahme von Krankheit und Pflegebedürftigkeit sollten Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention an Bedeutung zunehmen.

Wie bereits beschrieben, erreichen die meisten in Nordrhein-Westfalen lebenden Menschen ein verhältnismäßig hohes Alter. Im Jahr 2007 waren in Nordrhein-Westfalen ca. 88 % aller Verstorbenen 60 Jahre und älter. Die hauptsächlichen Todesursachen älterer Menschen (65 Jahre und älter) sind Krankheiten des Kreislaufsystems, der Atmungsorgane und Krebserkrankungen.

Mit zunehmendem Alter steigt die Wahrscheinlichkeit, an mehreren (chronischen) Erkrankungen gleichzeitig zu leiden (Multimorbidität). Weiterhin kommt es gerade bei Hochaltrigen zu einer deutlichen Zunahme an Personen mit Demenzerkrankungen. Die Folgen dieser Entwicklungen sind unterschiedliche Unterstützungsbedarfe im Alltag bis hin zur Pflegebedürftigkeit.

In Nordrhein-Westfalen sind derzeit (Stand 2007) 484.801 Menschen nach der Definition des SGB XI pflegebedürftig. Von den Pflegebedürftigen leben 331.330 Menschen (68 %) in ihrer häuslichen Umgebung. In Pflegeheimen leben zu Zeit 153.500 Pflegebedürftige (32 %) (siehe Abbildung 16).

Abbildung 16: Versorgungsorte pflegebedürftiger Menschen in Nordrhein-Westfalen



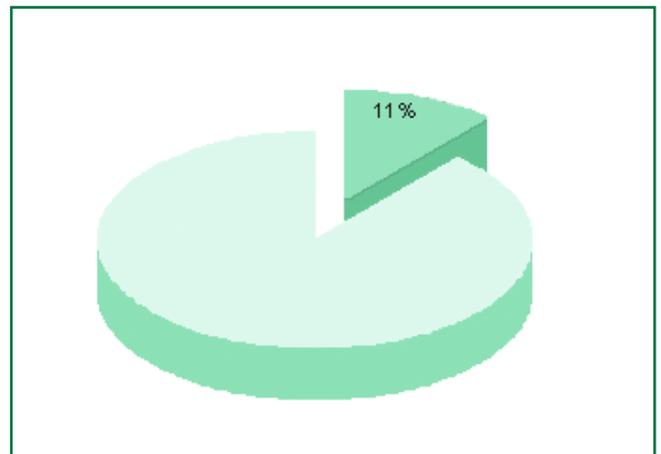
Quelle: IT.NRW, Pflegestatistik, 2007, eigene Darstellung

Von den zu Hause lebenden Pflegebedürftigen werden gut zwei Drittel ausschließlich von Angehörigen gepflegt. Ambulante Pflegedienste versorgen ein Drittel der Pflegebedürftigen. Die überwiegende Mehrheit der zu Hause versorgten Pflegebedürftigen wurde der Pflegestufe I (61 %) und etwa ein Drittel (31 %) der Pflegestufe II zugeordnet. Lediglich ca. 8 % der Pflegebedürftigen in Pflegestufe III werden im häuslichen Bereich betreut und gepflegt.

In den Pflegeheimen sieht die Verteilung nach Pflegestufen anders aus: Hier gehören die meisten pflegebedürftigen Menschen der Pflegegruppe II an (43 %), ca. 36 % sind Pflegestufe I zuzuordnen und etwa 20 % Pflegestufe III.

Von den pflegebedürftigen Menschen in Nordrhein-Westfalen sind zurzeit 404.292 Personen 65 Jahre und älter. Der Anteil der Pflegebedürftigen in der Altersgruppe der über 65-Jährigen in Nordrhein-Westfalen beträgt somit etwa 11 %. (siehe Abbildung 17). 89 % der 65-jährigen und älteren Frauen und Männer in Nordrhein-Westfalen sind also nicht pflegebedürftig. Festzuhalten ist: Dass die meisten Pflegebedürftigen ältere Menschen sind, ist keineswegs gleichbedeutend damit, dass die meisten älteren Menschen auch pflegebedürftig sind.

Abbildung 17: Anteile Pflegebedürftiger Personen ab 65 Jahren



Quelle: IT.NRW, 2007, Pflegestatistik, eigene Darstellung

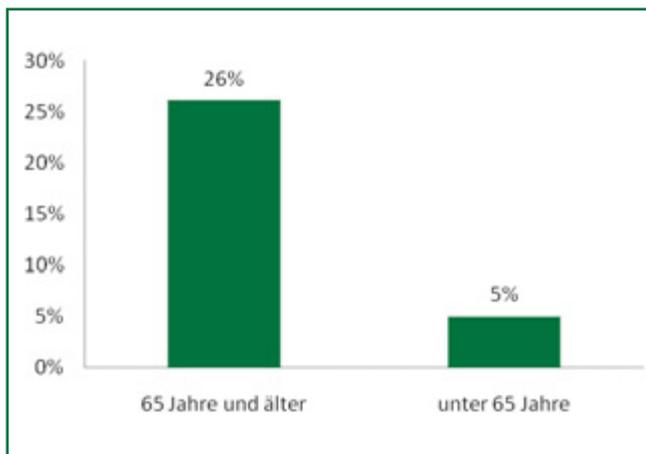
Der beträchtliche Anteil älterer Menschen, die nicht pflegebedürftig sind, macht es notwendig, künftig das Augenmerk stärker auf präventive und gesundheitsfördernde Maßnahmen für ein gesundes Altern zu richten. Sie zielen darauf ab, Gesundheit und Selbstständigkeit zu erhalten, Krankheiten zu verhüten bzw. frühzeitig zu bemerken oder auch ihr Fortschreiten einzuschränken.

2.8 Ältere Menschen mit Behinderung

Der mit dem demografischen Wandel einhergehende, wachsende Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung betrifft auch Menschen mit Behinderungen. Aufgrund des medizinischen Fortschritts sowie einer verbesserten Förder- und Betreuungssituation nähert sich die Lebenserwartung von Menschen mit Behinderungen zunehmend an die Lebenserwartung von Menschen ohne Behinderungen an.

In Nordrhein-Westfalen leben 1,6 Millionen Menschen mit Schwerbehinderung. 4 % der Menschen mit Schwerbehinderung sind unter 25 Jahre, ein Fünftel findet sich in der Altersgruppe zwischen 55 und 64 Jahren und über die Hälfte (56 %) sind 65 Jahre und älter. Das bedeutet: 26 % der Menschen über 65 Jahre in Nordrhein-Westfalen sind schwerbehindert (siehe Abbildung 18).

Abbildung 18: Anteil der Schwerbehinderten an der Gesamtbevölkerung nach Altersklassen



Quelle: IT: NRW 2007, eigene Darstellung

Bei den älteren Menschen mit schwerer Behinderung handelt es sich überwiegend um Personen mit körperlichen Beeinträchtigungen, die diese erst im Alter durch Unfall oder Krankheit erlangt haben.

Deutlich jünger ist dagegen die Altersstruktur der Menschen mit geistiger Behinderung. Konkrete Daten über die aktuelle Zahl, die Altersstruktur und die Lebenslagen der Menschen mit geistiger Behinderung liegen nicht vor. Expertenmeinungen zufolge sind die meisten Menschen mit geistiger Behinderung zwischen 40 und 50 Jahren alt und weisen somit ein deutlich niedrigeres Durchschnittsalter von 41 Jahren auf (Driller/Pfaff 2006). Der Anteil der über 65-Jährigen wird auf etwa 8 % geschätzt (Wacker 2001).

Über 60 Jahre nach Kriegsende erreichen in Deutschland und damit auch in Nordrhein-Westfalen erstmals Menschen mit Behinderungen/Handicaps in größerer Zahl das Rentenalter. Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass viele behinderte Mitbürgerinnen und Mitbürger vor 1945 den Verbrechen der Nationalsozialisten zum Opfer gefallen sind.

Zusammenfassende Würdigung

Die aktuellen Analysen zur Lebenssituation älterer Menschen in Nordrhein-Westfalen sowie die in den nächsten Jahrzehnten zu erwartenden Entwicklungen verweisen auf die große Vielfalt des Alterns. Dabei ist jedoch festzuhalten, dass, um differenziertere Aussagen machen zu können, in einigen Bereichen eine solide Datengrundlage erst noch zu schaffen bzw. vorliegende Daten zu aktualisieren sind. Dazu gehören der Bereich des Einkommens und der Bildung, die Wohnsituation, die Situation von Menschen mit geistiger Behinderung und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sowie die Entwicklung im ländlich strukturierten Raum.

Auf der Basis der Beschreibung der aktuellen Lebenssituation und der zukünftigen Entwicklung wird im Folgenden auf die Konsequenzen der Vielfalt des Alterns für die Seniorenpolitik in Nordrhein-Westfalen vertiefend eingegangen.

2.9 Fazit: Altern ist vielfältig

Die Beschreibung der Lebenslagen älterer Menschen in Nordrhein-Westfalen zeigt: Die Lebensphase Alter ist sehr vielfältig. Zwar ruft der Begriff alt häufig Vorstellungen von Menschen hervor, die von Krankheit und Pflegebedürftigkeit gezeichnet sind, die sich zur Ruhe gesetzt haben und nun nicht mehr aktiv sind. Diese Vorstellungen entsprechen jedoch nicht der Wirklichkeit.

Die Lebensphase Alter umfasst heute deutlich mehr als zwei Jahrzehnte, wenn man davon ausgeht, dass der Eintritt in das Rentenalter die Grenze zwischen alt und jung im höheren Erwachsenenalter markiert. Alt sind damit Menschen so um die 60 (junge Alte) genauso wie Menschen von über 80 oder 90 Jahren (alte Alte).

Es gibt nicht **die** Alten, vielmehr gibt es höchst unterschiedliche Gruppen: Junge Alte wie alte Alte, aktive wie zurückgezogen lebende Alte, gesunde ebenso wie kranke und pflegebedürftige Alte, sozial integrierte wie isolierte Alte, wohlhabende und reiche ebenso wie ökonomisch benachteiligte und arme Alte, selbstständige wie auf Hilfe angewiesene Alte.

Die sozialen Lebenslagen und die Bedürfnisse der älteren Generation unterscheiden sich jetzt schon gravierend und werden sich künftig weiter ausdifferenzieren. Die Mehrzahl der Älteren ist sozial gut abgesichert und verfügt über vielseitige Voraussetzungen und Mittel, die altersspezifischen Chancen zu nutzen. Zahlreiche ältere Menschen stärken und unterstützen mit ihrem freiwilligen Engagement wichtige gesellschaftliche Bereiche.

Mit der Differenzierung des Alters in kultureller, geschlechtsspezifischer, materieller und sozialer Hinsicht gehen unterschiedliche Aktivitäts- und Entfaltungschancen einher. Dazu zählen Unterschiede in den Selbsthilfepotenzialen, den sozialen Netzwerken und der selbstständigen Lebensführung. Das Wohnumfeld spielt ebenfalls eine große Rolle.

Im Zusammenwirken verschiedener Faktoren entsteht eine breite Palette individueller und kollektiver Lebensumstände, die sich mit einem einheitlichen Altersbegriff nicht erfassen lassen – zumal neben biologischen Faktoren auch noch biografische Differenzierungen sowie solche aus der wachsenden Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile in das Alter hineinwirken (können).

Die demografische Entwicklung fordert einen neuen Blick auf Alter, Altern und ältere Menschen. Alter ist demnach mehr denn je eine relative Größe, deren Ausprägung und Gestalt von vielen psychischen, physischen und sozialen Variablen abhängt.

Gerontologische Forschungserkenntnisse belegen, dass immer mehr Menschen immer älter werden, sie tun dies bislang auch bei einer immer besseren Gesundheit. Die Mehrzahl der älteren Menschen ist heute gesünder, aktiver und ökonomisch besser gestellt als früher und verfügt über deutlich mehr frei gestaltbare Lebenszeit in der nachberuflichen Phase.

Ältere Menschen möchten selbstverständlich auch im Alter aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und wünschen sich, in ein soziales Umfeld eingebunden zu sein und dieses mit zu gestalten. Die sogenannten neuen Alten sind mobil und beweglich. Sie sind sowohl geistig als auch konkret unterwegs auf Reisen oder besuchen Freunde und Familie.

Viele dieser Älteren wollen ihre frei verfügbare Zeit sinnvoll einsetzen und sind bereit, neue Aufgaben in und für die Gesellschaft zu übernehmen. Sie wollen sich nicht allein auf den sozialen Bereich beschränken. Ihre Betätigungsfelder reichen von Politik, Kultur, Bildung, Jugendarbeit, Soziales, Ökologie, Sport, Gesundheit, Rettungs-

wesen bis hin zu Interessenvertretungen unterschiedlichster Art. Die Tätigkeit soll Spaß machen, Anerkennung bringen und nicht fremdbestimmt sein. Aber auch unvorhersehbare gesundheitliche Einschränkungen oder anstrengende familiäre Verpflichtungen, wie Pflege, sollen berücksichtigt werden. Inzwischen haben sich neben den traditionellen auch neue Verantwortungsbereiche entwickelt. Ältere initiieren Projekte mit Kindern und Kultur im Rahmen ihres bürgerschaftlichen Engagements, sie halten Vorträge über Gesundheit und Sicherheit und sind Jüngeren beim Einstieg in Ausbildung und Beruf behilflich. Sie unterstützen Familien, mit denen sie nicht verwandt sind, und begleiten Hochbetagte und ihre Angehörigen bei der Pflege.

Gleichwohl stehen auch diejenigen Älteren im Fokus, die aufgrund sozialer, körperlicher oder psychischer Bedingungen oder eingeschränkter ökonomischer Ressourcen der besonderen Unterstützung bedürfen und die aufgrund von Arbeitslosigkeit, niedriger Qualifizierung, fehlenden sozialen Netzwerken besonders erschwerte Bedingungen für ein positives Altern haben.

Ältere Menschen möchten – unabhängig von ihrer Lebenslage – ihr Leben selbstständig führen. Damit dies gelingt, sind vielfältige bedarfs- und zielgruppengerechte Maßnahmen notwendig. Als Grundlage für die Gestaltung des demografischen Wandels bedarf es differenzierter Altersbilder, da einseitig negative (gemäß dem Defizitmodell vom Alter) genauso wie einseitig positive Altersbilder (gemäß dem Positivmodell vom Alter) allein ausgrenzend, wenn nicht diskriminierend, wirken können und keinesfalls die tatsächliche Vielfalt des Alters widerspiegeln.

3 Gemeinsam die Zukunft gestalten – wichtige Akteure in Nordrhein-Westfalen

Die Politik für und mit Ältere/n ist in Nordrhein-Westfalen zugleich ein aktuelles wie zukunftsorientiertes Handlungsfeld im Prozess des demografischen Wandels. In diesem Politikfeld sind unterschiedliche Akteure aktiv. Das Zusammenwirken der verschiedenen Akteure aus Staat, Kommunen, Zivilgesellschaft und Markt ist die Voraussetzung, um entwicklungsförderliche Rahmenbedingungen und einen verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Ressourcen zu schaffen, so dass öffentliche Güter und Dienstleistungen angemessen effektiv und effizient erstellt werden können (Good Governance). Die unterschiedlichen Akteure bringen entsprechend ihrer Ziele, Rollen und Potenziale Gestaltungskraft in die Seniorenpolitik ein.

Gemeinsame Aufgabe ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen und zu gestalten, um

- die Selbstbestimmung, Selbstständigkeit und die Selbstorganisation älterer Menschen zu erhalten und zu fördern,
- die Mitverantwortung Älterer zu ermöglichen,
- die Erfahrungen der älteren Generationen zum Wohle aller nutzbar zu machen und Begegnungen zwischen jungen und alten Menschen zu fördern,
- ein aktives Lernen für ein langes Leben zu unterstützen,
- realistische Altersbilder in der Gesellschaft zu fördern und Altersdiskriminierung abzubauen,
- altersgerechte Quartiere zu schaffen,
- unterschiedlichen Lebenslagen und Lebensstilen mit sozialer Verantwortung zu begegnen.

Die Verantwortung für die Schaffung und die Gestaltung guter Rahmenbedingungen für eine hohe Lebensqualität auch im Alter ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dafür sind als Akteure das Land, die Kommunen, die Freien Wohlfahrtsverbände sowie weitere öffentliche und private Organisationen und Institutionen in unterschiedlichen Rollen und mit unterschiedlichen Aufgaben verantwortlich.

Innerhalb eines dialogorientierten Ansatzes stellen in Nordrhein-Westfalen die verschiedenen, einbezogenen Handelnden die Weichen für die künftige Entwicklung der Politik für und mit Ältere/n. Diese entwickelte Dialogkultur und Abstimmungsarbeit führt dazu, dass Regelungen und Maßnahmen effizient umgesetzt und neue Aufgabenstellungen wahrgenommen werden können.

Die wichtigsten Partnerinnen und Partner des Landes mit ihren in diesem Zusammenhang relevanten Hauptaufgaben werden im Folgenden kurz vorgestellt.

Kommunen

In den Städten, Gemeinden und Quartieren findet das (gesellschaftliche) Leben der Menschen statt. Kommunen haben aufgrund ihrer Zuständigkeit für Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft und Daseinsvorsorge eine besondere Verantwortung für die Gestaltung von Lebens- und Wohnbedürfnissen älterer Menschen, die sie vielfältig wahrnehmen. Diese Verantwortung zeigt sich insbesondere auch in der wirksamen Strukturierung, Koordinierung und Vernetzung von Angeboten, Diensten und Einrichtungen. Sie zeigt sich außerdem in der Bereitstellung einer altersgerechten Infrastruktur. Städte und Gemeinden verfügen dabei über unterschiedliche finanzielle Ressourcen, zudem unterscheiden sich die Handlungsbedarfe der Städte, Gemeinden und Kreise. Insbesondere im ländlichen Raum sind Kommunen dabei zu innovativen und bedarfsgerechten Ansätzen aufgefordert.

Auch auf kommunaler Ebene sollte Politik für Ältere nicht die Aufgabe allein eines Ressorts sein, sondern sollte als eine Querschnittsaufgabe in Stadt oder Gemeinde behandelt werden.

Die Kommunen werden landesseitig und durch ihre Spitzenverbände mit Impulsen und Empfehlungen für eine eigenständige moderne Seniorenpolitik unterstützt, die sich insbesondere auf die Entwicklung von Leitbildern, Partizipation und Integration sowie die Qualitätsentwicklung der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit insgesamt bezieht. In den Kommunen sind Seniorenausschüsse, -beauftragte und -büros sowie Seniorenvertretungen tätig, die diese Impulse, Empfehlungen und Qualitätsentwicklungen mit umsetzen.

Freie Wohlfahrtspflege

Die Freie Wohlfahrtspflege übernimmt auf Grund des im Grundgesetz formulierten Subsidiaritätsprinzips traditionell und aktuell in vielen Handlungsfeldern bedeutende Aufgaben zum Erhalt der Lebensqualität älterer Menschen. Mit den ihr angeschlossenen Diensten und Einrichtungen organisiert sie die Mehrzahl der Hilfen und Angebote für ältere Menschen in Nordrhein-Westfalen. Sie unterstützt hilfe- und pflegebedürftige ältere Menschen ebenso, wie sie junge Alte zu nachberuflichen Tätigkeiten berät. Dabei bietet sie vielfältige Möglich-

keiten des bürgerschaftlichen Engagements. Nicht zuletzt engagiert sich die Freie Wohlfahrtspflege in der innovativen Arbeit mit älteren Menschen, die von sozialer Netzwerkarbeit bis hin zum Einsatz neuer Medien reicht. Damit ist sie auf vielfältige Weise ein wichtiger Partner auf der Landesebene und auf kommunaler Ebene im Rahmen der gemeinwesenorientierten Arbeit.

Sie ist vielerorts in Nordrhein-Westfalen Träger von Einrichtungen der offenen Altenarbeit und damit an Erfahrungsorten der Umsetzung und Gestaltung des landespolitischen Paradigmenwechsels.

Die Umsetzung und Gestaltung des Entwicklungsprozesses von der Altenarbeit zur gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit findet innerhalb der Dienste und Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege statt und wird vom Land im Rahmen seiner Qualifizierungsoffensive unterstützt.

Seniorenvertretungen und -initiativen

Die Interessenvertretung älterer Menschen kann in unterschiedlichen Formen erfolgen. In Nordrhein-Westfalen sind die kommunalen Seniorenvertretungen und ihre Dachorganisation, die Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen e. V., wichtige Ansprechpartner und Mitgestalter der Seniorenpolitik.

Kommunale Seniorenvertretungen verstehen sich als Bindeglied zwischen Politik, Verwaltung und älteren Menschen. In Nordrhein-Westfalen sind derzeit 140 kommunale Seniorenvertretungen Mitglied in der Landesseniorenvertretung. Damit sind Seniorenvertretungen in rund 35 % der nordrhein-westfälischen Kommunen tätig.

Darüber hinaus gibt es auf der Landesebene über die Initiative Erfahrungswissen Älterer (EFI) und auf örtlicher Ebene viele weitere Senioreninitiativen, so z. B. auch die zahlreichen ZWAR-Gruppen (Zwischen Arbeit und Ruhestand), die aktiv an Planungs- und Gestaltungsprozessen teilhaben. Diese Initiativen entsprechen oftmals einem neuen Typus des bürgerschaftlichen Engagements Älterer und weisen eine große Vielfalt in Bezug auf inhaltliche Ausrichtung, die Gestaltungsformen ihrer Tätigkeiten und die Dauer ihres Bestehens auf.

Das Land wird die Mitwirkung und Beteiligung älterer Menschen weiterhin aktiv unterstützen und steht neuen Formen des bürgerschaftlichen Engagements Älterer offen gegenüber.

Privatwirtschaft und Unternehmen

Immer mehr privatwirtschaftliche Unternehmen haben den klassischen sozialen Markt entdeckt und werden Partner in den Bereichen Kultur, Freizeit und Bildung sowie Gesundheit. Auch Wohnungs(bau-)unternehmen stellen sich auf die wachsende Anzahl Älterer ein und richten ihre Angebote entsprechend aus.

Die Landespolitik unterstützt den Dialog zwischen Wohnungswirtschaft, Kommunen und älteren Menschen insbesondere auch für die wachsende Gruppe der älteren Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

Forschung und Beratung

Aufgabe einer zukunftsweisenden Altersforschung und entsprechender Beratung ist es

- Entwicklungen zu analysieren,
- Herausforderungen aufzuzeigen,
- Veränderungspotenziale zu ermitteln sowie
- Handlungsoptionen und Lösungsmodelle zu entwickeln und anzubieten.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat mit dem Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) und der Forschungsgesellschaft für Gerontologie/Institut für Gerontologie an der TU Dortmund (FfG/IfG) zwei national wie international renommierte Partner an seiner Seite, die seit vielen Jahren die Seniorenpolitik des Landes auf der Grundlage wissenschaftlicher Forschung und Expertise begleiten und beraten. Darüber hinaus arbeiten in Nordrhein-Westfalen weitere Institute, wie das Institut für Pflegewissenschaften (IPW) an der Universität Bielefeld und das Forschungsinstitut für Geragogik (FoGera) in Witten, die in Forschungs- und Entwicklungsprojekten an der querschnittshaft angelegten Seniorenpolitik beteiligt sind.

Weitere Akteure

Der Querschnittscharakter der Seniorenpolitik einerseits sowie die erklärte Förderung der Selbstbestimmung älterer Menschen andererseits bedingen eine möglichst breite Beteiligung von Akteuren. Daher sind an dieser Stelle auch freie Initiativen, Vereine und Glaubensgemeinschaften als Handelnde im Politikfeld Senioren und den überschneidenden sowie angrenzenden Bereichen zu nennen.

Zusammenarbeit und Netzwerke

Die Politik des Landes für ältere Menschen erfasst die Felder Familien-, Bildungs- und Gesundheitspolitik, der Sozial-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sowie der Stadtentwicklung und Wohnungsbaupolitik. Die entsprechenden Ministerien arbeiten eng und in Abstimmung miteinander.

Das Land in einer moderierenden, initiierten, zum Teil fördernden und zum Teil qualifizierenden Rolle, steht im Mittelpunkt eines engmaschigen Netzwerkes Seniorenpolitik, dem beispielsweise neben dem Städte-Netzwerk Nordrhein-Westfalen, die Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen mit ihren kommunalen Seniorenvertretungen, Vertreter der Freien Wohlfahrtspflege, Vertreter der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen (LAGA NRW) sowie Vertreterinnen und Vertreter der drei kommunalen Spitzenverbände angehören. Hinzu kommt das Forum Seniorenarbeit, in das Vertreterinnen und Vertreter aus allen Akteursorganisationen und von allen Ebenen des Netzwerkes integriert sind.

Über die Landesgrenzen hinaus

Das Land Nordrhein-Westfalen wirbt aktiv für seniorenpolitische Initiativen auf Bundesebene. Das Land nimmt eine europäische Perspektive ein, so z. B. in Bezug auf die Thematisierung von Altersdiskriminierung (Tagung 2007 im Jahr der europäischen Chancengleichheit) und arbeitet mit anderen Regionen in Europa zusammen. So wurden in 2005 mit der ersten internationalen Konferenz Seniorenwirtschaft in Europa die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Vernetzung der bereits vorhandenen Initiativen in der Seniorenwirtschaft geschaffen. Neben Nordrhein-Westfalen haben elf Regionen (Niedersachsen, Andalusien und Extremadura in Spanien, Gelderland und Limburg in den Niederlanden, Midland und Mid-East Region in Irland, West Midlands im Vereinigten Königreich, Schottland, Burgenland in Österreich und Niederschlesien in Polen) das Seniorenwirtschaft Netzwerk der Europäischen Regionen (SEN@ER) gegründet.

4 Forschungs- und Beratungslandschaft zum Thema Alter/n in Nordrhein-Westfalen

Hauptziel von Wissenschaft ist es, Wissen durch Forschung zu erweitern und diese durch Lehre weiterzugeben. Beratung kann grundsätzlich als Unterstützung bei Entscheidungen verstanden werden. Nordrhein-Westfalen gehört zu den Ländern mit einer Forschungs- und Beratungslandschaft zum Thema Alter/n, deren Institutionen einerseits eine jahrzehntelange Tradition und Erfahrungen aufweisen, andererseits jedoch auch neue, bedeutsame Forschungsfelder zum Thema vertreten.

Das Alter/n als Forschungsgegenstand gehört dabei nicht einer wissenschaftlichen Disziplin allein. Vielmehr beschäftigen sich unterschiedliche Forschungsrichtungen damit. Diese tragen alle gemeinsam dazu bei, das gesellschaftliche Altern und seine Herausforderungen für das Land Nordrhein Westfalen positiv zu gestalten. Im Folgenden sollen zentrale Akteure der verschiedenen Wissenschaften im Land vorgestellt werden.

Gerontologie

Der Begriff Gerontologie leitet sich aus dem Griechischen ab (geron – Greis) und bezeichnet die Wissenschaft vom Alter/n. Gerontologie dient der Erforschung der körperlichen, psychischen und sozialen Situation alter Menschen in der Gesellschaft. Die soziale Gerontologie als Teilgebiet richtet ihr Augenmerk auf die gesellschaftlichen Aspekte des Alter(n)s und betrachtet zum Beispiel das bürgerschaftliche Engagement von Älteren mit seinen vielfältigen Ausprägungen.

Für die Bundesrepublik trifft zu, dass Nordrhein-Westfalen gleichsam zu den Pionieren der Förderung der (Sozial)Gerontologie zählt. So wurde bereits 1990 in den Leitlinien des Landes Nordrhein Westfalen für die künftige Seniorenpolitik die Institutionalisierung der Gerontologie in Forschung und Lehre als eine der landespolitischen Schwerpunktaufgaben in der künftigen Altenpolitik und -arbeit benannt. In diesem Zusammenhang steht auch die Gründung der Forschungsgesellschaft für Gerontologie und des Instituts für Gerontologie Anfang der 1990er Jahre, das Ausgangspunkt für den Prozess der Etablierung der Gerontologie als Wissenschaft in Nordrhein-Westfalen gelten kann. Das Institut zählt zu den ersten Anlaufstellen im Lande, wenn es um Beratung im Hinblick auf Reformen, Innovationen und Qualitätsverbesserungen in den zahlreichen Praxisfeldern von Seniorenpolitik/-arbeit auf wissenschaftlicher Grundlage geht.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat mit dem Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) und der Forschungsgesellschaft für Gerontologie/Institut für Gerontologie an der TU Dortmund (FfG/IfG) zwei national wie international renommierte Partner an seiner Seite, die seit vielen Jahren die Seniorenpolitik des Landes auf der Grundlage wissenschaftlicher Forschung und Expertise begleiten und beraten. Das Forschungsinstitut für Geragogik (FoGera) in Witten zählt ebenfalls zu den wichtigen Akteuren im Lande, das ebenfalls Forschungs- und Entwicklungsprojekten zu seniorenpolitischen Themen bearbeitet.

Das KDA entwickelt seit über 45 Jahren im Dialog mit seinen Partnern Lösungskonzepte und Modelle für die Arbeit mit älteren Menschen und hilft, diese in der Praxis umzusetzen. Es trägt durch seine Projekte, Beratungen, Fortbildungen, Tagungen und Veröffentlichungen wesentlich dazu bei, die Lebensqualität älterer Menschen zu verbessern. Dabei versteht sich das KDA als Wegbereiter für eine moderne Altenhilfe und Altenarbeit.

Das Forschungsinstitut Geragogik (FoGera) zielt auf Akteure und Prozesse, die sich mit der Thematik Alter(n) und Lernen befassen oder Bildung als einen bedeutsamen Faktor zur Gestaltung des demografischen Wandels ansehen. Das besondere Interesse gilt der Förderung von Selbstbestimmung und Partizipation bei Lern- bzw. Bildungsprozessen im Alter, für das Älterwerden sowie mit Älteren und sehr alten Menschen.

Gesundheits- und Pflegewissenschaft

Pflege ist von der demografischen Entwicklung in besonderer Weise betroffen, da sich ein tiefgreifender Wandel der gesundheitlichen Problemlage der Bevölkerung vollzieht, auf den das Gesundheits- und Pflegesystem noch längst nicht hinreichend eingestellt sind. Pflege hat nicht nur an Bedeutung innerhalb der Versorgung gewonnen, sie ist auch mit neuen Anforderungen konfrontiert: So ist in die Intervention und Hilfestellung bei Krankheit und sonstigen Autonomieeinbußen beispielsweise Gesundheitssicherung und -prioritäten als wichtige Aufgabengestaltung zu integrieren. Die dazu erforderliche Umorientierung von der bloßen Krankheitsorientierung hin zur Gesundheits- und Ressourcenorientierung bedarf wissenschaftlich fundierter Pflegekonzepte.

Diese Entwicklungen gaben den Anstoß, in den 1990er Jahren Pflegewissenschaft als Disziplin an Universitäten und Fachhochschulen zu etablieren. Pflege als Wissenschaft hat die Aufgabe, das umfangreiche Erfahrungswissen der Pflegenden begrifflich zu fassen, zu systematisieren sowie Konzepte und Theorien zu entwickeln.

Nordrhein-Westfalen gehört zu den Ländern, die die Entwicklung der Pflegewissenschaft als wissenschaftliche Disziplin besonders engagiert vorangetrieben haben. In Nordrhein-Westfalen werden inzwischen an zwei Universitäten (Bielefeld, Witten/Herdecke) und an vier Fachhochschulen (Bielefeld, Bochum, Köln, Münster) Pflegestudiengänge angeboten. Darüber hinaus gibt es zahlreiche weitere Studiengänge mit besonderen Schwerpunkten, wie beispielsweise Pflegemanagement.

An der Universität Bielefeld ist das Institut für Pflegewissenschaften angesiedelt, das vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit, und Soziales finanziell gefördert wird. Die Forschungen des Instituts zielen darauf ab, pflegewissenschaftliche Erkenntnisse zu gewinnen, die zur Verbesserung der pflegerischen Versorgung beitragen. Dabei geht es insbesondere um die Entwicklung von bedarfsangemessenen, evidenzbasierten Versorgungs- und Interventionskonzepten, beispielsweise für demenzerkrankte ältere Menschen mit herausforderndem Verhalten, sowie um die Qualitätsentwicklung in der stationären Pflege durch die Umsetzung eines Referenzkonzeptes.

Die Landesregierung hat darüber hinaus die bundesweit erste Fachhochschule für Gesundheitsberufe errichtet, in der eine akademische Erstausbildung in den Pflegeberufen – einschließlich Altenpflege – und in weiteren Gesundheitsberufen angeboten wird. Auf diese Weise besteht die Möglichkeit eines grundständigen Pflege-Studiums in der neuen Fachhochschule für Gesundheitsberufe ab dem Wintersemester 2010. Die neuen Studiengänge leisten einen weiteren Beitrag zur Professionalisierung dieser Berufszweige in Ausbildung und Forschung.

Immer mehr Menschen erreichen ein hohes Alter. Doch diese insgesamt erfreuliche Entwicklung hat auch ihre Schattenseite: Alterstypische Erkrankungen, wie Demenzen oder die Parkinsonsche Erkrankung, werden einen wachsenden Teil der Bevölkerung betreffen. Dies stellt eine der größten gesellschaftspolitischen Herausforderungen der Zukunft dar.

Die Neurowissenschaften sind ein Sammelbegriff für biologische, physikalische, medizinische und psychologische Wissenschaftsbereiche, die den Aufbau und die Funktionsweise von Nervensystemen untersuchen. Die Neurowissenschaften können deshalb aus naturwissenschaftlicher Sicht wichtige Fragen beantworten, die mit der Therapie und Versorgung von neurologisch erkrankten Personen im Zusammenhang stehen. Neben der experimentellen Grundlagenforschung wird auch medizinischen Fragestellungen nachgegangen, indem nach Ursachen und Heilungsmöglichkeiten von Nervenkrank-

heiten geforscht wird, wie z.B. die Parkinsonsche Erkrankung oder demenzielle Erkrankungen.

Nordrhein-Westfalen hat sich in diesen Forschungsthemen gut aufgestellt. Das gilt auch für den Aufbau von modernen Forschungsstrukturen. Dabei erstreckt sich das Spektrum der neurowissenschaftlichen Forschung und biologischen Altersforschung von den molekularbiologischen Grundlagen bis zur klinischen Erforschung und Behandlung von komplexen Gehirnerkrankungen und zur Entwicklung wichtiger Werkzeuge, wie z.B. moderne Bildgebungsverfahren. Die in diesem Feld geleistete Pionierarbeit konnte auf den bestehenden Forschungsschwerpunkten aufbauen. Durch die Verknüpfung der relevanten Disziplinen entsteht nun ein international anerkanntes Zentrum der Altersforschung. Die Akteure sind das Deutsche Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen (DZNE), die Stiftung caesar, das Universitätsklinikum und die Life & Brain GmbH in Bonn, das Forschungszentrum Jülich mit der Neuroimaging-Kompetenz, die Max-Planck-Institute für Biologie des Alterns und für Neurologische Forschung sowie das Exzellenzcluster zu altersbezogenen Erkrankungen in Köln. Zusätzlich sind diese Forschungsthemen auch in Essen, Bochum und in Düsseldorf, mit dem Sonderforschungsbereich Umweltinduzierte Altersprozesse, verankert. Das Deutsche Diabetes Zentrum (DDZ) in Düsseldorf widmet seine Aufmerksamkeit den interdisziplinären Fragestellungen, die auf die Verbesserung der Prävention, die Früherkennung, die Diagnostik und die Therapie des Diabetes mellitus und seiner Komplikationen abzielen.

Diese exemplarisch genannten Akteure in den verschiedenen Disziplinen illustrieren, dass das Land Nordrhein-Westfalen aktuell auf vielfältige Forschungsaktivitäten zurückgreifen kann, um die Herausforderungen des demografischen Wandels unter Bezugnahme auf wissenschaftliche Erkenntnisse zu gestalten.

5 Seniorenpolitische Handlungsfelder

Aufgabe der Landespolitik ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die

- die Selbstständigkeit und Selbstorganisation älterer Menschen und ihre Mitverantwortung für die Gesellschaft ermöglichen,
- die Erfahrung der älteren Generationen zum Wohle aller nutzbar machen,
- ein aktives Lernen für ein langes Leben unterstützen,
- realistische Altersbilder in der Gesellschaft fördern,
- Unterstützung und Hilfen in schwierigen Lebenslagen geben.

Die nachfolgenden seniorenpolitischen Handlungsfelder sind von Bedeutung, um diese Aufgaben zu erfüllen und die Herausforderungen des demografischen Wandels zu gestalten.

5.1 Altersbilder und Altersdiskriminierung Realistische Vorstellungen über das Altern entwickeln und Altersdiskriminierung verhindern

Grundlagen

Unter Altersbildern werden allgemein Vorstellungen vom Altern verstanden. Zu den Vorstellungen vom Altern gehören Erwartungen, aber auch Normen, die mit dieser Lebensspanne verbunden werden. Dabei betreffen Vorstellungen vom Alter im Prinzip alle Bereiche des Lebens, so z.B. Auffassungen von Gesundheit und Krankheit, Ansichten über die materielle Versorgungslage im Alter, Einstellungen zur Produktivität älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, zur Bildungsbereitschaft im Alter oder auch zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Studien in diesem Bereich weisen darauf hin, dass Altersbilder mehrdimensional angelegt sind: Jeder Mensch hat also verschiedene Altersbilder, die im Wesentlichen sozial konstruiert sind. Darüber hinaus lässt sich zwischen individuellen, d.h. bei einzelnen (älteren) Menschen vorhandenen, und gesellschaftlichen, d.h. allgemein verbreiteten, Altersbildern unterscheiden.

Vorstellungen vom Alter variieren heute oftmals zwischen zwei Extremen: Vom ausschließlich negativen Altersbild (alt = z.B. nachlassende berufliche Leistungsfähigkeit,

ohne Handlungsspielräume, sozial isoliert, krank und pflegebedürftig) bis hin zum ausschließlich positiven Altersbild (alt = z.B. leistungsstark, vital wie die jungen Menschen, mit Freiräumen, bis ins hohe Alter engagiert). Beide Altersbilder können ausgrenzend bis diskriminierend wirken. Von großer Bedeutung ist es, differenzierte Altersbilder zu entwickeln und zu kommunizieren. In der heutigen Gesellschaft lebt eine Vielfalt von Älteren: aktive und passive Ältere, Ältere mit Zuwanderungsgeschichte ebenso wie älter werdende Menschen mit gleichgeschlechtlicher Orientierung oder Ältere mit einem Handicap sowie demenziell erkrankte Menschen mit einem hohen Unterstützungsbedarf.

Große Chancen für eine nachhaltige und langfristige Veränderung einseitiger und negativer Altersbilder bestehen im Rahmen der frühen Erziehung von Kindern, um bereits hier den Grundstein für differenzierte Vorstellungen über das Alter/n zu legen.

Eine sorgfältige und differenzierte Auseinandersetzung mit Altersbildern ist ein Gewinn nicht nur für Ältere und ermöglicht

- positive Identifikationsmöglichkeiten für älter werdende Menschen,
- die Gewinnung von Handlungsspielräumen für sich und Andere,
- die Gestaltung von Potenzialen des Älterwerdens bei gleichzeitiger Daseinsvorsorge von Altersrisiken,
- Begegnungen zwischen Jung und Alt.

Polarisierende Altersbilder und Altersdiskriminierung stehen dabei in einem engen Zusammenhang, da die ungleiche Behandlung Älterer (Altersdiskriminierung) eine Folge undifferenzierter Vorstellungen über das Alter ist.

Unter Altersdiskriminierung versteht man eine ungerechtfertigte Ungleichbehandlung aufgrund des Lebensalters. Altersdiskriminierung gegenüber Älteren ist feststellbar, wenn z.B. einer Person aufgrund ihres hohen Alters eine private Zusatzkrankenversicherung verweigert wird oder ein älterer Arbeitnehmer nur wegen seines kalendarischen Alters aus dem Erwerbsleben gedrängt wird.

Altersdiskriminierung kann sich keine Gesellschaft erlauben. Denn die Ungleichbehandlung gegenüber Älteren führt dazu, dass Ältere aus Teilen des politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Lebens ausgeschlossen werden und die Solidarität der Generationen gefährdet wird.

Handlungsbedarf und Empfehlungen

- Die Auseinandersetzung mit Altersbildern darf nicht auf Politik und Wissenschaft begrenzt sein, sondern ist als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu verstehen.
- In besonderer Weise erforderlich ist eine fachwissenschaftlich begleitete Leit- und Altersbildentwicklung in den Kommunen
- Darüber hinaus sind Initiativen zur Entwicklung differenzierter, realistischer Altersbilder für alle Altersgruppen von zentraler Bedeutung für eine solidarische Gesellschaft für alle Lebensalter. Zu differenzieren ist dabei auch in der Gruppe der älteren Bevölkerung zwischen jungen Alten und hochaltrigen Menschen.
- Der Zusammenhang von undifferenzierten Altersbildern und Altersdiskriminierung sollte auf fachlicher Grundlage systematisch erarbeitet werden und öffentlichkeitswirksam in die Gesellschaft transportiert werden.
- Das in den Richtlinien der EU und auf nationaler Ebene im Rahmen des AGG (Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz) anerkannte Phänomen der Altersdiskriminierung sollte Untersuchungsgegenstand sein. Öffentliche und private Dienstleistungen sollten hinsichtlich einer (positiven/negativen) Altersdiskriminierung überprüft werden. Es gilt, ausdrücklich und versteckt formulierte Altersgrenzen festzustellen und sie auf ihre objektive Begründung zu untersuchen. Wenn möglich, sollten weitere Vereinbarungen (siehe Maßnahmen und Projekte des Landes) über die Vermeidung von Altersdiskriminierung geschlossen werden.

Maßnahmen und Projekte des Landes

- Das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration setzt sich u.a. gemeinsam mit dem Kuratorium Deutsche Altershilfe und der Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen dafür ein, dass niemand aufgrund seines Alters diskriminiert wird. Das gilt für ältere Beschäftigte in den Betrieben ebenso wie für ehrenamtlich Engagierte, für ältere Konsumenten oder bei der Darstellung von älteren Menschen in den Medien. Das Aufgreifen dieses sensiblen Themas im Rahmen von Tagungen 2005 und 2007 sind wichtige Schritte auf dem Weg der Auseinandersetzung mit Altersdiskriminierungen, die in viele gesellschaftliche Bereiche hineinwirken. Mit den Tagungen wurde ein Positionspapier zum Thema aus der Sicht älterer Menschen und weitere Materialien zur Sensibilisierung

und zur Verhinderung von Altersdiskriminierung erarbeitet.

- Mit den Spitzenverbänden der Banken und Sparkassen des Landes hat das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration eine Vereinbarung getroffen, dass in Nordrhein-Westfalen niemand allein aufgrund seines Alters von Finanzdienstleistungen ausgeschlossen werden soll.
- Die Veränderung der Altersbilder ist Leitgedanke der Initiative Junge Bilder vom Alter des Landes Nordrhein-Westfalen. Ziel des Projekts ist die Stärkung differenzierter Sichtweisen auf das Alter und die Entwicklung positiver Altersbilder. Das innovative Projektkonzept umfasst drei Projektbausteine: 1. Wissenschaftliche Studien, 2. Themenworkshops, 3. Kreativwerkstatt, in der Kreativprojekte an Schulen und Kindertageseinrichtungen und in Kommunen durchgeführt wurden.

Gemeinsame Initiativen auf Bundes- und europäischer Ebene

- Die Bundesregierung hat im Sommer 2007 eine 14-köpfige Sachverständigenkommission zur Erarbeitung des Sechsten Altenberichts berufen. Die Kommission soll bis spätestens Anfang 2010 einen Bericht zum Thema Altersbilder in der Gesellschaft vorlegen. Die Sachverständigenkommission soll Altersbilder in Wirtschaft und Gesellschaft sowie in Politik und Kultur untersuchen und aufzeigen, wie sich diese Altersbilder auf die Teilhabe älterer Menschen auswirken.

5.2 Lebensräume

Lebensräume im Alter gestalten

Grundlagen

Wohnen im Alter und die Weiterentwicklung bedarfsge-rechter Lebens- und Wohnformen wird künftig ein wesentliches Handlungs- und Gestaltungsfeld für den Erhalt von Selbstständigkeit und Gesundheit älterer Menschen sein. Der Bedeutungsgewinn resultiert aus dem Anstieg der Anzahl älterer Menschen und deren mehrheitlichem Wunsch, möglichst lange in der eigenen Häuslichkeit und der sozialen Wohnumgebung zu bleiben. Da die Vielfalt der älteren Bevölkerung in Bezug auf verschiedene Dimensionen der Lebensgestaltungen und -stile steigt, kann es folgerichtig nicht die Wohnform für ältere Menschen geben. Gleichwohl stimmen Wohnwünsche älterer Menschen bislang mindestens in den folgenden vier Dimensionen häufig überein:

- der Wunsch nach Selbstbestimmung, Selbstständigkeit und Autonomie in der Lebensführung,
- der Wunsch nach Kontinuität und nach gesellschaftlicher Integration, der zugleich das Gefühl der Nützlichkeit und des Gebrauchtwerdens sowie das Bedürfnis nach intergenerationellen Kontakte einschließt,
- der Wunsch nach Erhöhung (bei den jüngeren Altersgruppen) bzw. nach Erhalt (bei den älteren Kohorten) von Lebensqualität, wobei die Bedeutung von Lebensqualität dabei in dem Maße steigt, in welchem die Individualisierung zunimmt und die materiellen/finanziellen Grundbedürfnisse zunehmend abgesichert sind,
- der Wunsch nach einem leicht zugänglichen, auf differenzierte Bedarfslagen zugeschnittenen hauswirtschaftlichen und/oder sozial-pflegerischen Dienstleistungsangebot, für dessen Nutzung man durchaus – wenn auch nur angemessen – zu zahlen bereit ist.

Die Umsetzung der genannten Wohnwünsche entspricht der Heterogenität des Alters. Wohnbedürfnisse, die sich aus diesen Wünschen ergeben, variieren nicht nur in Abhängigkeit von Geschlecht, Lebensalter, Familienstand, Gesundheit, Kohortenzugehörigkeit, ethnischer und/oder sozialer Schichtzugehörigkeit, sondern auch nach Lebensstil, gesellschaftlicher Integration und Kommunikationsfähigkeit.

Demzufolge werden von Älteren zunehmend differenzierte Wohnformen nachgefragt. Neben den schon eingeführten Formen des betreuten Wohnens (von Älteren bevorzugt als Wohnen mit Service bezeichnet) und barrierefrei gestaltete Wohnungen, haben sich auch alternative Wohnformen bereits bewährt. Zu nennen sind hier

das Mehrgenerationenwohnen, selbst organisierte oder betreute Wohngemeinschaften oder Pflegewohnungen im Wohnquartier. Auch wenn letztgenannte Angebotsformen in ihrer beispielgebenden Wirkung nicht unterschätzt werden sollten, bleibt festzuhalten, dass sie gleichwohl nur für ausgesprochene Minderheiten unter den Älteren bedeutsam werden dürften.

Eine wichtige Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Wohnen im Alter ist eine sogenannte altengerechte Gestaltung des Wohnumfeldes. Hierzu gehört eine entsprechende altersgerechten Anpassung der unmittelbaren Wohnumgebung und des Wohnumfeldes. Hinzukommen müssen die Bereitstellung und die Erreichbarkeit (fußläufig erreichbar und/oder ÖPVN-Anbindung) von allgemeiner Infrastruktur, wie z.B. Einkaufsmöglichkeiten, Versorgung mit Ärzten, Apotheken. Dies gilt insbesondere in ländlichen Regionen und eher abgelegenen Stadtteilen. Eine hier als altengerecht bezeichnete Gestaltung trifft auch die Bedürfnisse von anderen Personengruppen, so beispielsweise von Familien mit Kleinkindern, mit behinderten Angehörigen, von Menschen mit Handicap oder auch von älteren Menschen mit gleichgeschlechtlicher Lebensform und ist somit generationsübergreifend relevant.

Für eine bedarfsgerechte potenzielle Betreuung und Versorgung älterer Menschen sind quartiersbezogene Wohnkonzepte ein bedeutsames Modell der Zukunft. Sie zielen darauf, dass auch ältere Menschen in möglichst allen Lebensdimensionen (sozial, kulturell, in Bezug auf Infrastruktur- und Freizeitangebote etc.) integriert im Quartier leben können. Zudem soll auch bei Hilfe- und Pflegebedürftigkeit ein Leben im Wohnquartier möglich sein.

Handlungsbedarf und Empfehlungen

- Für das gegenwärtige und künftige Wohnen im Alter ist ein breit gefächertes Angebot erforderlich, das auf die verschiedenen Bedarfe von älter werdenden Menschen reagiert. Barrierefreiheit als eine wichtige Bedingung ist dabei in möglichst allen Bereichen anzustreben. Dabei ist auch dem sozialpolitischen Ansatz ambulant vor stationär Rechnung zu tragen.
- Leben und Wohnen im Alter steht neben der individuellen Verantwortung im Rahmen einer Gemeinschaftsleistung aller: Kommunen, einzelne Akteure aus den Bereichen Wohnungswirtschaft, Wohlfahrtsverbänden, Einzelhandel, Politik und der Verwaltung, aber auch aus den Bereichen Gesundheit, Kultur und Freizeit stehen hier in der Verantwortung. Vor allem werden mit älteren

Menschen gemeinsam Lösungswege erarbeitet und umgesetzt. Eine auf Nachhaltigkeit und Partizipation ausgerichtete Kooperation trägt dazu bei, bedarfsgerechte Angebote aufzubauen, Fehlplanungen zu verhindern und präventiv im Hinblick auf den Eintritt von Pflegebedürftigkeit zu wirken.

- Maßnahmen und Angebote zur Stärkung der häuslichen Wohnsituation sind weiterzuentwickeln. Nordrhein-Westfalen verfügt dazu als einziges Bundesland über ein flächendeckendes Netz von Wohnberatungsstellen. Dieses nachweislich unterstützend und präventiv wirkende Angebot wird quartiersbezogen ausgebaut. Darüber hinaus lässt sich die häusliche Wohnsituation mit weiteren Maßnahmen stärken, insbesondere durch Aktivierung des bürgerschaftlichen Engagements im Sinne von Nachbarschaftshilfe, Akzeptanz und Verbreitung von unterstützender Technik sowie der bedarfsgerechten Wohnumfeldgestaltung. Mit Blick auf verschiedene Lebensstile und unterschiedliche Zielgruppen werden auf Landesebene Konzepte unterstützt, die diese Vielfalt in den Blick nehmen und den zunehmend differenzierten Bedarfslagen gerecht werden. Dabei sind auch Vorschläge einzubeziehen, die seniorengerechte Wohnangebote mit ökologisch sinnvollen Flächeneinsparungen verbinden. Ziel solcher Vorschläge sind bedarfsangemessene Wohnungen für Ältere (vorwiegend in Ein- und Zweipersonenhaushalten) und für (größere) Familien durch Wohnungstausch und bei Wohnungsplanungen.
- Für eine bedarfsgerechte potenziell notwendige Betreuung und Versorgung älterer Menschen sind quartiersbezogene Wohnkonzepte ein bedeutsames Modell der Zukunft. Quartiersbezogene Wohnkonzepte zielen darauf, dass ältere Menschen auch bei Hilfe- und Pflegebedürftigkeit so lange wie möglich in ihrem Wohnquartier verbleiben können. Damit in den Quartieren soziale Integration entstehen kann, sind Versorgungskonzepte mit den älteren Menschen zu entwickeln und zu fördern, die auf Integration und Kleinstäumigkeit setzen. Entsprechende Konzepte sind unter anderem für die Integration älterer Menschen mit Zuwanderungsgeschichte von erheblicher Bedeutung. Zugleich sind Konzepte zu entwickeln die die Versorgung mit Einkaufs- und Dienstleistungsangeboten auf Stadtteilebene einschließen. Auf diese Weise können Netzwerke entstehen, die bei fortschreitendem Alter und eingeschränkter Mobilität den Kontakt zur Gemeinschaft erhalten und bei der Bewältigung des Alltags helfen.

Maßnahmen des Landes

- Ziel des Modellprojektes Wie wollen wir künftig leben? ist es, ein detailliertes Wissen über die unterschiedlichen Lebensstile und Wohnbedürfnisse älterer Menschen, insbesondere auch von älteren Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, zu gewinnen. Des Weiteren will das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration in einer weiteren Projektphase die Kommunen bei der Gestaltung von quartiersbezogenen Lebens- und Wohnformen unterstützen.
- Seit April 2008 wird das Konzept WohnQuartier4 = Die Zukunft altersgerechter Quartiere gestalten an den Projektstandorten Essen-Altenessen und Remscheid-Hohenhagen erprobt. Im Rahmen der Umsetzung des sozialraum-, ressourcen- und netzwerkorientierten Konzepts sollen neue und tragfähige Akzente in der Gemeinwesen- und Altenarbeit gesetzt werden (Förderung des Projektes durch die Stiftung für Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen, Förderung der Evaluation durch das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration Nordrhein-Westfalen).
- Im Rahmen des Modellprojektes Im Quartier bleiben! wurden an den Standorten Duisburg, Erkrath und Mönchengladbach ältere Menschen danach gefragt, wie sie in ihren Wohnquartieren gut alt werden könnten. In einer zweiten Phase dieses Projekts sollen die ermittelten Bedarfe gemeinsam mit den beteiligten Kommunen – und gegebenenfalls weiteren Akteuren am Ort – auf ihre Umsetzungsmöglichkeiten hin geprüft und bei Machbarkeit umgesetzt werden. Zudem wird für jeden Standort in Kooperation mit einer ortsansässigen Schule ein „Quartiersplan für alle Generationen“ erarbeitet. (Förderung durch das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration Nordrhein-Westfalen).
- Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat bis 2008 das Kölner Projekt Wohnen für Hilfen gefördert. Das Projekt untersucht die Idee einer Wohnpartnerschaft: Senioren stellen Studierenden ungenutzten Wohnraum zur Verfügung, für den diese keine Miete zahlen, sondern Hilfeleistungen in alltäglichen Dingen erbringen, wie beispielsweise Fenster putzen, Einkäufe erledigen, Rasen mähen. Pro Quadratmeter Wohnraum wird eine Stunde Hilfe im Monat geleistet, pflegerische Tätigkeiten sind ausgeschlossen.
- 2008 kam es zur Grundsteinlegung der auch öffentlich geförderten „Villa Anders“. Dort soll ein Wohnprojekt entstehen, das für viele Generationen und unterschied-

liche Lebensformen Platz zum Leben bietet. Weitere Projekte in dieser Form mit dem Fokus Ältere Menschen mit gleichgeschlechtlicher Orientierung wären für die Zukunft wünschenswert.

- Zu guter Letzt sind hier auch die umfangreichen Wohnungsbauförderaktivitäten des Ministeriums für Bauen und Verkehr aufzuführen. Mit einem jährlichen Förder volumen von ca. 950 Mio. € an zinsgünstigen Darlehen werden barrierefreie Mietwohnungen, gemeinschaftliche Wohnformen (Gruppenwohnungen), kleinteilige stationäre Wohnquartiersergänzungen (Pflegewohnplätze), selbstorganisierte Wohn- und Mehrgenerationenprojekte sowie der Abbau von Barrieren im Bestand und die grundlegende Modernisierung von bestehenden Altenwohn- und Pflegeheimen unterstützt. Diese bundesweit einmalige Fördervielfalt hat zu rund 100.000 barrierefreien Wohnungen, über 260 Gruppenwohnungen und vielen weiteren Projekten im Neubau und Bestand geführt. Die Kleinteiligkeit der Projekte entspricht den Vorstellungen der meisten Älteren nach mehr Wohnqualität. Die mit der Förderung verbundene Mietpreisbindung ermöglicht darüber hinaus auch günstiges Wohnen.

Gemeinsame Initiativen auf Bundes- und europäischer Ebene

- Mit dem Wettbewerb Wohnen für (Mehr)Generationen – Gemeinschaft stärken, Quartier beleben will das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend das selbstbestimmte Wohnen älterer Menschen und das Zusammenleben der Generationen in Deutschland weiter stärken. Bewerben können sich Interessierte, die ein Gebäude kaufen oder bauen wollen, um dort mit anderen Menschen eine Wohngemeinschaft einzurichten. Insgesamt 100 Wohngemeinschaften erhalten zinsgünstige Darlehen und Tilgungszuschüsse.
- Ziel des Modellprogramm Neues Wohnen – Beratung und Kooperation für mehr Lebensqualität im Alter ist es, neue Formen der Beratung und Information zu testen und auf alternative Wohnangebote aufmerksam zu machen. Weiterhin soll die Lebens- und Wohnqualität der älteren Menschen in benachteiligten Stadtteilen verbessert und die Kooperation zwischen den relevanten Akteuren verstärkt werden. Während der Projektlaufzeit soll schrittweise ein überregionales Netzwerk Wohnen im Alter aufgebaut werden. Eine Initiative im Rahmen des Modellprogramms ist das Projekt Kompetenznetzwerk Wohnen – Neue Formen der mobilen Beratung. Auf der Internetseite

des Projektes finden Interessierte zu gemeinschaftlichen oder anderen Wohnformen im Alter ein umfangreiches Informations- und Beratungsangebot.

- Das online – Portal Baumodelle der Altenhilfe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat das Ziel, vor allem quartiersbezogene und generationenübergreifende Wohnformen der Öffentlichkeit stärken bekannt zu machen. Auf der Informations-Datenbank finden sich Projekte zu alternativen Wohn- und Betreuungskonzepten der Alten- und Behindertenhilfe, die eine Alternative zum traditionellen Pflegeheim darstellen.

5.3 Gemeinwesenorientierte Seniorenarbeit

Gemeinwesenorientierte Seniorenarbeit weiterentwickeln und qualifizieren

Grundlagen

Seit Ende der 1990er Jahre hat ein Perspektivwechsel in der sozialen Arbeit für Ältere stattgefunden. Vormalig wurde dieses Handlungsfeld als offene Altenarbeit bezeichnet. Dieser Begriff und die entsprechenden Inhalte waren jedoch in erster Linie von dem Gedanken der Fürsorge und Altenhilfe geprägt. Soziale Arbeit für Ältere muss heute weit mehr sein als Altenhilfe (wie sie im §71 SGB XII noch immer bezeichnet wird) im Kontext von Versorgung und Pflege. Altern ist so vielfältig, dass soziale Arbeit für Ältere nicht auf Fürsorge und Pflege begrenzt sein kann, sondern eine Zielgruppenerweiterung (z.B. junge Alte, Ältere mit Zuwanderungsgeschichte) sowie eine Themenverbreiterung (z.B. Gesundheitsförderung, Kultur, neue Medien etc.) benötigt. Zudem bedarf es einer partizipatorischen Perspektive in der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit, die vor allem mit statt für Ältere(n) arbeitet.

Hierbei stellt die gemeinwesenorientierte Sozialarbeit einen zentralen Ansatz dar, der für alle Bereiche und Angebote (nicht nur für Ältere) gelten kann. Gemeinwesenorientierte Sozial- bzw. Seniorenarbeit

- bezieht sich auf ein begrenztes Gebiet (sozial-räumliche Umwelt),
- stellt Lebensumstände Älterer und deren Verbesserung in den Vordergrund,
- geht auf Ältere zu,
- aktiviert ältere Menschen und fordert zur Teilhabe auf,
- bezieht sich auf konkrete Problemlagen,
- ist auf Kooperation mit anderen Akteuren ausgerichtet,
- arbeitet mit unterschiedlichen Methoden (Einzelfallhilfe, Gruppenarbeit).

Gemeinwesenorientierte Seniorenarbeit leistet einen wesentlichen Beitrag, damit ältere Menschen möglichst lange selbstständig und selbstbestimmt zu Hause leben und an der Gesellschaft teilhaben können. Wesentlicher Bestandteil ist hierfür eine stadtteil- und gemeindenaher Beratung, Vermittlung und Initiierung von gesundheitsorientierten und sozial-pflegerischen sowie kulturellen Angeboten für ältere Menschen und deren Angehörige.

Gemeinwesenorientierte Seniorenarbeit stellt einen eigenständigen gesellschaftlichen Gestaltungsbereich mit Elementen wie Bildungsangebote und Kulturarbeit,

Prävention, Engagementförderung und Partizipation dar. Sie können als vorgelagerter und/oder ergänzender Bereich zur professionellen gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung älterer Menschen verstanden werden.

Handlungsbedarf und Empfehlungen

- Die soziale Arbeit mit Älteren nach dem Prinzip der Gemeinwesenorientierung stellt eine zentrale Möglichkeit dar, die Potenziale Älterer sowohl für den Einzelnen als auch die Gesellschaft zu aktivieren. Gemeinwesenorientierte Seniorenarbeit stellt qualitativ neue Anforderungen an die soziale Arbeit mit Älteren, um beispielsweise Qualitätsziele, wie die Teilhabe von Älteren bei der Gestaltung von Angeboten, die Förderung von Selbstorganisation oder die Berücksichtigung von differenzierten Altersbildern, zu erfüllen. Der Perspektivwechsel, der mit einem solchen Verständnis von sozialer Arbeit mit und von Älteren einhergeht, ist bisher noch nicht durchgängig in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft feststellbar.
- Innerhalb des Gestaltungsprozesses Demografischer Wandel nimmt die gemeinwesenorientierte Seniorenarbeit eine wichtige doppelte Funktion ein: Individuelle Integration und Teilhabe. Auf der einen Seite sind dabei individuelle Ansprache, Förderung und Unterstützung Älterer der Daseinsvorsorgeverpflichtung der Kommunen geschuldet. Auf der anderen Seite ist die gesellschaftliche Integration älterer Menschen Bestandteil einer Teilhabekultur einer Gesellschaft für alle Lebensalter.
- Kommunen sind zur Daseinsvorsorge verpflichtet. Innerhalb dieses Rahmens ist das Handlungsfeld der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit zu stärken. Hier sind die Rahmenbedingungen der Akteure zu beachten: Angesichts der finanziellen Situation in vielen Kommunen ist es sinnvoll, dass die seniorenpolitischen Akteure gemeinsam relevante Handlungsfelder und Aktionen entwickeln und abstimmen.
- Auch in der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit stellen sich Fragen nach der Qualität und Qualitätsentwicklung. Aktuell und in Zukunft geht es darum, gemeinwesenorientierte Seniorenarbeit nicht als Leuchtturm zu begreifen, sondern diese als Grundlage für Qualifikationsanforderungen an Haupt-, Neben- und Ehrenamtliche in ganz Nordrhein-Westfalen zu verstehen. Es gilt eine fachlich anspruchsvolle gemeinwesenorientierte Seniorenarbeit mit tragfähigen nachhaltigen Strukturen auf- und auszubauen.

- Die Entwicklung der sozialen Arbeit mit Älteren hat einen Perspektivwechsel erfahren, der sich kennzeichnen lässt als Paradigmenwechsel von der Altenhilfe zur gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit. Diese Entwicklung findet in Nordrhein-Westfalen seit Ende der 1990er Jahre statt. Um Ausmaß und Wirkungen sowie den zukünftigen Entwicklungsbedarf auf einer objektiven Grundlage einschätzen zu können, ist für die Landespolitik in diesem Bereich eine wissenschaftliche Evaluation sinnvoll.

Maßnahmen und Projekte des Landes

- Seit 2006 führt das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales auf der Grundlage der Erfahrungen aus beispielhaften Qualifizierungsprojekten (Lernprojekt Ahlen, Projekt „Aufwind, Begegnungsstättenarbeit insgesamt) eine konzertierte Qualifizierungsoffensive durch. Auf diese Weise werden eine Verbreitung in der Fläche und nachhaltige Sicherungen guter Angebote für ältere Menschen in Kommunen erreicht.
- Das 2003 begonnene Projekt Forum Seniorenarbeit Nordrhein-Westfalen sorgt für den Transfer von Erfahrungswissen, dient zudem der Förderung und Stärkung von Netzwerken. Darüber hinaus zählt die Möglichkeit des selbstorganisierten Lernens zu den zentralen Aufgaben dieses Forums. Zielgruppe des Projektes sind hauptamtlich Mitarbeitende und Freiwillige in der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit.
- Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat in den vergangenen Jahren regelmäßig Tagungen mit dem Ziel durchgeführt, Akteure über neue Konzepte und Ideen in der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit zu informieren. Auf diese Weise konnten innovative Impulse für die Weiterentwicklung von Strukturen und Angeboten vor Ort gegeben werden.

5.4 Partizipation

Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement für eine Gesellschaft des langen Lebens stärken

Grundlagen

Unter Teilhabe/Partizipation ist die aktive Beteiligung von (älteren) Menschen an der Gestaltung des unmittelbaren öffentlichen Raums zu verstehen. Mit Blick auf ältere Menschen sind soziale und politische Partizipationsprozesse und Verfahrensweisen dabei in einer Weise zu gestalten, dass ihr soziales Kapital bestmöglich mobilisiert werden kann.

Ältere Menschen tragen eine Eigenverantwortung insbesondere wenn es darum geht, durch mehr Aktivität und Vorsorge, die durch das Alter möglichen Belastungen Dritter (Familie, Gesellschaft) zu reduzieren. Darüber hinaus tragen sie – wie alle Anderen – eine Mitverantwortung für das Leben Anderer sowie für allgemeine gesellschaftliche Anliegen.

Ältere haben ein Recht darauf, dass ihnen Partizipation/Teilhabe eingeräumt wird, denn nur so können sie sich für ihre eigenen und die Belange anderer einsetzen. Ihr Engagement in und für die Gesellschaft ist ein freiwilliger Beitrag, der allerdings individuell als verpflichtend empfunden werden kann. Bürgerschaftliches Engagement stellt dabei eine der wichtigsten Möglichkeiten zur Teilhabe und Partizipation dar.

Nordrhein-Westfalen hat – neben Bayern, Baden-Württemberg und Hessen – eine große Tradition des bürgerschaftlichen Engagements. (Ältere) Menschen engagieren sich auf sehr unterschiedlichen Wegen, beispielsweise durch

- politisches Engagement, wie z.B. Mitarbeit in Gemeindeparlamenten, Verbänden, Gewerkschaften, Ausländer- oder Seniorenvertretungen,
- soziales Engagement, wie z.B. Tätigkeiten in Jugend- und Wohlfahrtsverbänden, Seniorenverbänden, Hospizgruppen,
- Engagement in Vereinen, Verbänden und Kirchen, wie z.B. ehrenamtliche Vorstandstätigkeiten oder als Jugendtrainer,
- Engagement in öffentlichen Funktionen, wie z.B. Schöffen oder Wahlhelfer,
- Engagement in Schulen und für Jugendliche,
- Formen der Gegenseitigkeit, wie z.B. Nachbarschaftshilfen, Genossenschaften und Tauschringe,
- Engagement für Kultur und Bildung,
- Selbsthilfe sowie

- Engagement in und von Unternehmen, wie z.B. Geld-, Sach- und (Arbeits-) Zeitspenden für bürgerschaftliche und/oder soziale Zwecke.

Neben traditionellem Engagement gewinnen neue, flexiblere und projektorientierte Formen des bürgerschaftlichen Engagements auch bei älteren Menschen an Attraktivität und Bedeutung. Eindeutig belegt ist der Zusammenhang zwischen Bildung und bürgerschaftlichem Engagement.

Handlungsbedarf und Empfehlungen

- In Zeiten des demografischen Wandels gilt: Ohne bürgerschaftliches Engagement ist Nordrhein-Westfalen ärmer. Bei allen relevanten Akteuren muss dafür geworben werden, dass sie sich nachhaltig für die Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements engagieren. Dies gilt nicht nur für Träger sozialer Dienstleistungen, sondern auch für private wirtschaftliche Unternehmen. Insbesondere ältere Menschen müssen noch gezielter angesprochen werden.
- Bürgerschaftliches Engagement entsteht nicht im Selbstlauf, sondern ist in den Kommunen, Quartieren und auf der Landesebene zu unterstützen und zu fördern. Ganz allgemein unterscheidet man
 - individuumsbezogene (u.a. professionelle Begleitung und Fortbildungsmöglichkeiten der bürgerlich Engagierten),
 - kooperationsbezogene, (Verbesserung der Zusammenarbeit von Hauptamtlichen und Bürgerlich Engagierten),
 - gemeinwesenbezogene (kommunale trägerübergreifende Ansätze) und
 - gesellschaftsbezogene (u.a. gesetzliche, haftungsrechtliche und steuerliche Verbesserungen)
 Förderstrategien.
- Zur Unterstützung der politischen Partizipation älterer Menschen fördert das Land Nordrhein-Westfalen die Landesseniorenvertretung als den Dachverband der kommunalen Seniorenvertretungen. Die breite ehrenamtliche Arbeit wird durch eine hauptamtliche Kraft unterstützt. Diese Verbindung ermöglicht eine optimale Bereitstellung von Informations-, Beratungs- und Qualifikationsangeboten sowie von Öffentlichkeitsarbeit. Zum anderen konnte so die freiwillige Gründung kommunaler Seniorenvertretungen auf aktuell 140 Mitglieder in der Landesseniorenvertretung unterstützt werden. Damit nutzen derzeit rund 35 % der Kommunen die Chancen, die eine Seniorenvertretung bietet.
- Gute Praxisbeispiele und ihre Erfolgsfaktoren sind gebündelt bekannt zu machen. Flankierende wissenschaftliche Evaluationen können Erfolgsfaktoren und hindernde Faktoren systematisieren.

Maßnahmen und Projekte des Landes

- Das Programm Aktiv im Alter NRW will die Partizipation älterer Menschen in den einzelnen Kommunen unterstützen und nachhaltige Strukturen für die Weiterentwicklung der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit fördern. Im Rahmen von aktivierenden Befragungen und Bürgerforen sollen Bedarfe der Seniorenarbeit vor Ort festgestellt und Lösungsansätze und Projekte entwickelt werden. Das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration fördert, zusätzlich zu den vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderten Modellprojekten, weitere 20 Kommunen. Auf diese Weise sind auf Landesebene insgesamt 27 Kommunen in Nordrhein-Westfalen in diesen Prozess einbezogen, Mitte 2009 werden es 42 sein.
- Das Land unterstützt die Selbstorganisation der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (lagfa) und die Zusammenarbeit mit den Seniorenbüros.
- Das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration hat im Anschluss an das bundesweite Modellprogramm Erfahrungswissen für Initiativen dieses Programm im Rahmen seiner Qualifizierungsoffensive in die Landesförderung aufgenommen. Dabei werden örtliche Bildungsanbieter einbezogen. Auf diese Weise ist es möglich, Ältere in Kommunen zu seniorTrainerinnen und seniorTrainern zu qualifizieren, so dass sie ihre Fähigkeiten und Kenntnisse in vielfältiger Form in die beteiligten Kommunen einbringen können.
- Das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration stärkt die Seniorenvertretungen des Landes auf kommunaler und Landesebene durch die Förderung der Arbeit der Landesseniorenvertretung und durch wissenschaftliche Beratung.
- Um Kommunen stärker für die Einbeziehung Älterer in kommunale Gestaltungsprozesse zu sensibilisieren, wurde das Projekt Altengerechte Stadt im Auftrag des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration durchgeführt. In Zukunft werden positive Beispiele für die Einbeziehung Älterer breiter vorgestellt um zur Nachahmung anzuregen. Im Rahmen des

Projektes hat die Landesseniorenvertretung ein Handbuch erarbeiten lassen, das aufzeigt, wie ältere Menschen bei einer nachhaltigen Veränderung der Stadtteile und Wohngebiete aktiv werden können.

- Das Projekt Partizipation im Alter in den Kommunen Nordrhein-Westfalens strebt die exemplarische Initiierung von Partizipationsprozessen älterer Menschen in vier Modellkommunen an. Die ausgewählten Kommunen werden während des gesamten Umsetzungsprozesses vom Forschungsinstitut für Geragogik (FoGera) begleitet, die Förderung erfolgt durch das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration.
- Im Projekt „Schulleitungscoaching durch Senior-Experten NRW“ der Stiftung Partner für Schule NRW vermitteln ehemalige oder noch aktive Führungskräfte aus der Wirtschaft nordrhein-westfälischen Schulleitungen individuelles Managementwissen. Schulen werden damit in ihrer Entwicklung zur Eigenverantwortlichkeit gestärkt und Schulleitungen auf diesem Weg qualifizierend und praxisorientiert begleitet. Die Schulleitungscoachings werden in Tandems individuell, praxisnah und ortsbezogen durchgeführt. Begleitende Informations- und Qualifikationsangebote unterstützen die Projektbeteiligten beim Prozess des Schulleitungscoachings. Entwickelt und durchgeführt wird das Projekt von der Stiftung Partner für Schule NRW in Zusammenarbeit mit regionalen Kooperationspartnern und den überregionalen Partnern Stiftung Mercator, Stiftung Westfalen und der Signal Iduna-Gruppe.
- Seit Dezember 2006 führt der Senior-Expert-Service in Nordrhein-Westfalen mit Unterstützung des Schulministeriums Nordrhein-Westfalen erfolgreich das Schulprogramm „Neue Impulse für Schüler“ durch. Schulen werden in der Nachmittagsbetreuung der Schüler durch Senior Experten des SES unterstützt. Die Senior Experten geben in Schulen – ergänzend zum Schulunterricht – ihr Wissen und ihre spezielle Berufs- und Lebenserfahrung an die Jugendlichen weiter. In allen Schulformen sind die Senior Experten tätig: in Grund-, Haupt-, Real-, Förder- und Gesamtschulen sowie Gymnasien und Berufskollegs. Mehr als 100 Seniorinnen und Senioren sind an Schulen jährlich im Einsatz. Mehr als 3000 Schülerinnen und Schüler beteiligten sich bisher an den Schulprojekten und partizipieren vom Wissen und der Erfahrung der Älteren. Über die Internet-Seite des Ministeriums, www.schulministerium.nrw.de können Interessierte auf eine Internet-Börse zugreifen. Sie vernetzt effizient die Gesuche von Schulen und die Angebote von Senior Experten.

Gemeinsame Initiativen auf Bundes- und europäischer Ebene

- Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat das Gemeinschaftsprogramm Alter schafft Neues – Aktiv im Alter ins Leben gerufen. Gemeinsam mit Bundesländern, kommunalen Spitzenverbänden und Netzwerken sowie den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege und der Seniorenorganisationen will das Ministerium das Leitbild des Aktiven Alters in den Kommunen verankern und eine soziale Bewegung für eine aktive Rolle älterer Menschen in der Gesellschaft in Gang setzen.
- Das Modellprogramm Erfahrungswissen für Initiativen EFI des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wurde in Kooperation mit zehn Bundesländern durchgeführt. In Nordrhein-Westfalen wird EFI mit großem Engagement von Seiten der Landesregierung in den Kommunen umgesetzt: 35 Kommunen werden fast 1000 Senioren als seniorTrainerinnen und seniorTrainer weitergebildet und von ihrer örtlichen Agentur für Bürgerengagement bei der Weitergabe ihres Erfahrungswissens und der Wahrnehmung der Rolle als seniorTrainerin bzw. seniorTrainer unterstützt.

5.5 Mobilität

Distanzen überwinden, Räume nutzen

Grundlagen

Der Stellenwert von Mobilität ist bei Erwachsenen besonders hoch und liegt wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge als Lebensbereich an vierter Stelle der Wichtigkeit hinter Familie, Wohnen sowie Freunde und Bekannte. Die Befunde belegen die These, dass Mobilität und Bewegung zu den Grundbedürfnissen des Menschen gezählt werden können. Die Einschätzungen der künftigen Entwicklungen gehen auch von einer weiter wachsenden Mobilität älterer Menschen aus.

Das Auto als wichtiges Verkehrsmittel spielt eine große Rolle für die Mobilität auch älterer Menschen. Die meisten älteren Menschen mit Führerschein möchten diesen möglichst lange behalten und nutzen ihr Auto fast täglich. Ältere werden in Zukunft darüber hinaus ihr Auto vermutlich (vermehrt) dazu nutzen, in ihrer Freizeit möglichst viel unterwegs zu sein. Vor dem Hintergrund, dass in den nächsten Jahrzehnten die große Gruppe der Auto-sozialisierten Menschen in das dritte und vierte Lebensalter eintreten, wird es auch immer mehr ältere Autofahrerinnen und Autofahrer geben.

Neben der Möglichkeit, durch ein Auto mobil zu sein, ist die Nutzung von Fußwegen aktuell und künftig von zunehmend wichtiger Bedeutung. Steht der PKW häufig an erster Stelle der genutzten Fortbewegungsmittel, so steht der Weg zu Fuß an zweiter Stelle. Seltener, gleichwohl in der Tendenz steigend, werden derzeit von Älteren das Fahrrad oder öffentliche Verkehrsmittel genutzt. Untersuchungen zufolge können bezüglich der zukünftigen Bedeutung von Bus und Bahn noch keine eindeutigen Aussagen getroffen werden. Zwar können sich die heute 50- bis 64-Jährigen vorstellen, mit zunehmenden Alter häufiger öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen, ob sie dies tatsächlich tun werden, dürfte jedoch auch von dem Versorgungsgrad mit öffentlichen Verkehrsmitteln und deren Serviceangeboten abhängen. Zu guten Angeboten des ÖPNV gehört die Barrierefreiheit, die bislang noch nicht durchgängig gegeben ist.

Das Vorurteil, Ältere seien häufiger als andere Altersgruppen als Unfallverursacher (als Geisterfahrer oder durch einen Herzinfarkt am Steuer) beteiligt, ist widerlegt. Ältere Menschen sind nachweislich eher Opfer als Verursacher von Unfällen. Besonders gefährdet sind sie als Fußgänger, Radfahrer oder Beifahrer.

Handlungsbedarf und Empfehlungen

- Angesichts der demografischen Entwicklung in Deutschland muss der Mobilität und Sicherheit älterer Menschen im Straßenverkehr zunehmend Beachtung geschenkt werden. Mobilität ist Bestandteil von Lebensqualität und Voraussetzung für die Teilhabe an der Gesellschaft. Zudem sollen aktuell und künftig die demografische Entwicklung und Mobilitätsentwicklungen in ihrer engen Verknüpfung diskutiert werden.
- Angesichts des zu erwartenden weiteren Anstiegs der Automobilität sollen bedarfsgerechte Angebote und Dienstleistungen konzeptioniert werden: Die Palette reicht von bedienungsfreundlichen Autos über gesundheits- und verhaltensbezogene Seminare bis hin zur Entwicklung von Angeboten benutzerfreundlicher „car-sharing“-Systeme – für alle Lebensalter.
- Insgesamt ist ein seniorengerechtes Verkehrskonzept für den Individualverkehr zu entwickeln und zu evaluieren, das den Bedürfnissen Älterer Rechnung trägt. Dabei ist zu erwarten, dass sich diese Perspektive und Art der Verkehrsplanung auch auf andere Zielgruppen auswirken wird. Maßnahmen dazu sind:
 - Entschleunigung, Verlangsamung und Vereinfachung der Straßenführung und des Straßenverkehrs, beispielsweise durch die Errichtung von Tempo-30-Zonen,
 - die Betonung der Bedeutsamkeit von Fußwegen in der Gestaltung des öffentlichen Raums und deren entsprechende Ausgestaltung,
 - abgesenkte Bordsteine,
 - ausreichend breite Fußgänger- und Radfahrwege.
- Ohne Qualitätsentwicklung und innovative Ideen für Bus und Bahn wird die Bedeutung des PKW als Fortbewegungsmittel noch verstärkt. Busse und Bahnen sollen nutzerfreundlicher werden. Dies gilt insbesondere für Informationssysteme und den Fahrscheinverkauf. Darüber hinaus spielen Sicherheitsaspekte und Verfügbarkeit (Streckenstreichungen) eine große Rolle.
- Die Kosten für Mobilität (sowohl öffentlicher als auch individueller Verkehr) sind in den letzten Jahren drastisch gestiegen. Bei einkommensschwachen, älteren Menschen besteht die Gefahr der immer stärkeren Mobilitätseinschränkungen. Gerade im ländlichen Raum mit wenigen Angeboten, teilweise langen Wegen zu Ärzten und Sparkassen muss auf dieses Problem und auf innovative Lösungsansätze besonderes Augenmerk gelegt werden.

- Es fehlt an zentralen Daten zum Mobilitätsverhalten und den sie bestimmenden Faktoren. Diese Informationen werden insbesondere auf regionaler Ebene benötigt, um Planungen vornehmen zu können. Mobilitätsforschung muss die Differenzierung des Alters betrachten, da junge Seniorinnen und Senioren sowie Hochbetagte unterschiedliche Verhaltensmuster im Hinblick auf die Mobilität aufweisen dürften.

Maßnahmen und Projekte des Landes

- Dort wo sich der Einsatz der Öffentlichen Verkehrsmittel nicht mehr lohnt, unterstützt das Land den Einsatz sogenannter Bürgerbusse, um insbesondere die Mobilität von Seniorinnen und Senioren sicherzustellen. Es gibt 93 geförderte Bürgerbusvereine in Nordrhein-Westfalen, weitere bereiten sich auf den Betrieb vor. Die Vereine haben zwischen 20 und 150 Mitglieder. Rund 2.100 ehrenamtliche Fahrer, meist selbst im Rentenalter oder im Vorruhestand, sind im Einsatz. Je Verein sind es 10 bis 50 Fahrerinnen und Fahrer. 2008 legten die Bürgerbusse im Land fast 3,3 Millionen Kilometer zurück und beförderten ca. 660.000 Fahrgäste. Die einzelnen Vereine bedienen dabei bis zu 6 Linien unterschiedlichster Länge und Bedienungshäufigkeit. Das Land Nordrhein-Westfalen unterstützt die Bürgerbusvereine mit Zuschüssen für die Busanschaffung sowie mit einer jährlichen Pauschale für die Vereinsorganisation.
- Die von der Landesregierung eingesetzte „agentur barrierefrei NRW“ berät kostenlos Menschen – auch ältere – mit Behinderungen und ihre Interessenverbände sowie Entscheidungsträger in der öffentlichen Verwaltung, Politik und Wirtschaft. Die Informationen und Serviceleistungen dieser bundesweit einzigartigen Einrichtung helfen dabei, bürgerfreundliche, praktikable und kostengünstige Lösungen zur Barrierefreiheit in Nordrhein-Westfalen umzusetzen, und verbessern damit die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen.
- Das Ministerium für Bauen und Verkehr führt bis Ende 2010 in den Städten Arnsberg und Mülheim/Ruhr das Modellprojekt „SimplyCity“ durch. „SimplyCity“ ist ein neues Verkehrs- und Stadtraumkonzept, dessen Kerngedanke die Vereinfachung des Verkehrs und des Lebens in der Stadt ist. Der Konzeptansatz bezieht sich auf die von vielen Menschen beklagte „Überkomplexität“ des öffentlichen Raums und kommt dabei vor allem den Interessen von älteren Menschen entgegen. „SimplyCity“ will den Stadt- und Verkehrsraum von allen baulichen Anlagen sowie verkehrstechnischen

und möblierungsspezifischen Elementen befreien, die im Sinne der Sicherheit und Orientierung überflüssig oder gar kontraproduktiv sind. Dazu gehören auch diejenigen Einrichtungen, die das Fahren, die Bewegung oder den Aufenthalt erschweren sowie das Stadtbild hinsichtlich seiner Erlebbarkeit negativ beeinflussen. Das Modellprojekt berücksichtigt damit vor allem die Bedürfnisse älterer Menschen. Aufgrund seines exemplarischen Charakters kann es nach Abschluss auch in anderen Städten und Gemeinden des Landes verwirklicht werden.

Geplante Maßnahmen auf Landesebene

- Straßenraumgestaltung/Blickfeldmanagement: Die Anrainerkommunen und die Straßenbauverwaltung planen mit Unterstützung des Verkehrsministeriums und des Umweltministeriums die Umgestaltung der A 42 zur „Parkautobahn“. Ebenso soll die A 40 im Ruhrgebiet zu einer unverkennbaren und reizvollen Stadtautobahn aufgewertet werden. Die Motivation der Oberbürgermeister besteht darin, über eine bessere Gestaltung der Autobahnen die Attraktivität ihrer Städte zu erhöhen, die Motivation der Straßenbauverwaltung besteht darin, durch eine gezielte Straßenraumgestaltung (Blickfeldmanagement) einen Sicherheitsgewinn zu erzielen. Die rein auf die linke Gehirnhälfte ausgerichtete Wegweisung, ebenso wie die Nummerierung der Anschlussstellen sollen unterstützt werden durch künstlerisch gestaltete Bauwerke und Lärmschutzwände, durch Kunstwerke entlang der Strecke und in den Anschlussstellen, durch dezent eingesetzte Lichteffekte und eine besondere Form der Straßenseitenraumbepflanzung. „Bilder statt Schilder“ sollen helfen, sowohl Aufmerksamkeit und Vigilanz auf einem hohen Niveau zu halten als auch die Orientierung gerade auch für ältere Menschen maßgeblich zu erleichtern und damit insgesamt zu einer Erhöhung der Verkehrssicherheit beizutragen.

Gemeinsame Initiativen auf Bundes- und europäischer Ebene

- Förderung der Sicherheit im Straßenverkehr, z.B. durch erhöhte Tunnelsicherheit für mobilitätseingeschränkte Menschen: Bei Unfällen und Bränden in Tunneln kommt der Selbstrettungsphase unmittelbar nach dem „Ereignis“ Unfall oder Brand eine besondere Bedeutung zu. Da die Fluchtmöglichkeiten in Tunneln stark eingeschränkt sind, besteht für mobilitätseingeschränkte Personen, zu denen auch ältere Menschen gehören können, ein erhöhtes Risiko. Dieses hat das

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zum Anlass genommen, ein Forschungsvorhaben durchzuführen, um Handlungsempfehlungen für Straßenverkehrstunnel aufzuzeigen. Das Ergebnis des Forschungsvorhabens liegt vor, es werden umsetzbare Empfehlungen gegeben. Besonderer Wert wird dabei auf das „Mehr-Sinne-Prinzip“ gelegt, das neben den optischen Hinweisen auch akustische oder taktile (ertastbare) Hinweise gibt, um die Selbstrettungsphase zu verbessern.

5.6 Generationen

Dialog der Generationen

Grundlagen

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels zeichnen sich Veränderungen der Familienstrukturen ab, die das Verhältnis der Generationen verändern: So wird es auf der einen Seite immer mehr kinderlose Menschen geben. Auf der anderen Seite wächst durch die zunehmende Lebensdauer der Anteil der Familien, die drei oder sogar vier Generationen aufweisen können (Bohnenstangenfamilie). Nicht zuletzt differenzieren sich familiäre Beziehungen zwischen den Generationen vor dem Hintergrund der vielfältigen Möglichkeiten des Zusammenlebens (Patchworkfamilie).

Diese Entwicklung hat bisher zu keiner Distanzierung der familiären Generationenbeziehungen geführt – vielmehr sind die familiären Beziehungen zwischen den Generationen weiterhin durch hohe Kontakthäufigkeit und enge emotionale Verbindungen gekennzeichnet. Insbesondere in familiären Beziehungen helfen sich die Generationen gegenseitig. Die familiären Unterstützungsleistungen der Älteren gegenüber den Jüngeren beziehen sich insbesondere auf finanzielle Unterstützung (Geld- und Sachgeschenke) sowie auf Leistungen der Kinderbetreuung. Hilfen für Ältere beziehen sich häufig auf immaterielle Hilfen, wie beispielsweise Unterstützung im Haushalt, bei Behördengängen oder die Hilfe im Pflegefall.

Außerhalb der Familie begegnen sich Generationen wesentlich seltener. Der Alltag von Kindern und Jugendlichen einerseits und der von Erwachsenen des mittleren und hohen Lebensalters findet häufig in ganz unterschiedlichen sozialen Räumen statt (Kindergarten, Schule, Arbeitsstätten), so dass zufällige Begegnungen und Kontakte eher die Ausnahme darstellen. Fehlende Kontakte zwischen den Generationen haben Folgen für das solidarische Verhalten: Wer als Kind und Jugendlicher keine praktische Unterstützung erhalten hat, wird diese im Bedarfsfall nicht zurückgeben. Dies gilt insbesondere für praktische Solidarität gegenüber der alten Generation. Umgekehrt sind ältere Menschen selbst als Unterstützer noch im sehr hohen Alter aktiv, vorausgesetzt, die eigene gesundheitliche und ökonomische Lage lässt dies zu. Auch ist es für ältere Menschen von großer Bedeutung mit bekannten, aber nicht verwandten Menschen soziale Beziehungen aufzubauen, denn viele von ihnen werden mit zunehmenden Alter ihre Wünsche nach Sozialbeziehungen (und notwendige Unterstützungsleistungen) nicht allein durch ihre Angehörigen decken können.

Handlungsbedarf und Empfehlungen

- Ein wichtiges Anliegen ist das gute Zusammenleben zwischen den Generationen, heute wie in der Zukunft. Dafür gilt es, das Erleben praktischer Unterstützung zwischen den Generationen zu fördern.
- Von besonderer Bedeutung ist es, Möglichkeiten für das Miteinander der Generationen im öffentlichen Raum zu initiieren. Auf diese Weise können Lernorte der Generationensolidarität geschaffen werden, die individuell und gesellschaftlich wirken können.
- Das Miteinander der Generationen betrifft aus seniorenpolitischer Perspektive nicht nur das Verhältnis zwischen erster (Oma, Opa) und dritter Generation (Enkel/in), sondern auch die Beziehung zwischen erwachsenen Kindern (2.Generation) und alten Eltern. Berührt sind in der einen Richtung Unterstützungsleistungen beispielsweise im Falle von Alleinerziehung sowie in der anderen Richtung insbesondere Pflegeverpflichtungen gegenüber alten hilfebedürftigen Eltern/Schwiegereltern unter dem Aspekt der Belastungen von Erwerbstätigkeit und/oder Kindererziehung.
- Nach dem Bestandsbericht des Instituts für Gerontologie aus dem Jahre 2005 lässt sich der Schluss ziehen, dass es eine umfangreiche, vielfältige Projektlandschaft zum Miteinander der Generationen im Land gibt. Allerdings sind auch Felder für zusätzliches Engagement zu verzeichnen. Dies betrifft beispielsweise die Vernetzung intergenerationaler Projekte, die Qualifizierung von Projektleiterinnen und -leitern sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmern und nicht zuletzt die Entwicklung von projektartspezifischen Qualitätskriterien. Darüber hinaus ist ein besonderes Augenmerk auf bislang kaum vorhandene intergenerationale kommunale Planungsprojekte – beispielsweise die Gestaltung eines Stadtparks – zu legen.

Maßnahmen und Projekte des Landes

- Ziel des in 2008 vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration durchgeführten Wettbewerbsprojekte für Generationen war es, gute Projekte des Miteinanders der Generationen auszuzeichnen, sie bekannt zu machen und dadurch zur Nachahmung anzuregen.
- Bei der Generationen-Tour stellen die Teilnehmer des Wettbewerbsprojekte für Generationen ihre Arbeiten in einer Ausstellung vor. Diese Wanderausstellung ermöglicht Einblicke in die konkrete Arbeit vor Ort und bietet ein Forum für Gespräche mit Akteuren und Multiplikatoren der Generationenarbeit. Ziel ist es, gute Beispiele in die Breite zu tragen und zur Nachahmung anzuregen.
- Seit Dezember 2006 veranstaltet das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration Werkstatt-Gespräche zum Thema Generationenübergreifende Projekte und initiiert auf diese Weise einen regelmäßigen Informationsaustausch wichtiger Akteure. Zu folgenden Themen wurden bisher gearbeitet: Zusammenleben, Voneinander lernen, Gemeinsam kreativ werden sowie Miteinander sprechen.
- In dem seit 2007 laufenden, vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration geförderten, Projekt Stiftung Lesen werden Treffpunkte für ältere und jüngere Menschen geschaffen. In Mehrgenerationentreffs, Kindertagesstätten, Schulen, Krankenhäusern, Seniorenheimen und Bibliotheken haben alle Generationen die Gelegenheit, ihre Lieblingsbücher vorzustellen und mit anderen ins Gespräch zu kommen. Im Rahmen des Projektes werden ehrenamtliche Vorlesepaten (aller Altersgruppen) geschult und Lesernetze durch Kooperationspartner vor Ort aufgebaut.
- Ziel der Landesinitiative Junge Bilder vom Alter vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration ist die Förderung differenzierter Sichtweisen auf das Alter und die Entwicklung positiver Altersbilder und Visionen vom Alter. Hierzu wurden drei Projektbausteine durchgeführt: 1. Wissenschaftliche Studien, 2. Themenworkshops, 3. Kreativwerkstatt, in der Kreativprojekte an Schulen und Kindertageseinrichtungen und in Kommunen durchgeführt wurden.
- Alle Schulen in Nordrhein-Westfalen sollen vom Wissen und Engagement älterer Menschen profitieren können. Das ist das Ziel des Projekts SeniorExperten NRW für alle Schulen. Über eine Internet-Datenbank können Schulen und Seniorinnen und Senioren miteinander in Kontakt treten. In Zusammenarbeit mit dem Senior-Experten-Service (SES) Bonn und der Stiftung Partner für Schule NRW werden qualifizierte Ältere (Führungskräfte aus der Wirtschaft) und interessierte Schulen (Schulleiter) zusammengebracht. Auf diese Weise beabsichtigt das Ministerium für Schulen und Weiterbildung, erstmals ein flächendeckendes Netz für den Einsatz von ehrenamtlich tätigen Senioren für Schulen entstehen zu lassen. Dabei entsteht über das Schulleitercoaching ein Wissensgewinn für Schulleiterinnen und Schulleiter in den Bereichen: Qualitäts-, Projekt- und Budgetmanagement, Personalentwicklung und Personalführung sowie interne Kommunikation, Mar-

keting und Öffentlichkeitsarbeit. Umgesetzt wird das Schulleitercoaching bereits in den Regionen Köln und Ostwestfalen-Lippe, in den Kreisen Kleve und Wesel sowie in den Städten Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Essen, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen. Derzeit arbeiten insgesamt 303 Schulen mit 259 Seniorexpertinnen und -experten zusammen und bilden so 377 aktive Partnerschaften. Seit 2005 konnten mehr als 400 Partnerschaften initiiert werden. Perspektivisch soll das Projekt durch weitere Fördermaßnahmen für Schulen landesweit zugänglich gemacht werden. Darüber hinaus ist eine verstärkte Anbindung und Kooperation mit den regionalen Strukturen in Nordrhein-Westfalen geplant.

Geplante Maßnahmen auf Landesebene

- Im dem vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration in Zusammenarbeit mit der Stiftung Lesen geförderten Projekt Bücher schlagen Brücken – Jung und Alt im Gespräch werden die Generationen in Vorlesenachmittagen zusammengebracht. Bei diesen Treffen soll ein reger Austausch über Literatur, aber auch über das Weltgeschehen angeregt werden. Dabei profitieren ältere Menschen von entstehenden sozialen Kontakten und der geistigen Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Themen. Jüngere können von den Erfahrungen Älterer lernen.
- Insbesondere der wachsende Anteil älterer Menschen, geringe Geburtenraten und heterogenen Wanderungsbewegungen führen kleinräumig zu unterschiedlichen Entwicklungen. Zur Unterstützung der kommunalen Aktivitäten soll im Rahmen einer Bestandsaufnahme ein Demografie-Werkstatt zum Thema „Kommune im demografischen Wandel“ durchgeführt werden. Ziel ist es, umfassend Einblicke in Strukturen, Handlungsfelder, Erfolge sowie ggf. Defizite auf lokaler Ebene zu erhalten und neue Unterstützungsformen für kommunale Demografiearbeit zu entwickeln.
- In einem Generationenatlas werden die wichtigsten demografischen Daten für das Land Nordrhein-Westfalen und die Perspektiven generationenpolitisch relevanter Handlungsfelder aufgearbeitet.

Gemeinsame Initiativen auf Bundes- und europäischer Ebene

- Der Wettbewerb Generationendialog in der Praxis – Bürger initiieren Nachhaltigkeit richtet sich vorrangig an zivilgesellschaftlichen Akteure, die in generationen-

übergreifenden Zusammenhängen agieren. Ziel ist die Honorierung und Stärkung des vielfältigen ehrenamtlichen Engagements der Bürgerinnen und Bürger.

- Ziel des Aktionsprogramms Mehrgenerationenhäuser des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist es, das Miteinander und den Austausch der Generationen zu fördern und ein nachbarschaftliches Netzwerk zu schaffen. Mehrgenerationenhäuser bieten verschiedenen Altersgruppen Raum, sich ungezwungen zu begegnen und gegenseitig von den Kompetenzen des jeweils anderen zu profitieren. Zudem wird es zu einer Drehscheibe für Dienstleistungen im Gemeinwesen.
- Das Projektbüro Dialog der Generationen ist mit der Koordinierung, Information, Fort- und Weiterbildung generationsübergreifender Projekte beauftragt und bietet ein weitreichendes Serviceangebot. Ziele des vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderten Projektes sind u.a. Vernetzung, Anregung, Beratung, Begleitung und Weiterbildung der Projekte, bundesweite Öffentlichkeitsarbeit und Entwicklung und Förderung von Modellkonzepten sowie die Förderung des Austausches mit der Fachwelt. Das Serviceangebot des Projektbüros besteht hauptsächlich im Aufbau und in der Betreuung von Regionalgruppen, Fortbildung, Information und Betreuung einer Datenbank.
- Das Programm Freiwilligendienste aller Generationen wurde vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit dem Ziel einer passgenauen Nutzung der Potenziale der Freiwilligendienste aller Altersgruppen initiiert. Das Programm beinhaltet vier Bausteine: einen Ideenwettbewerb, den Aufbau mobiler Kompetenzteams, die Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen für Freiwillige und Koordinatoren und den Aufbau einer Internetplattform. Mit der Beteiligung am Bundesprogramm zielt das Land Nordrhein-Westfalen darauf die bestehenden Strukturen in der Engagementlandschaft zu ergänzen. Die Freiwilligendienste aller Generationen sind eine neue eigenständige Form gesellschaftlichen Engagements, die allen Menschen nach Vollendung der Schulpflicht, die sich mindestens 6 Monate und 8 Stunden pro Woche engagieren möchten, offen steht. Die Freiwilligen haben dabei Anspruch auf Versicherungsschutz und Qualifizierung. Das Mobile Team Nordrhein-Westfalen bietet zur Umsetzung der neuen Freiwilligendienste umfassende Beratung und Unterstützung für Kommunen, Verbände und Trägerorganisationen. Zudem werden Qualifizierungsmaßnahmen und -module für Freiwillige und Koordinatoren angeboten.

5.7 Altersbildung

Fürs lange Leben lernen

Grundlage

Bildung stellt einen zentralen individuellen und gesellschaftlichen Gestaltungsfaktor zur Bewältigung der Herausforderungen des demografischen und sozialen Wandels und des Alterns der Bevölkerung dar, denn Bildung eröffnet Handlungsspielräume in einer immer komplexer werdenden Welt. Menschen werden durch Bildung zu selbstbestimmtem Handeln sowie zu gesellschaftlicher Mitwirkung und Mitbestimmung befähigt. Der Erwerb von Wissen und das Erlernen von Fähigkeiten und Fertigkeiten stellen einen lebenslangen Prozess dar (Lebenslanges Lernen). Lebenslanges Lernen bedeutet, dass Lernen ein unverzichtbarer Bestandteil des gesamten Lebens ist, der je nach Lebensphase im Hinblick auf Inhalte, Erfahrungszusammenhänge und Motivation unterschiedlich ausgestaltet ist: So steht in der Kinder- und Jugendphase das formalisierte Lernen in Schule und beruflicher Erstausbildung im Vordergrund. In der Erwerbsphase gewinnt neben dem formellen Lernen auch das informelle Lernen in der Arbeit an Bedeutung – Lernen und Bildung stehen hier in einem unmittelbaren Verwertungszusammenhang und sollen in der Regel die Berufsperspektive verbessern. In der Nacherwerbsphase entfällt der Druck der unmittelbaren berufsbezogenen Verwertbarkeit von Bildungsinhalten. Ältere haben Chancen und Möglichkeiten, ihre Zeit für Bildung in unterschiedlichsten Formen frei zu nutzen und sich aus individuellem Interesse Themen zu widmen und sich Inhalte anzueignen.

In diesem wichtigen Handlungsfeld geht es um das Konzept Für ein langes Leben lernen, denn immer mehr Menschen werden immer älter. Um für ein langes, sinnstiftendes Leben gut vorbereitet zu sein, ist selbstverantwortlich möglichst schon in jungen Jahren ein Bildungsfundament zu legen. Auf diese Weise kann das dritte und vierte Lebensalter sehr viel leichter zu einer Zeit der gewonnenen Jahre werden, denn in späteren Lebensjahren kann Bildung, die immer Prozesscharakter hat, eine Schlüsselfunktion zur individuellen Sinnstiftung und zur gesellschaftlichen Teilhabe einnehmen – stets auf freiwilliger Basis.

Wissenschaftliche Forschungen belegen, dass Bildung und Gesundheit in engem Zusammenhang stehen. Bildungsaktivitäten fördern nicht nur den objektiven Gesundheitszustand, sondern auch das subjektive Gesundheitsgefühl und damit psychisches Wohlbefinden sowie Lebensqualität im Alter. Altersbildung unterstützt

die Verwirklichung von Präventionspotenzialen, reduziert das Erkrankungsrisiko und kann infolgedessen sowohl zur Entlastung des Gesundheits- und Sozialsystems als auch zur Selbstständigkeitserhaltung beitragen.

Bildung weist darüberhinaus einen zentralen Stellenwert auf, weil eine enge Verknüpfung zum bürgerlichen Engagement besteht. So liegen Belege über den Zusammenhang zwischen Bildungsniveau, politischer und sozialer Teilhabe sowie bürgerschaftlichem Engagement vor.

Altersbildung ist nicht zuletzt ein zunehmend bedeutsamer Wirtschafts- und Beschäftigungsfaktor. Angesichts des höheren Bildungsniveaus nachrückender Altersgruppen und den prognostizierten wachsenden Bildungsbedürfnissen älterer Menschen wird die Nachfrage nach entsprechenden Angeboten, Dienstleistungen und Konsumgütern in den nächsten Jahren steigen. Aufgrund der dominierenden Stellung, die informelles und selbst organisiertes Lernen im Leben Erwachsener einnehmen, sind nicht nur positive Effekte für die institutionalisierte Erwachsenenbildung zu erwarten. Auch andere Branchen – beispielsweise Gesundheitswirtschaft, Kultur, Freizeit sowie Medien – werden davon profitieren.

Bisher wird dem Lernen im höheren Erwachsenenalter noch nicht hinreichend der notwendige Stellenwert beigemessen.

Handlungsbedarf und Empfehlungen

- Es gilt, Bildung als ein zentrales Instrument zur Förderung selbstbestimmter und selbstständiger Lebensführung im Alter und zur besseren Bewältigung typischer Altersrisiken und somit als ein Instrument zum Abbau von sozialen Ungleichheiten im Alter in den Mittelpunkt vielfältiger Bemühungen zu stellen.
- Dabei ist es von besonderer Bedeutung, die bisher eher als gering einzustufende Bildungsbereitschaft und -beteiligung älterer Menschen nachhaltig zu fördern sowie vorhandene Angebote besser auszuschöpfen. Dies kann künftig besser gelingen, wenn Angebote regional und lokal miteinander vernetzt werden und weitergehende flexible und generationenübergreifende Lernangebote konzipiert und systematisch ausgebaut werden. In diesem bedeutsamen Handlungsfeld, in dem eine Angebotsvielfalt unterschiedlicher Träger herrscht, nehmen die Volkshochschulen eine wichtige Position ein. Als besonders für Bildung sensibel erweist sich dabei die Übergangsphase zwischen Erwerbstätigkeit und Ruhestand.

- Bildung im höheren Lebensalter ist bislang weder konzeptionell noch inhaltlich ausreichend den Bedarfen einer Gesellschaft des langen Lebens entsprechend entwickelt. Zwar gibt es viele gute Praxisbeispiele, diese sind bisher jedoch noch nicht ausreichend systematisiert und fachlich aufbereitet.
- Die neuen Medien sind besonders zu beachten. Insbesondere ältere Menschen sind in der Bildung ihrer Medienkompetenz zu unterstützen, damit sie nicht von Informationsarmut betroffen sind. Neue medial gestützte Formen der Altenbildung können helfen, altersspezifischer Probleme, wie z. B. den Übergang in den Ruhestand, das Ende der Familienphase oder die Auseinandersetzung mit Krankheitserfahrungen, zu erleichtern, und sie üben damit eine präventive Funktion aus.
- Bildung ist ein gesamtgesellschaftlich sehr bedeutsames Handlungsfeld. Daher ist für den Erwerb von individueller Bildung und deren stete Weiterentwicklung in allen Lebensaltern zu werben. Generationsübergreifende Bildungsaktivitäten stellen dabei eine der vielfältigen Möglichkeiten dar, gesellschaftliche Teilhabe und Integration zu fördern.
- Bildung im Alter und Bildungsangebote für ältere Erwachsene, jenseits beruflicher Verwertungsmöglichkeiten werden daher auch zukünftig für die Weiterbildung im Land ein zentrales Thema sein. Die Möglichkeiten sind vielfältig und reichen von Qualifizierungsangeboten der Wohlfahrtsverbände, der Volkshochschulen, freier Träger bis zum Studium an Universitäten. Das Ministerium für Schule und Weiterbildung wird die nach dem Weiterbildungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen anerkannten und arbeitenden Bildungseinrichtungen dabei intensiv begleiten.

Maßnahmen und Projekte des Landes

- Das Forum Seniorenarbeit unterstützt die Modernisierung, Professionalisierung und Vernetzung in der gemeinwesenorientierten Arbeit mit älteren Menschen. Der Transfer von Erfahrungswissen, die Förderung und Stärkung von Netzwerken und selbstorganisiertem Lernen gehören zu den zentralen Aufgaben des vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration geförderten Forums. Zielgruppe des Projektes sind hauptamtlich Mitarbeitende und Freiwillige in der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit.
- Die vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration geförderte Landesstelle Zwischen

Arbeit und Ruhestand ZWAR berät Kommunen, die Freie Wohlfahrt, Verbände, Träger, Einrichtungen und Vereine bei der Gestaltung einer zukunftsorientierten Seniorenarbeit. Schwerpunkte sind die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement sowie die Initiierung und Verstetigung von nachhaltigen sozialen Netzwerken älterer Menschen. Folgende Ziele stehen im Vordergrund: Förderung von gesellschaftlicher Teilhabe und gesellschaftlichem Engagement, kommunale Beratung und Organisationsentwicklung für Akteure der sozialen Arbeit mit Älteren, wechselseitiger Transfer zwischen Theorie und Praxis, Förderung der Selbstständigkeit im Alter und synergetische Nutzung vorhandener Ressourcen der sozialen Arbeit mit Älteren.

5.8 Kultur

Kultur als Lebensmittel

Grundlagen

Kultur (von lat. cultura: Landbau) umfasst im weitesten Sinne alles, was der Mensch selbst gestaltend hervorbringt. So sind technische Entwicklungen genauso Teile der Kultur wie Schriftstücke aller Art oder auch wie soziale Organisationsformen, in denen die Menschen zusammenleben. Kultur im engeren Sinne bezieht sich auf Sprache, Literatur, Geschichte, Religion und Ethik, Kunst, Wirtschaft, Wissenschaft und Rechtsprechung.

Kultur ist kein Luxus oder schmückendes Beiwerk. Kultur ist der Grundstein unserer Gesellschaft und der Zivilisation. Die Teilhabe an Kultur ist Grundbedürfnis und damit Lebensmittel.

Kulturelle Angebote:

- bieten die Möglichkeit, zu aktivieren,
- bringen Menschen ins Gespräch,
- können Entspannung und Freude geben,
- fördern Kreativität,
- fördern neue Denkprozesse und fordern zu Auseinandersetzung auf,
- können vor Vereinzelung schützen,
- bieten Identifikationsmöglichkeiten,
- können Wissen weiter geben,
- können Generationen verbinden helfen,
- können gesellschaftliche Solidarität fördern,
- können Diskussionen über gesellschaftliche Werte fördern,
- können die Vermittlung gesellschaftlicher Werte fördern.

Kultur schließt alle Altersgruppen einer Gesellschaft ein. Gerade ältere Menschen haben den Wunsch und das Interesse, kulturelle Angebote wahrzunehmen oder sich mit kulturellen Ausdrucksformen auseinanderzusetzen. Ältere sind dabei nicht nur Konsumenten und gehen gern ins Theater oder besuchen Veranstaltungen. Kulturbeteiligung bedeutet auch, dass ältere Menschen als Produzenten einen kulturellen Beitrag leisten. Dabei muss es sich nicht um Teile einer Hochkultur handeln, sondern es können auch Formen der Alltagskultur entwickelt werden: Beispielsweise, wenn Ältere gemeinsam mit Jungen eine Ausstellung über Liebesbriefe im Wandel der Zeit gestalten (Beispiel Projekt/Ausstellung: Loveletters vom Lennestrand). Auf diese Weise sind ältere Menschen nicht nur Produzenten, sondern auch Kulturvermittler an nachfolgende Generationen. Die Kulturarbeit mit Älteren leistet darüber hinaus auch in der Öffentlichkeit einen

Beitrag, diesen Lebensabschnitt nicht defizitorientiert zu betrachten, sondern als eine eigenverantwortliche und schöpferische Phase.

Kultur, Bildung und bürgerschaftliches Engagement müssen heute zusammen gedacht und umgesetzt werden. Auf diese Weise verbindet sich Kulturarbeit enger mit der sozialen Arbeit. Dies ist auch Ausdruck, dass die Auseinandersetzung mit Kultur nicht nur individuelle Bedürfnisse befriedigt, zur Lebensqualität des Einzelnen beiträgt und einfach nur Spaß machen kann. Kulturarbeit besitzt auch einen gesellschaftlichen Mehrwert, der das Land Nordrhein-Westfalen in seiner vorhandenen Vielfalt bereichert.

Handlungsbedarf und Empfehlungen

- Kulturarbeit braucht Rahmenbedingungen, um wirksam zu sein. Zu den wichtigsten Rahmenbedingungen zählt eine öffentliche und private Förderung. Häufig sind mit einem vergleichsweise geringen Budget vielfältige Ergebnisse zu erzielen. Darüber hinaus benötigt Kultur weitere Ermöglichungsstrukturen: Hierzu zählen Raum (im Sinne von Räumlichkeiten und im Sinne von Zeit) und Menschen in Haupt- und Ehrenamt, die Ideen entwickeln und umsetzen.
- Für die Kulturarbeit mit älteren Menschen sind Konzepte auf der Grundlage eines wohnortnahen, partizipativen Ansatzes zu entwickeln. Ebenfalls ist zu berücksichtigen, dass sich die Bedürfnisse in den verschiedenen höheren Lebensaltern unterscheiden. Insbesondere die Bedürfnisse Hochaltriger sind vermehrt in den Blick zu nehmen. In der Praxis gibt es zahlreiche, vielversprechende Beispiele, die systematisiert und im Hinblick auf ihre Erfolgsfaktoren zu untersuchen sind.
- Besonderes Augenmerk ist auf die Gruppe älterer Menschen zu richten, die über ein niedriges Einkommens- und/oder Bildungsniveau verfügen. Für sie sind ebenfalls Zugangswege zur kulturellen Beteiligung zu eröffnen.
- Einen besonderen Erfahrungsschatz bilden die Kenntnisse Älterer mit Zuwanderungsgeschichte. Kulturelle Arbeit soll diese Möglichkeit zur Bereicherung unserer Gesellschaft auch im Sinne der Integration aufgreifen.
- Kultur hat auch wirtschaftliche Bedeutung. Hier gilt es, Dialogformen zwischen Kulturarbeit und den wirtschaftlichen Aspekten zu pflegen und diese weiterzuentwickeln.

Maßnahmen und Projekte des Landes

- Das Projekt Mehrkultur 55plus wurde bis 2007 vom Institut für Bildung und Kultur koordiniert und vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration als Teil der Landesinitiative Seniorenwirtschaft gefördert. Das landesweite Projekt hatte das Ziel, Kulturangebote für ältere Menschen auszubauen und weiter zu entwickeln. Das Projekt sollte dazu beitragen, die Zugänglichkeit und Erreichbarkeit von Kulturveranstaltungen zu verbessern. Seniorinnen und Senioren, die selbst künstlerisch aktiv und kulturell engagiert sind – oder es werden wollen – erhalten bessere Rahmenbedingungen und Informationsmöglichkeiten. Neben Veranstaltungen und Programmen, die sich speziell an diese Zielgruppe richten, wird jedoch auch das allgemeine Angebot von Kunst- und Kulturinstitutionen aus dem Blickwinkel der Interessen und Wünsche eines älteren Kulturpublikums betrachtet.
- Seit 2008 wird der Themenschwerpunkt „Kultur und Alter“ von der Kulturabteilung der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen bearbeitet. Der wachsende Anteil von Älteren als Nutzer- und Zielgruppe von Kultur macht auch innovative kulturpolitische Strategien erforderlich und stellt die öffentlich geförderten Kultureinrichtungen vor neue Gestaltungsaufgaben. Ältere Menschen sind dabei nicht nur in ihrer Rolle als Publikum, sondern auch als Kulturschaffende und Kulturvermittelnde zu betrachten.
- Aufgabenschwerpunkte sind:
 - Stärkung des freiwilligen Engagements Älterer für Kultur
 - Einbindung von Ressourcen und Kompetenzen Älterer durch Aktivierung und Beteiligung
 - Projekte kultureller Bildung für ältere Menschen
 - Entwicklung von Modellen zur nachhaltigen Publikumsentwicklung
 - Informations- und Erfahrungsaustausch sowie Implementierung erfolgreicher Modelle aus Nordrhein-Westfalen und Europa
 - Integration spezieller Gruppen von Älteren (Hochaltrige, Ältere mit Zuwanderungsgeschichte, sogenannte Bildungsferne) durch die Entwicklung kultureller Bildungs- und Beteiligungsmodelle
 - Schaffung empirischer Grundlagen zur kulturpolitischen Gestaltung (Datenforschung „Kultur und Alter“ durch den Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen). Insbesondere gehört dazu die Gewinnung neuer Erkenntnisse zu Kulturinteressen und zur Kulturnutzung Älterer „Kulturteilhabe 50+“ (Ergebnisse einer Online-Befragung, an der sich 750 Kultureinrichtungen beteiligt haben
- Das Projekt Polyphonie – Stimmen der kulturellen Vielfalt zielt auf die kulturelle Beteiligung der über 50-jährigen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ab. Polyphonie bietet Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Möglichkeit, ihr Gesangstalent in Workshops mit Unterstützung von professionellen Musikern und Musikpädagogen weiter zu entwickeln und sich als Solisten mit ihrem persönlichen Lied vor großem Publikum an einem Ort der Hochkultur zu präsentieren. Das Projekt, ebenfalls gefördert von der Kulturabteilung des Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, findet seinen Abschluss in einem großen Gesangsfestival im Jahr 2010. Durch diese Veranstaltung werden ältere Migrantinnen und Migranten konkret an der Gestaltung des Kulturhauptstadtjahres beteiligt. Zu den Zielen des Projekts zählt auch die Entwicklung neuer Bildungskonzepte für die Arbeit mit dieser Zielgruppe.

5.9 Netzwerke

Individuelle und gesellschaftliche Netzwerke fördern

Grundlagen

Soziale Beziehungen zu anderen Menschen sind eine wichtige Ressource bei der Vorbereitung und beim Umgang mit Veränderungen und Herausforderungen des Alters. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Herstellung und zum Erhalt von Wohlbefinden, Gesundheit, Selbstständigkeit und Selbstbestimmung. Untersuchungen zur Netzwerkgröße von älteren Menschen verweisen insgesamt auf eine Verkleinerung der Netzwerke und auf einen Rückgang von Kontakten mit zunehmendem Alter. Die Anzahl wichtiger, enger Beziehungen bleibt jedoch bis ins hohe Alter relativ konstant. Die individuellen Netzwerke älterer Menschen können dabei ganz unterschiedlicher Art sein: In der Regel bestehen sie vor allen Dingen aus nahen Familienmitgliedern und engen Freunden, dazu kommen Beziehungen zu Bekannten, Nachbarn und Arbeitskollegen.

Innerhalb dieser unterschiedlichen Beziehungen werden entsprechend vielfältige Formen und Intensitäten von Unterstützungen ausgetauscht: Man fragt sich gegenseitig um Rat oder Informationen, wird praktisch unterstützt (z.B. beim Einkaufen, beim Umgang mit dem Internet), bekommt Trost und emotionale Hilfe in schwierigen Situationen. Wichtig in Bezug auf ältere Menschen ist dabei, dass auch sie keineswegs nur Empfänger von Unterstützung sind, sondern aktiv Unterstützung geben, in dem sie z.B. finanzielle Hilfe leisten, bei der Enkelbetreuung einspringen oder sich für die Nachbarn engagieren.

Besonders wichtig für die Lebensqualität älterer Menschen sind Beziehungen außerhalb der Familie. Zudem werden aufgrund des demografischen Wandels und seiner Folgen familiäre Netzwerke künftig kleiner. Auch aus diesem Grund ist es für jeden Einzelnen sehr wichtig, möglichst frühzeitig ein funktionierendes außerfamiliäres Netzwerk aufzubauen und zu pflegen. Da dies nicht immer in ausreichendem Maße oder nicht rechtzeitig geschieht, ist es Aufgabe der sozialen Arbeit, Kontakte und Unterstützung zu initiieren und zu fördern.

In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass neben den individuellen Netzwerken auch organisierte Netzwerke von besonderer Bedeutung sind. Hierbei handelt es sich um Verbindungen zwischen Organisationen, Institutionen oder Initiativen, die aus den Bereichen Politik, Verwaltung, Wohlfahrtspflege etc. kommen können. Bei gesellschaftlichen Netzwerken handelt es sich um eine

relativ neue Art der Kooperation, die sich jenseits der etablierten Strukturen der Trägerzugehörigkeit oder Verbandsebene bewegt. Zunehmend kommen internetgestützte Netzwerke hinzu. Das Zusammenwirken der Netzwerkpartner bleibt rechtlich und wirtschaftlich unabhängig, um gemeinsame Ziele und Interessen gegebenenfalls gemeinsam durchzusetzen.

Organisierte Netzwerke in der Seniorenarbeit unterstützen mit ihrer Arbeit immer auch den Aufbau individueller Netze Älterer. Gleichzeitig soll ein Beitrag zur Vernetzung von Einrichtungen und Initiativen im Stadtteil geleistet werden. Durch eine Vernetzung der Initiativen, Anbieter und Institutionen können auf örtlicher Ebene neue Angebote geschaffen und Ressourcen gebündelt werden. Netzwerkarbeit hat nicht nur eine große Bedeutung für den Einzelnen, sondern darüber hinaus großen gesellschaftlichen Nutzen.

Gesellschaftliche Netzwerke

- unterstützen den Aufbau individueller Netze,
- tragen zum Erhalt des Gemeinwesens bei,
- fördern den Zusammenhalt der Generationen,
- bieten Kreativitätspotenziale.

Eine solche Kooperation optimiert die Zusammenarbeit verschiedener Akteure und kann die vorhandene Angebotsstruktur, aber auch die Mitgestaltungsmöglichkeiten qualitativ verbessern. Ein lebendiges Netzwerk bindet immer wieder neue Akteure auf örtlicher Ebene ein. Als lernendes Netzwerk ist der Erfahrungsaustausch auf überregionaler Ebene ebenfalls von großer Bedeutung.

Handlungsbedarf und Empfehlungen

- Sowohl individuelle als auch gesellschaftliche Netzwerke sind zur Bewältigung des demografischen Wandels von großer Bedeutung. Netzerkennung kann durch Rahmenbedingungen, wie beispielsweise mit einer kommunalen Netzwerkkoordination, gefördert werden. Auf Landesebene sind unterstützende Rahmenbedingungen zu schaffen, wie beispielsweise die Möglichkeiten des Austausches auf regionaler Ebene oder der fachwissenschaftlichen und -praktischen Begleitung.

Maßnahmen und Projekte des Landes

- Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales führt ein Bündel von Maßnahmen durch, die der Vernetzung dienen. Zwei organisierte Netzwerke mit landesweiter Ausdehnung sind dabei von zentraler Bedeutung:

- Das Forum Seniorenarbeit kann gleichsam als Knotenpunkt und Medium für die landesweite Vernetzung der Akteure der Seniorenpolitik gelten. Die themenzentrierten Workshops, Seminare und das gemeinsame E-Learning der Akteure zielen nicht nur auf einen Wissenstransfer zwischen den Beteiligten ab, sondern führen auch zu Kontakten, aus denen ein landesweites Netzwerk gewoben wird.
- Veranstaltungen des Städtenetzwerks zu aktuellen Themen leisten ebenfalls einen Beitrag, good-practice Beispiele in die breite Fachöffentlichkeit zu tragen und netzwerkunerfahrene Akteure mit einzubeziehen.

5.10 Beratung

Unterstützung suchen und finden: Beratung für ältere Menschen verbessern

Grundlagen

Auch wenn für die Bundesrepublik und Nordrhein-Westfalen allgemein festzustellen ist, dass das System der gesetzlichen Sozialversicherung bislang als eines der Besten gilt, sind das System und dessen Möglichkeiten in der Praxis für Betroffene schwierig zu durchschauen und zu nutzen. Welche Hilfen für wen in Frage kommen, welche Unterstützung individuell notwendig ist, wie diese planbar sind und ähnliche Fragen stellen sich im Bedarfsfall. Ältere Menschen mit Hilfe- oder Pflegebedarf und ihre Angehörigen sehen sich dabei einer Vielzahl von Akteuren gegenüber. Dazu gehören beispielsweise

- (Fach-)Ärzte
- Medizinischer Dienst
- Krankenhäuser
- Pflegedienste
- Mahlzeitendienste
- Krankengymnasten, Ergotherapeuten
- Kostenträger, wie Pflege-, Kranken-, Rentenkasse oder das Sozialamt.

Ein transparentes, abgestimmtes Unterstützungssystem, indem alle möglichen Hilfen für den Betroffenen bedarfsgerecht ineinandergreifen ist das Ziel. Damit dieses gelingt, ist insbesondere bei Menschen mit differenziertem Unterstützungsbedarf eine Art Lotse oder auch Fallmanager genannt notwendig, der die Hilfen initiiert und koordiniert sowie dem Bedarf kontinuierlich anpasst.

Fallmanagement gilt als Erfolgsfaktor für eine zügige, bedarfsgerechte und abgestimmte Unterstützung, bei

der alle Möglichkeiten der sozialen Sicherung und Hilfen zum Wohle des Betroffenen und seiner Angehörigen genutzt werden können. Fallmanager benötigen Fach- und Sachkenntnisse im Hinblick auf die regionale Versorgungsstruktur. Sie stellen die fallbezogene Beratungshilfe und Unterstützung in einem Beratungssystem dar, das von allgemeiner Beratung bis Fallberatung reicht.

Aber auch vor Eintritt eines Unterstützungs- und/oder Pflegebedarfs tauchen bei älteren Menschen häufig Fragen auf: Wer unterstützt mich bei einfachen Tätigkeiten im Haushalt? Gibt es in meiner Nähe Besuchs- und Begleitdienste? Welche Angebote gibt es für mich als pflegende Angehörige? Wo finde ich eine Wohnberatung? Oftmals hält eine Vielzahl von Trägern ein breit gefächertes Angebot bereit, das aber nicht bei den Zielgruppen bekannt ist. Um Transparenz und Zugänglichkeit zu erhöhen, sind Beratungs- und Anlaufstellen von zentraler Bedeutung.

Zu den möglichen Informations- und Beratungsanliegen älterer Menschen gehören auch die Bereiche Bürgerschaftliches Engagement, Kultur, Kontakt- und Begegnungsmöglichkeiten sowie der Alltags- und Freizeitbereich. Dafür stehen Informationsmaterialien wie Seniorenratgeber, Internetforen und -seiten, Beratungsstellen, wie zum Beispiel die Freiwilligenzentralen und büros in Kommunen, zur Verfügung.

Die zahlreichen und vielfältig ausgerichteten Beratungsstellen in Nordrhein-Westfalen weisen im Hinblick auf Strukturen, inhaltliche Schwerpunktsetzungen (z.B. Information, Aufklärung, psychologische Beratung, leistungserschließende Beratung gemäß der leistungsrechtlichen Bestimmungen nach SGB XI und SGB XII wie Beratung und Hilfen zum Wohnen im Alter oder zum Umgang mit Demenz) und Finanzierungen eine große Vielfalt auf. Auch der Etablierungs- und Bekanntheitsgrad sowie der Einzugsbereich der Beratungsstellen variieren je nach Kommune.

Neben den hier nur skizzierten Beratungsmöglichkeiten für ältere Menschen ist auch auf das Beratungsangebot der Polizei Nordrhein-Westfalens hinzuweisen, denn die Sicherheit älterer Menschen ist ein wichtiges Thema der Polizei, sowohl in der Kriminal- als auch in der Verkehrsunfallprävention.

Im Rahmen der Kriminalprävention informiert die Polizei über die Risiken, Opfer einer Straftat zu werden, und über die Möglichkeiten, sich aktiv vor Straftaten zu schützen. Die Beratung ist auf die Bedürfnisse älterer Menschen abgestimmt und ermöglicht ihnen ein sachgerechtes Erkennen und Bewerten kriminalitätsrelevanter

Situationen. Sicherheitsbewusstes Verhalten soll Tatgelegenheiten gar nicht erst entstehen lassen oder Taten bereits im Versuchsstadium vereiteln. Ein Schwerpunkt der polizeilichen Verkehrssicherheitsberatung liegt darin, die Mobilität älterer Menschen so lange wie möglich zu erhalten. Hierzu informiert sie über die Gefahren im Straßenverkehr, insbesondere im Zusammenhang mit Dunkelheit und nach der Einnahme von Medikamenten. Es werden Verhaltensweisen vermittelt, die Risiken minimieren.

Die Zahl der Straftaten sowie der Verkehrsunfälle zu verringern, Folgen zu reduzieren und das Sicherheitsgefühl älterer Menschen zu verbessern sind die Ziele der polizeilichen Beratung. Denn Sicherheit ist die Grundlage eines selbstbestimmten Lebens auch im fortgeschrittenen Alter und somit eine wichtige Voraussetzung für Lebensqualität.

Handlungsbedarf und Empfehlungen

Allgemeine Beratung und Fallmanagement sind Voraussetzungen, damit Hilfen bei älteren Menschen besser ankommen als bislang. Sie haben daher einen zentralen Stellenwert für die Versorgung älterer Menschen.

- Bislang liegen keine Angaben über die genaue Anzahl von Beratungsstellen auf Landesebene vor. Dies erschwert Aussagen über Bestand und Bedarf. Mit Blick auf die hohe Bedeutung des Themas wird dieser Handlungsbereich systematisch aufgearbeitet.
- Vor Ort gibt es oftmals verschiedene Beratungsstellen: Wohnberatung, Sozialberatung, Pflegeberatung etc. Hier sind flankierende Maßnahmen der Zusammenarbeit und Kooperation zu entwickeln, damit Transparenz bereits bei den einzelnen Beratungsstellen beginnt.
- Die Beratungslandschaft ist in Nordrhein-Westfalen sehr vielfältig. Eine Qualitätsdiskussion, die die vorhandenen Potenziale der Beratungsstellen und ihre Entwicklungsmöglichkeiten in den Blick nimmt, hat erst begonnen. Hier empfiehlt es sich Konzepte zu entwickeln, die sich auf Aspekte der Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität beziehen.
- Darüber hinaus sind Anstrengungen zu unternehmen, Beratung für ältere Menschen möglichst kleinräumig auch in den Kommunen aufzubauen, die diesen Handlungsbereich bisher vernachlässigt haben.
- Nicht zuletzt werden allgemeinen Beratungsstellen in den Blick genommen, die sich in Zukunft auf ein älteres

Klientel einstellen müssen und die Ältere bisher als Zielgruppe kaum oder gar nicht berücksichtigt haben (Beispiel: Sexualberatung für Ältere durch Pro Familia).

Maßnahmen und Projekte des Landes

- Um einen Überblick der vielfältigen Beratungsangebote für ältere Menschen zu gewinnen, bietet das Land einen Wegweiser im Internet an. Mit dem Internet-Portal www.50plus.nrw.de soll älteren Menschen ein schneller und leicht zu bedienender Zugang zu allen Informationen die für ein aktives Altern hilfreich und interessant sein können geboten werden. Im Sinne der Partizipation haben Ältere dabei künftig die Möglichkeit „ihr“ Portal selbst mitzugestalten und ihre Interessen und Themen dort einbringen. Bislang sind die Daten von 168 Kommunen in Nordrhein-Westfalen im Portal abrufbar; nach und nach sollen alle nordrhein-westfälischen Kreise, Städte und Gemeinden erfasst werden.
- Zahlreiche Wohnberatungsstellen in Nordrhein-Westfalen helfen älteren und behinderten Menschen dabei, das Leben in ihrem Haus oder ihrer Wohnung einfacher und angenehmer zu gestalten. Die Kosten für die Wohnberatung, die als Wohnberatungsagenturen ab dem 1. Juni 2009 nach langjähriger modellartiger Erprobung nun dauerhaft finanziert werden und in ihrem Bestand gesichert sind, werden von den Pflegekassen und den Kreisen und kreisfreien Städten gemeinsam hälftig getragen.
- Pflegestützpunkte in Nordrhein-Westfalen. Das Land hat gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Landesverbänden der Kranken- und Pflegekassen eine Landesrahmenvereinbarung geschlossen. Diese hat das Ziel, aus den zwar im Bundesvergleich gut aufgestellten, aber noch zu wenig abgestimmt agierenden Beratungsangeboten für Pflegebedürftige und deren Angehörige ein auf der kommunalen Ebene angesiedeltes, vorhandene Strukturen nutzendes und Ressourcen schonendes Beratungsangebot mit guter Erreichbarkeit (one-stop-government) entwickeln zu helfen.
- Die Landesstelle Pflegenden Angehörige arbeitet seit September 2004. Ziel der vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Nordrhein-Westfalen geförderten Landesstelle ist es, einen offensiven Umgang mit dem Thema Pflegebedürftigkeit bei potenziell Betroffenen und deren Angehörigen zu bewirken. Die Arbeit der Landesstelle erstreckt sich vorwiegend auf Informationsangebote/Öffentlichkeitsarbeit für pfle-

gende Angehörige und weitere Interessierte, Veranstaltungen für die Zielgruppe sowie die Zusammenarbeit mit Seniorenvertretungen und Pflegeberatungsstellen.

- Hilfe und Unterstützung können Ältere bei jeder Polizeidienststelle erhalten. Darüber hinaus beraten die spezialisierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Vorbeugungskommissariate in den Kreispolizeibehörden umfassend zu Kriminalitätsphänomenen, geben Verhaltenshinweise und zeigen technische Sicherungsmöglichkeiten auf. Im Rahmen der Verkehrsunfallprävention erfolgt eine zielgruppenorientierte Beratung durch die ebenfalls spezialisierten Verkehrssicherheitsberaterinnen und -berater der Kreispolizeibehörden. Die Beratung der Polizei ist gebührenfrei. Um möglichst viele Seniorinnen und Senioren zu erreichen, richtet sich die polizeiliche Beratung vorwiegend an größere Gruppen. Interessierte ältere Menschen werden darüber hinaus zur aktiven Mitwirkung in der Kriminal- und der Verkehrsunfallprävention, z.B. als ehrenamtliche Seniorensicherheitsberaterinnen und -berater in Projekten und Netzwerken, ermutigt. Als Multiplikatoren werden ehrenamtlich engagierte Seniorinnen und Senioren von der Polizei fachkompetent in die Präventionsthemen eingewiesen und informiert. Sind Seniorinnen und Senioren Opfer einer Straftat oder eines Verkehrsunfalls geworden, werden sie durch die speziell für den Opferschutz geschulten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten der Kreispolizeibehörden unterstützt und auf ihre Rechte im Verfahren sowie auf Angebote von Opferschutz- und Hilfeeinrichtungen hingewiesen.
- Nordrhein-Westfalen hat gut ausgebaute und differenzierte Angebote für Menschen mit Behinderungen. Eine Vielzahl von Trägern, Einrichtungen, Behörden und Selbsthilfegruppen steht zur Verfügung; mitunter fehlt ratsuchenden Menschen die Übersicht, wer der richtige Ansprechpartner für ein konkretes Anliegen ist. Deshalb wäre es ein Gewinn, wenn Menschen mit Behinderungen z.B. einen kompetenten Lotsen finden könnten, der ihnen mit Rat und Tat zur Seite steht, ähnlich wie es die Versichertenältesten der Gesetzlichen Rentenversicherung tun. Zwanzig Experten aus allen Bereichen der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe Behinderter haben in Abstimmung mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales an den verschiedenen Fragen zu diesem Thema gearbeitet, um die Grundlagen zu schaffen, damit Menschen für diese Tätigkeit gewonnen werden, qualifiziert und Netzwerke vor Ort aufgebaut werden können. In einem ersten Umsetzungsschritt hat das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales ein Curriculum erstellen lassen, das die Ergebnisse dieser Vorüberlegungen in ein

Schulungskonzept für künftige Lotsen für behinderte Menschen umsetzt. Gegenstand der Schulung sind sowohl Fragen des Sozialrechts und der bestehenden Strukturen als auch persönliche Kompetenzen, die ein Lotse braucht. Das Curriculum wird allen interessierten Bildungseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen angeboten, damit interessierte Menschen sich qualifizieren können.

Gemeinsame Initiativen auf Bundes- und europäischer Ebene

- In dem Modellprojekt Werkstatt Pflegestützpunkte und Pflegeberater wurden modellhaft in verschiedenen Regionen Deutschlands Pflegestützpunkte und Pflegeberatung erprobt, um eine spätere Implementierung der geplanten Einrichtungen in die Praxis zu erleichtern. An den Arbeitsergebnissen und praktischen Erfahrungen dieses Projektes vom Bundesministerium für Gesundheit können sich künftig weitere Pflegestützpunkte orientieren.

5.11 Alltagshilfen

Um möglichst lange zu Hause zu bleiben: Alltagshilfen

Grundlagen

Ältere Menschen möchten – auch bei wachsendem Unterstützungsbedarf – so lange wie möglich in der eigenen Häuslichkeit verbleiben. Dazu steht eine Vielfalt von Dienstleistungen und Angeboten zur Unterstützung bereit. Diese Angebote können nicht nur präventiv im Hinblick auf den Eintritt von Pflegebedürftigkeit wirken, sondern sie können gegebenenfalls Pflegeleistungen auch sinnvoll ergänzen.

Für diese Art der Dienste tauchen oftmals die beiden Begriffe personenbezogene Dienstleistungen oder haushaltsbezogenen Dienstleistungen auf. Zudem gibt es auch die Begriffe pflegeunterstützende Dienste oder Alltagshilfen. Unter diesen Sammelbegriffen fallen ganz unterschiedliche Dienste: Hausnotruf, Mahlzeitendienste, Hol- und Bringdienste, Besuchsdienste, psycho-soziale Dienste sowie ambulante Hospize, Putz- und Gartendienste u.s.w. Von privatgewerblichen Anbietern, von der Freien Wohlfahrtspflege aber auch im Rahmen von Nachbarschaftshilfe und Ehrenamt.

Viele dieser Dienste können unterschiedlich erbracht werden: Von privatgewerblichen Anbietern, von der Freien Wohlfahrtspflege aber auch im Rahmen von Nachbarschaftshilfe und Ehrenamt. Sie differieren auf kommunaler Ebene – nicht zuletzt auch in Abhängigkeit zu den bereits auf dem Markt vorhandenen Angeboten – so stark wie in kaum einem anderen Bereich: Hier zeigt sich, dass ältere Menschen nicht nur Empfänger von Alltagshilfen sind, sondern teilweise auch deren Leistungserbringer im Rahmen eines Ehrenamtes.

Die politische Wahrnehmung und Behandlung von Alltagshilfen auf kommunaler Ebene ist ebenfalls sehr unterschiedlich. So variiert die kommunale Förderung hinsichtlich der Art und im Volumen zum Teil beträchtlich. Dabei steht die Förderung in keinem systematischen Zusammenhang mit den finanziellen Möglichkeiten der einzelnen Kommunen oder mit dem jeweiligen Anteil der über 65-Jährigen an der Bevölkerung.

Die Unterstützung durch Alltagshilfen ist in vielen Fällen für die Betroffenen sowohl in der Beschaffung als auch in der Finanzierung eine individuelle Angelegenheit, da diese nur in wenigen Fällen refinanzierbar sind. Passende Alltagshilfen für den individuellen Bedarf zu finden, gestaltet sich oftmals schwierig, da die Angebote der All-

tagshilfen und der Zugang häufig nicht ausreichend bekannt sind. Oftmals wird unterschätzt, dass viele Alltagshilfen den Verbleib in der eigenen Häuslichkeit erheblich vereinfachen.

Handlungsbedarf und Empfehlungen

Alltagshilfen dürfen nicht als Einzelleistung isoliert betrachtet werden, sondern müssen hinsichtlich Struktur und Inhalte aufeinander und auf die Bedarfe abgestimmt werden.

- Es gilt, innovative Konzepte auf kommunaler Ebene zu unterstützen, die professionelle und ehrenamtliche Dienste bündeln sowie bestehende Netzwerkressourcen einbeziehen.
- Bestimmte Alltagshilfen können von Älteren mit einem höheren Einkommen auf privatem Wege gedeckt werden (Wirtschaftskraft Alter) und verlangen auch nach einer ökonomischen Perspektive.
- Vor dem Hintergrund des Bedeutungsgewinns hochaltriger Menschen sind passgenaue Angebote für deren Lebenssituation zu entwickeln. Dies gilt auch für die Zielgruppe der älteren Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, auch wenn diese Gruppe Alltagshilfen derzeit noch verhalten in Anspruch nimmt.
- Offen ist, wie sich der wachsende Anteil älterer Männer und Singles auf den Bedarf an Alltagshilfen auswirkt. Hierzu gilt es auf kommunaler Ebene und auf der Landesebene mehr Informationen zu gewinnen. Ziel muss es sein, dass der unterstützende Charakter von Alltagshilfen für die Selbstständigkeit und Selbstbestimmtheit im Alter werbender kommuniziert wird.

Maßnahmen und Projekte des Landes

- Mit Hilfe von Veranstaltungen, zum Beispiel zu Beratung und Alltagshilfen, Information und Beratung von Kommunen, der freien Wohlfahrtspflege, Initiativen, Vereinen etc. wird von Seiten des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration Unterstützung in diesem Handlungsfeld geboten.
- Das Projekt Haushaltnahe Dienstleistungen (für Ältere) trägt seit Ende 2006 dazu bei, dass sich der Markt an bedarfsgerechten Angeboten verbessert und professionelle Serviceleistungen von älteren Menschen auch vertrauensvoll angenommen werden. Eine Plattform im Internet sowie das Engagement in den fünf Modellkom-

munen Aachen, Düsseldorf, Duisburg, Gelsenkirchen und Mülheim sollen dafür sorgen, dass Angebotssuchende und Anbieter von haushaltsnahen Dienstleistungen besser zueinander finden. Die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen hat im Rahmen dieses vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration geförderten Projekts Qualitätskriterien entwickelt, die zeigen, ob ein Dienstleister kundenorientiert arbeitet.

Geplante Initiativen auf Landesebene und gemeinsame Initiativen auf Bundes- und europäischer Ebene

- Im Rahmen der Landesinitiative Familie kommt an. In Nordrhein-Westfalen hat die Landesregierung ein bundesweit einmaliges Aktionsbündnis mit 15 Dachorganisationen initiiert, das sich darauf verständigt hat, gemeinsam die Situation von Familien in Nordrhein-Westfalen zu verbessern. Vertretungen aus Wirtschaft und Gewerkschaften gehören dem Bündnis ebenso an wie Vertretungen von Wohlfahrtsverbänden und den Familienorganisationen.
- Familien bilden das kleinste gesellschaftliche und soziale Netz. Die Bindung und die Zuwendung in einer Familie geben auch den älteren Menschen tagtäglich Halt und Sicherheit. Von der Unterstützung der Großeltern profitieren sowohl die Eltern als auch die Enkelkinder. Und ältere Menschen erfahren Nähe, Unterstützung und Gemeinschaft in der Familie. Nachdem dieses Aktionsbündnis im Jahr 2008 das Memorandum für familiengerechte Kommunen verabschiedet hat, möchte es nun dazu beitragen, dass Familien stärker in ihrem Alltag entlastet werden, um mehr Zeit für sich haben. Insbesondere Eltern, die sich um ihre Kinder und zunehmend auch um ältere Angehörige kümmern, brauchen dabei Unterstützung und Angebote, die verlässlich sind.

Im Aktionsbündnis wird deshalb ein großer Handlungsbedarf bei der Weiterentwicklung der Familienunterstützung durch haushaltsnahe Dienstleistungen gesehen. Das Thema soll auf einer Fachtagung des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration am 9. September 2009 in den Mittelpunkt der Öffentlichkeit gerückt werden.

5.12 Wirtschaftskraft des Alters

Mit der Wirtschaftskraft des Alters neue Wege gehen

Grundlagen

Nicht wenige Menschen denken bei den Begriffen Seniorenwirtschaft oder Wirtschaftskraft Alter an Gaststätten für ältere Menschen: Gemeint ist jedoch ein zentrales Thema, das die Bedeutung älterer Menschen für die Volkswirtschaft hervorhebt.

Für die Bundesrepublik wird das Ausgabevolumen der Menschen ab 65 Jahren insgesamt auf 19 Milliarden Euro pro Monat geschätzt. 2002 standen älteren Menschen in Nordrhein-Westfalen durchschnittlich pro Person 710 € zur Finanzierung ihrer Konsumwünsche (ohne Mietkosten) zur Verfügung. Diese Zahlen zeigen, dass Ältere eine bedeutende Wirtschaftskraft aufweisen.

Seniorenwirtschaft ist dabei kein eigener, klar abgrenzbarer Wirtschaftsbereich, sondern vielmehr ein Querschnittsmarkt, der sich durch zahlreiche Branchen zieht, beispielsweise

- Intelligentes (smart) Wohnen, Wohnraumanpassungen und wohnbegleitende Dienste, zunehmend auch auf der Basis von Informationstechnologie (IT),
- gerontologisch relevante Bereiche der Gesundheitswirtschaft einschließlich Medizintechnik, Hör- und Sehgerätetechnik, Zahnprothetik und Orthopädie,
- Bildung und Kultur,
- Mobilität und Mobilitätsförderung, z.B. Sicherheit im Verkehr,
- Freizeit, Reisen, Kultur, Kommunikation und Unterhaltung,
- Gesundheitsförderung, Fitness und Wellness,
- Kleidung und Mode,
- alltagserleichternde und andere haushaltsnahe Dienstleistungen,
- Versicherungsschutz, insbesondere im Hinblick auf alterstypische Risiken,
- demografiesensible Finanzdienstleistungen.

An der Spitze der aktiven Branchen steht aktuell die Gesundheitswirtschaft mit angrenzenden Bereichen wie Tourismus und Wellness. Mit der Zunahme von Eigenverantwortung in der Gesundheitsvorsorge, der zunehmenden Bedeutung von präventiven Maßnahmen im Gesundheitssystem und nicht zuletzt der ansteigenden Freizeitaktivitäten vieler älterer Menschen dürften diese Bereiche der Gesundheitswirtschaft in Zukunft noch wesentlich an Bedeutung gewinnen.

Zurückhaltung ist bisher auf den Märkten von Produkten und Dienstleistungen zu beobachten, die auf der Grundlage von Informationstechnologien (IT) auf eine selbstständige Lebensführung auch bei eingeschränkter Mobilität und Pflegebedürftigkeit abzielen, beispielsweise sprachgesteuerte Haustechnik oder komplexe medizinische Geräte zur Gesundheitsüberwachung.

Handlungsbedarf und Empfehlungen

In Bezug auf das Erkennen und die Nutzung von Potenzialen der Seniorenwirtschaft kann Nordrhein-Westfalen bundesweit als führend bezeichnet werden. Es gilt, gute Ansätze weiter zu verfolgen und innovative Konzepte zu erarbeiten.

- So sind Angebote und Dienstleistungen für Ältere weiter zu diversifizieren. Ältere sind keine homogene Zielgruppe, stattdessen sind jeweils bedarfsgerechte Weiterentwicklungen von Angeboten und Dienstleistungen erforderlich.
- Die Wirtschaftskraft Alter kann nur dann ihr gesamtes Potenzial entfalten, wenn entsprechende Angebote gemacht werden. Um dies zu erreichen, bedarf es der Sensibilisierung und Koordination zentraler Akteure.
- Wirtschaftskraft Alter muss auch die Gruppe der einkommensschwachen Älteren berücksichtigen. Es sind Anstrengungen zu unterstützen, um auch Konsumbedürfnisse sozial schwacher älterer Menschen wahrzunehmen und zur Geltung zu bringen.
- Die Akzeptanz computergestützter technischer Lösungen ist häufig noch gering. Es bedarf der Erweiterung des Themenspektrums der Seniorenbildung um Technikkompetenz und -nutzung.

Maßnahmen und Projekte des Landes

- Das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration hat – bundesweit erstmalig – die besonderen Bedürfnisse älterer Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in verschiedenen Themenfeldern erhoben und auf dieser Grundlage ein Handlungskonzept für kultursensible Dienstleistungen und Produkte entwickelt, das nun in den Kommunen des Landes zur Diskussion gestellt wird.
- Mit den Spitzenverbänden der Banken und Sparkassen hat das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration 2007 einen gemeinsamen Beschluss

Stärkung des Finanzplatzes Nordrhein-Westfalen – Neue Finanzdienstleistungen – Chancen der demografischen Entwicklung in Nordrhein-Westfalen verabschiedet. Dieser bezieht sich auf Produkte und Dienstleistungen sowie die Förderung innovativer Finanzdienstleistungen für ältere Menschen und für den Bereich Wohnen und haushaltsnahe Dienstleistungen.

- Aus dem Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit des Landes Nordrhein-Westfalen heraus entstand im Jahr 2002 die Landesinitiative Seniorenwirtschaft. Diese soll dazu beitragen, dass möglichst viele Einrichtungen und Unternehmen bei ihren Angeboten die Bedürfnisse der älteren Generation berücksichtigen. Das Ziel ist die Lebensqualität älterer Menschen durch die Förderung der Entwicklung innovativer Produkte und Dienstleistungen zu verbessern und den exportorientierten Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen angesichts der in allen Industrienationen zu beobachtenden Alterungsprozesse zu stärken. Vor allem die privaten Unternehmen, die den Markt der Seniorinnen und Senioren noch nicht erkannt haben, sollen aktiviert und zu einer Ausweitung ihrer Tätigkeiten angeregt werden. Zur Koordination der Arbeitsgruppen und Begleitung der Aktivitäten im Rahmen der Initiative wurde die Geschäftsstelle Seniorenwirtschaft am Institut Arbeit und Technik eingerichtet.
- Im Rahmen der Seniorenwirtschaft wurde eine Studie mit weiteren Partnern zum Thema „Ernährung im Alter“ erstellt.
- Unter dem Motto Easy Living wurden im Rahmen der Seniorenwirtschaft neue Allianzen von Wohnungswirtschaft, Seniorenwirtschaft, haushaltsnahen Dienstleistungen und Intelligentem Wohnen initiiert. Auch werden bereits bestehende innovative Modelle weiterentwickelt, in denen barrierefreies Wohnen in Verbindung mit haushaltsbezogenen Dienstleistungsangeboten und einer intelligenten technikgestützten Wohnungsausstattung unter Einbeziehung des Wohnumfeldes gestaltet wird.

Gemeinsame Initiativen auf Bundes- und europäischer Ebene

- Für einen weltweiten Erfahrungsaustausch über die ökonomischen Potenziale hat das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration die Beteiligung der Metropolregion Ruhr an dem WHO-Projekt Age Friendly Cities in den Jahren 2006 und 2007 unterstützt.

- Als federführender Partner im Netzwerk europäischer Regionen zur Seniorenwirtschaft (SEN@ER) entwickelt das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration die Zusammenarbeit mit sechzehn anderen europäischen Regionen weiter. Für die Jahre 2008 bis 2010 haben sich die Regionen darauf verständigt, den Erfahrungsaustausch in den Bereichen Unabhängiges Wohnen, Finanzdienstleistungen, Kultur im Alter und Unternehmen 60plus zu intensivieren.
- Die Initiative Wirtschaftsfaktor Alter wurde vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gemeinsam mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie gestartet und wird durch andere Aktivitäten der Bundesregierung ergänzt. Die Initiative zielt sowohl auf die Erhöhung der Lebensqualität älterer Menschen als auch auf die Stärkung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Sie verbindet Senioren-, Wirtschafts- und Verbraucherpolitik miteinander. Die Initiative greift die Erfahrungen, Anliegen und Wünsche der über 50-Jährigen auf und macht gleichzeitig Unternehmen auf die ökonomischen Chancen der demografischen Entwicklung aufmerksam.

5.13 Ältere Verbraucherinnen und Verbraucher Verbraucherschutz und Kundensouveränität fördern

Grundlagen

Generelles Ziel einer Verbraucherpolitik (nicht nur) für Ältere ist es, die Kompetenzen als Kundin und Kunde zu stärken. Um an Wirtschaft und Konsum unabhängig vom Alter souverän teilnehmen zu können, bedarf es einer umfassenden Verbraucherarbeit.

Verbraucherarbeit umfasst dabei

- Verbraucherinformation und Verbraucheraufklärung,
- Verbraucherberatung,
- Verbraucherschutz,
- Interessenvertretung.

Information und Aufklärung steht an erster Stelle, damit ältere Verbraucherinnen und Verbraucher in der Lage sind, gute von schlechten Produkten und Dienstleistungen zu unterscheiden und das notwendige Selbstbewusstsein gewinnt, auf aggressive Marketingstrategien zu reagieren. Das wirtschaftliche Geschehen hat sich in den letzten Jahren in vielen Bereichen stark verändert, beispielsweise bei der Stromversorgung oder der Telekommunikation. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen für ihre Kaufentscheidungen relevante, verständliche Informationen erhalten, beispielsweise über in Frage kommende Produkte, Sachgüter und Dienstleistungen oder auch Eigenchaftsmerkmale der sie interessierenden Produkte.

Daneben spielen Fragen des Verbraucherschutzes eine große Rolle, beispielsweise um die Rechtsposition der (älteren) Verbraucherinnen und Verbraucher gegenüber Anbietern und Unternehmen (z.B. bei Haustürgeschäften) zu stärken und die Markttransparenz (z.B. Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb) zu erhöhen.

Nicht zuletzt zielt Verbraucherpolitik auch auf die Interessenvertretung Älterer als Konsumentinnen und Konsumenten ab. Ältere sind gute Kundinnen und Kunden, viele verfügen über eine beachtliche Kaufkraft. Trotzdem werden sie als Konsumentengruppe von Industrie, Dienstleistern und Handel noch immer nur unzureichend wahrgenommen. Sie sind eine Konsumentengruppe, die besonderen Wert auf Qualität, Funktionalität und gute Beratung legt. Um die Lebensqualität älterer Menschen zu erhalten und zu erhöhen, benötigen sie bedarfsgerechte Produkte und Dienstleistungen. Ältere brauchen keine Seniorenangebote, sondern Produkte und Dienstleistungen, die bedienungsfreundlich, übersichtlich und ihrem mengenmäßigen Bedarf (Single-/Familienpackung)

entsprechen. Solche Produkte sind nicht nur für Ältere von Vorteil, sondern sprechen generationsübergreifend viele Zielgruppen an (Universal Design). Für ältere Menschen selbst besteht die Aufgabe, sich ihren Bedürfnissen und Ansprüchen noch stärker als bisher bewusst zu werden und Erwartungen zu formulieren.

Handlungsbedarf und Empfehlungen

Ältere Menschen als Kundinnen und Kunden zu stärken und ggf. zu schützen, betrifft alle Bereiche, in die marktwirtschaftliche Prinzipien Einzug gehalten haben. Besonders Augenmerk ist jedoch auf sensible Bereiche zu legen. Hierzu zählen beispielweise Individuelle Gesundheitsleistungen (IGEL), pflegerische Leistungen sowie der Bereich der Finanzdienstleistungen.

- Die Interessen Älterer sind bereits bei der Produktentwicklung zu berücksichtigen. Als Mediator dieser Interessen könnten beispielsweise Seniorenorganisationen und kommunale Seniorenvertretungen auftreten. Eine Produkt- und Dienstleistungsentwicklung im Dialog erscheint sinnvoll, denn ältere Menschen selbst wissen, ebenso wie andere Altersgruppen, am besten, welche Produkte und Dienstleistungen für sie nützlich und auch praktikabel sind.
- Verbraucherinformation und Verbraucherschutz sind zielgruppengerecht zu gestalten. Häufig wissen Betroffene nicht, an wen sie sich wenden können. Seniorenorganisationen und -vertretungen können eine Lotsenfunktion einnehmen und erster Ansprechpartner für Ältere sein, um Verbraucherprobleme zu thematisieren. Voraussetzung hierfür ist eine qualifizierte Anleitung und Einarbeitung für die Seniorenorganisationen und -vertretungen.
- Verbraucherbeforschung hat, im Gegensatz zur Markt- und Konsumforschung, bislang so gut wie keine Tradition in der Bundesrepublik. Verbraucherbeforschung zielt weniger auf die Konsumforschung ab als vielmehr auf die wissenschaftliche Bewertung von Wirksamkeit und Kosten verbraucherpolitischer Instrumente oder auch die systematische Erhebung der Verbraucherperspektive (Verbraucherbericht). Verbraucherbeforschung ist dabei insbesondere auf die Gruppe der Älteren zu beziehen.

Maßnahmen und Projekte des Landes

- Das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz unterstützt die

Interessen älterer Verbraucherinnen und Verbraucher auf den verschiedenen Märkten und setzt sich für eine Stärkung ihrer Handlungskompetenzen gegenüber unseriösem Geschäftsgebaren ein. In 23 Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen wurden ehrenamtlich engagierte Mitglieder der örtlichen Seniorenvertretungen oder -beiräte entsprechend geschult. Sie sind damit eine wichtige Anlaufstelle ihrer Altersgruppe in Fragen des Verbraucherschutzes.

- Seit November 2006 greift die mehrjährig angelegt Dialogreihe Verbraucherforum 60plus des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz aktuelle Verbraucherprobleme älterer Menschen thematisch auf und richtet den Fokus verstärkt auf deren besondere Informationsbedürfnisse und Verhaltensweisen im Marktgeschehen. Gemeinsam mit Fachleuten und Multiplikatoren aus Wirtschaft und Wissenschaft, aus Verbraucherorganisationen, Sozialverbänden und Seniorenvertretungen werden hier marktspezifische Defizite analysiert und Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt. Ebenso werden Möglichkeiten für Kooperationen ausgelotet und konkrete Maßnahmen am Ende verabredet.
- Mit finanzieller Unterstützung des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat die Deutsche Seniorenliga e.V. den Ratgeber Ihr Recht zu wichtigen Lebensbereichen älterer Verbraucherinnen und Verbraucher erstellt und veröffentlicht. Der Ratgeber beinhaltet u.a. rechtliche Hintergrundinformationen und Hilfestellungen zu typischen Fragestellungen des Verbraucheralltags. Die Themenpalette reicht dabei von unerbetener Telefonwerbung über unseriöse Kaffeefahrten und Gewinnmitteilungen bis hin zur Sicherheit und Gefahrenquellen bei Kartenzahlungen und Internet-Banking. Mehr als 25.000 Ratgeber sind bisher als Broschüre oder als elektronische Datei versandt worden. Eine begleitende Informationskampagne zu Inhalten des Ratgebers erfolgte im Zeitraum von August 2007 bis Juni 2008.
- Um ältere Menschen bei der Durchsetzung ihrer Interessen und Rechte auf dem Wettbewerbsmarkt Gesundheit zu stärken, hat das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz gemeinsam mit der Verbraucher Initiative e.V. und der Landesseniorenvertretung NRW fünf regionale Verbraucherkonferenzen zu Gesundheitsthemen in Nordrhein-Westfalen Anfang 2009 durchgeführt. Rund 400 Seniorinnen und Senioren informierten sich über Selbstzahlerangebote (Individuelle Gesundheitsleistungen), Patientenrechte beim Arzt und im Krankenhaus sowie die unterschiedlichen Vertriebswege beim Medi-

kamenten- und Heilmittel-Einkauf. Ein 24-seitiger Konferenzreader dient auch anderen Seniorenvertretungen als informatives Nachschlagewerk.

Geplante Initiativen auf Landesebene

- Die nordrhein-westfälische Verbraucherpolitik trägt vor allem dem Wunsch älterer Menschen Rechnung, als souveräne Verbraucherinnen und Verbraucher handeln zu können, wo sie z.B. Märkte, Angebote, Vertrags- und Geschäftsbedingungen als undurchschaubar empfinden. Die Dialogreihe „Verbraucherforum 60plus“ hat sich dabei als eine interessante und ergebnisorientierte Plattform zum Meinungs- und Erfahrungsaustausch von Wirtschaftsvertretern mit Multiplikatoren aus den Seniorenvertretungen etabliert. Eine Fortsetzung dieses Veranstaltungsformates zu aktuellen Verbrauchertemen ist auch in den nächsten Jahren geplant.
- Auf dem Gesundheitsmarkt sind ältere Verbraucherinnen und Verbraucher nur mit einem schnellen Zugang zu qualitativ guten Informationen in der Lage, ihre Rolle als kritische Gesundheitskunden wahrzunehmen. Das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz wird fünf weitere Verbraucherkonferenzen zu Gesundheitsthemen zu Beginn des Jahres 2010 durchführen. Des Weiteren soll mit Hilfe von Medienkooperationen das Interesse der Zielgruppe 60plus für Fragen des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes auf dem Gesundheitsmarkt geweckt werden.
- Nordrhein-Westfalen verfügt mit der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen e.V. über eine unabhängige Einrichtung, die als Ansprechpartner insbesondere für ältere Verbraucherinnen und Verbraucher eine wichtige Anlaufstelle vor Ort bildet. Aufgrund der finanziellen Förderung durch das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz kann in einem landesweiten Netz von Beratungsstellen anbieterunabhängige Verbraucherinformation und preiswerte Verbraucherberatung sichergestellt werden. Um wohnortnahe Beratungsangebote zukünftig weiter auszubauen, werden zum Jahreswechsel 2009/2010 drei weitere Einrichtungen eröffnet. Mit den Beratungsstellen im Kreis Olpe (Lennestadt), dem Kreis Soest (Lippstadt) und dem Kreis Unna (Schwerte) wird das Beratungsstellennetz der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalens auf 57 Einrichtungen anwachsen.
- Für das Jahr 2010 plant das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, eine Evaluation der Arbeit der Anfang 2008 in

Verbraucherschutzfragen geschulten Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter in den 23 Städten und Gemeinden Nordrhein-Westfalens durchzuführen. Mithilfe der Auswertung sollen positive Impulse für die „seniorenorientierte Verbraucherarbeit“ vor Ort gebündelt und inhaltliche Rückschlüsse aus den Erfahrungen der „Lotsenfunktion“ der ehrenamtlich Tätigen für die weitere verbraucherpolitische Diskussion auf Landesebene gezogen werden.

Gemeinsame Initiativen auf Bundes- und europäischer Ebene

- Die Initiative Wirtschaftsfaktor Alter des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (siehe Handlungsfeld Wirtschaftskraft Alter) berücksichtigt auch Interessen des Verbraucherschutzes beispielsweise mit der Formulierung von Qualitätslotsen für Produkte.

5.14 Ältere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte Ältere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in die Mitte nehmen

Grundlagen

Menschen mit Zuwanderungsgeschichte stellen die Gruppe in der Altenbevölkerung dar, die am schnellsten wächst. Diese bilden dabei keine einheitliche Gruppe, sondern stammen aus sehr unterschiedlichen Herkunftsländern. Im Hinblick auf die Nationalitäten rangieren in Nordrhein-Westfalen an erster Stelle die Älteren türkischer Herkunft, die zweitgrößte Gruppe bilden ältere Zuwanderinnen und Zuwanderer aus dem ehemaligen Jugoslawien, gefolgt von Älteren aus Italien, Griechenland und den Niederlanden.

Insgesamt ist die steigende Zahl älterer Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Deutschland ein Indiz dafür, dass die Wahrscheinlichkeit einer Rückkehr der Zugewanderten in ihre Heimat mit zunehmendem Alter sinkt. Zu den wichtigsten Gründen für den dauerhaften Verbleib in Deutschland zählt das im Vergleich zum Herkunftsland oft bessere Gesundheitssystem hierzulande, darunter auch die Tatsache, dass Leistungen der Pflegeversicherung nur in Deutschland bezogen werden können (Residenzpflicht), die Existenz eigener Kinder und Enkel in Deutschland, nicht erfüllte Migrationsziele (z.B. nicht erreichter materieller Wohlstand) sowie die in der Abwesenheit gewachsene emotionale, soziale und nicht selten auch politische Distanz zur Heimat. Hinzu kommt das Pendeln zwischen der ersten und zweiten Heimat als zunehmend genutzte, neue Form des permanenten Kontakthaltens zum Herkunftsland.

Vor diesem Hintergrund werden die Lebenslagen älterer Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und Fragen der Gestaltung des Alterns im Einwanderungsland zukünftig erheblich an Bedeutung gewinnen. So sind ältere Zugewanderte besonders stark von Arbeitslosigkeit und Frühverrentung betroffen. Migrationsgeprägte Erwerbsbiographien und -bedingungen schlagen sich auch in durchschnittlich niedrigeren Einkommen und einem deutlich erhöhten Armutsrisiko im Alter nieder. Besonders belastende Lebens- und Arbeitsbedingungen in früheren Lebensphasen wirken sich zudem bei der ersten Generation der Zugewanderten im Alter in einer Häufung von gesundheitlichen Beeinträchtigungen aus und erhöhen das Hilfe- und Pflegebedürftigkeitsrisiko. Ältere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gehören darüber hinaus zu Gruppen mit geringen Bildungschancen, und viele verfügen nur über geringe Deutschkenntnisse, die im Alter aufgrund geringer Kontakte häufig weiter abnehmen.

Ältere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte weisen jedoch auch spezifische Ressourcen und Unterstützungspotenziale auf. Hierzu gehören vor allem ein hohes Maß an intergenerativer Solidarität sowie gewachsene Strukturen ethnischer Selbsthilfe und Selbstorganisation. Ältere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte profitieren hiervon allerdings in unterschiedlichem Maße und nicht alle können auf entsprechende (vor allem) familiäre Netzwerke und Hilfestrukturen zurückgreifen.

Handlungsbedarf und Empfehlungen

- Es gilt für eine umfassende Integrationsförderung alle Lebenslagen älterer Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in den Blick zu nehmen. Hierzu zählt das gesamte Spektrum von Lebens- und Versorgungsbereichen. Dieses Spektrum erstreckt sich vom Erwerbs- und Beschäftigungsbereich, über den Freizeit-, engagement- und bildungsorientierten Bereich, weiter über den Gesundheitsbereich, über das Wohnen, über die ambulante Versorgung sowie die stationäre Pflege bis hin zum Hospiz- und Palliativbereich.
- Bildung ist Integration. Dies gilt auch für ältere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Vor dem Hintergrund, dass ältere Zugewanderte eher zu den Gruppen mit geringeren Bildungschancen zählen, sind daher frühzeitig besondere Anstrengungen zu unternehmen. Wichtige Voraussetzungen dafür sind an dem Bedarf orientierte zugehende Bildungskonzepte für ältere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.
- Ältere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte werden zunehmend zu potenziellen Kundinnen und Kunden von Einrichtungen und Diensten der Seniorenarbeit. Diese wissen jedoch häufig zu wenig über die unterschiedlichen Kulturen und Biografien der älteren Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Diese wiederum sind oft zu wenig über die Strukturen und Angebote informiert. Grundsätzlich gilt es, eine interkulturelle Orientierung von Diensten und Einrichtungen zu erreichen. Parallel dazu sind passgenaue Maßnahmen und Projekte zu initiieren, zu entwickeln und zu verstetigen. Ziel dabei ist es, eine auf die Bedürfnisse älterer Zugewandeter zugeschnittene Infrastruktur auf- und auszubauen sowie Zugangsbarrieren abzubauen.
- Um für ein stärkeres Miteinander älterer Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte zu werben, stellen sogenannte interkulturelle Trainings eine der bislang noch wenig umgesetzten Möglichkeiten dar.

Maßnahmen und Projekte des Landes

- Die 119 landesgeförderten Integrationsagenturen in Trägerschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege unterstützen unter anderem die sozialen Einrichtungen vor Ort bei ihrer interkulturellen Öffnung. Sie stärken die Kompetenzen der Beschäftigten in Kindergärten, Krankenhäusern und Seniorenheimen in ihrem täglichen Umgang mit den Zugewanderten und schaffen Zugangsmöglichkeiten für spezifische Gruppen (wie beispielsweise jüdische Zuwanderinnen und Zuwanderer). Die Integrationsagenturen arbeiten dabei eng mit den Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und den Migrantenselbstorganisationen zusammen und entwickeln und führen z.B. Projekte/ Aktivitäten zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und zur verbesserten Teilhabe von Seniorinnen und Senioren mit Zuwanderungsgeschichte durch. Zu den Projekten und Aktivitäten gehören beispielsweise
 - die Initiierung und Begleitung von Netzwerken der Einrichtungen der Altenhilfe für den Aufbau einer kultursensiblen Altenarbeit,
 - der Aufbau einer interkulturellen Begegnungsstätte im Bereich der offenen Altenarbeit
 - der Betrieb einer interkulturellen Seniorenbüros zur Initiierung, Förderung und Begleitung konkreter kultursensibler Angebote,
 - die interkulturelle Öffnung bestehender Seniorengruppen und der Pflege sowie bei der Begleitung älterer Menschen und ihrer Angehörigen,
 - die Förderung des Zugangs älterer jüdischer Zuwanderinnen und Zuwanderer zu ambulanten Hilfen,
 - die Durchführung von Fortbildungsreihen zur interkulturellen Sensibilisierung für den beruflichen Alltag in Pflegeeinrichtungen,
 - die Durchführung von Informationsreihen Älter werden in Deutschland.
- Das Projekt Aktives Altern und soziale, kulturelle und wirtschaftliche Integration älterer Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Europa (AAMEE) des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration befasst sich mit den Chancen der wachsenden Vielfalt in Europa – auch im Alter. Das Projekt zielt darauf, die Lebensleistungen von älteren Menschen mit Zuwanderungsgeschichte anzuerkennen, ihre Chancen und Potenziale zu verdeutlichen sowie ihre soziale, kulturelle und wirtschaftliche Integration zu fördern.
- Mit Unterstützung und Förderung des Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes konnte Anfang 2008 die erste gemeinsame

Großveranstaltung von Landesseniorenvertretung und der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantinnenvertretungen Nordrhein-Westfalen unter dem Titel Ältere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in NRW – Leben, Wohnen und Pflege zu Hause durchgeführt werden. Die Tagung war die Initialzündung für weitere vom Land unterstützte Veranstaltungen in Kommunen der fünf Regierungsbezirke Nordrhein-Westfalens. Auf diese Weise sollen auf kommunaler Ebene Informationen über Angebote verbreitet werden und Kontakte zwischen den Menschen ermöglicht werden.

Gemeinsame Initiativen auf Bundes- und europäischer Ebene

- Anfang August 2002 begann AKTIONCOURAGE in Bonn mit dem Aufbau einer bundeszentralen Informations- und Kontaktstelle Migration für die Arbeit mit älteren Migrantinnen und Migranten (IKoM). Das Projekt wird durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, unter finanzieller Beteiligung der Bundesstadt Bonn, gefördert. IKoM richtet sich als Kompetenzzentrum an Träger und Einrichtungen der Altenhilfe und der Migrationssozialarbeit, Versicherungsträger, Selbsthilfeorganisationen, Universitäten, Forschungseinrichtungen und politische Gremien auf kommunaler, Landes-, Bundes- und europäischer Ebene. Als Dienstleistungszentrum stellt IKoM älteren Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sowie deren Angehörigen muttersprachliches Informationsmaterial über die Leistungen der Altenarbeit und Altenhilfe zur Verfügung und vermittelt ihnen überregionale, regionale sowie örtliche Ansprechpartner. Die Hauptziele von IKoM bestehen darin, die Transparenz des vorhandenen Know-hows im Bereich der Altenhilfe und Altenarbeit für ältere Zugewanderte zu verbessern sowie den Erfahrungsaustausch und die Bildung kommunaler, regionaler und arbeitsorientierter Netzwerke zu fördern. Darüber hinaus wird die curriculare Entwicklung der Aus-, Fort- und Weiterbildung unterstützt.

5.15 Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Kompetenzen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nutzen

Grundlagen

Das demografische Altern der Bevölkerung vollzieht sich auch in den Betrieben und Verwaltungen. In mittelfristiger Perspektive sind sowohl ein Altern des Erwerbspersonenpotenzials als auch ein Altern der Belegschaft zu erwarten. Betriebe und Verwaltungen müssen dann die Herausforderungen der Arbeitswelt mit einer geringen Zahl von Beschäftigten und insgesamt älteren Belegschaften bewältigen. Experten erwarten spätestens nach 2015/20 demografisch bedingte Personalengpässe zumindest auf regionalen und fachspezifischen Teilarbeitsmärkten. Diese Entwicklung wird den teilweise bereits jetzt bestehenden allgemeinen Mangel an Fachkräften noch überlagern.

Für die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen ist folgendes festzuhalten: Schon ist die Altersstruktur der Belegschaften hierzulande deutlich jünger als im Durchschnitt der Republik. Dies ist insbesondere auf die Situation im Revier zurückzuführen, wo seit nunmehr fast drei Jahrzehnten Frühverrentungen extensiv praktiziert worden sind (und in Teilen immer noch werden): Mit der Konsequenz, dass viele Betriebe gar keine älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigen. Zudem gibt es in Nordrhein-Westfalen überdurchschnittlich viele Beschäftigte mit Zuwanderungshintergrund, die im Allgemeinen – aus gesundheitlichen Gründen und wegen einer unzureichenden Qualifikation – deutlich früher in die Rente gehen als ihre deutschen Kolleginnen und Kollegen. Dies gilt in besonderer Weise für ältere Beschäftigte mit türkischem Hintergrund.

Vor dem Hintergrund der Rente mit 67 Jahren ist es erforderlich, dass auch ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer länger im Erwerbsleben bleiben, wenn Renteneinbußen und daraus folgend potenzielle Altersarmut vermieden werden sollen. Zudem kann es sich eine Gesellschaft aufgrund des generellen Trends des kollektiven Alterns nicht leisten, auf die Potenziale, auf das Wissen und auf die Erfahrung älterer Menschen im Erwerbsleben zu verzichten.

Es geht aber nicht nur um das Thema länger Arbeiten für diejenigen, die beschäftigt sind. Es muss ebenso darum gehen, älteren Arbeitslosen die Rückkehr in das Erwerbsleben zu ermöglichen. Immerhin liegt der Anteil der Arbeitslosen über 50 Jahren an allen Arbeitslosen seit Jahren kontinuierlich bei rund 25 %, wobei es sich zum großen Teil um Langzeitarbeitslose handelt.

Handlungsbedarf und Empfehlungen

- Es ist auch in Nordrhein-Westfalen eine Ältere-Arbeitnehmer-Politik zu forcieren, die gleichsam doppelgleisig ausgerichtet sein muss. Einerseits gilt es, vor allem in den Betrieben und Verwaltungen die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Beschäftigte überhaupt erst einmal die Möglichkeit erhalten, auf ihren Arbeitsplätzen alt werden zu können. Dies ist für viele Berufe und Branchen, für die Arbeitsplätze mit begrenzter Beschäftigungsdauer typisch sind, heute kaum möglich. Andererseits gilt es, für die vielen, vor allem älteren Arbeitslosen realistische Wiedereingliederungsperspektiven anzubieten. Hierzu sind die bestehenden Instrumente nach den Sozialgesetzbüchern III und II stärker als bisher zu nutzen. Zwar kann Nordrhein-Westfalen keine eigenständige Ältere-Arbeitnehmer-Politik betreiben, wohl aber mit gutem Beispiel voran gehen (good practice). Die Chancen des demografischen Wandels für allgemeine politische Gestaltungserfordernisse zu nutzen, gilt gerade auch für die Arbeits- und Beschäftigungspolitik in Nordrhein-Westfalen.
- Fundament ist die Förderung der Beschäftigungsfähigkeit eines insgesamt alternden Erwerbspersonenpotenzials, die nicht erst am Ende des Erwerbslebens beginnt. Wegen des häufigen Karriereverlaufs von typischen Beschäftigungsproblemen Älterer müssen geeignete Maßnahmen bereits in früheren Stadien der Erwerbsbiografie beginnen. Die Unternehmen müssen schon heute die Antworten auf das demografische Altern ihrer Belegschaften von morgen und übermorgen geben. Andererseits gilt es, die vorhandenen arbeitsmarktpolitischen Instrumente und Förderprogramme gezielt auf ältere Arbeitsuchende zuzuschneiden.
- Mit Blick auf insgesamt alternde Beschäftigte muss es künftig um eine am Lebenslauf ausgerichtete Förderung der Beschäftigungsfähigkeit gehen. Dies gilt individuell und öffentlich. Im Einzelnen geht es um folgende strategischen Bezugspunkte: (1) Gesundheitsschutz und Gesundheitsförderung, (2) Qualifikationssicherung und -förderung, (3) Konzepte des lebenslangen Lernens und (4) Motivationserhalt und -förderung.
- Betriebe und Verwaltungen müssen ihre bisherige Personalpolitik strategisch auf die besonderen Herausforderungen alternder Belegschaften umstellen. Gefordert sind betriebliche Alters-Management-Konzepte und entsprechende demografiesensible Unternehmens- und Betriebsphilosophien. Der öffentliche Dienst darf nicht ausgeklammert werden, denn in

Teilen ist hier die Frühverrentung besonders ausgeprägt (z.B. bei Lehrern, in sozialen Berufen). Als Arbeitgeber dieser Berufsgruppen kann das Land hier mit geeigneten Maßnahmen beispielgebend vorgehen.

- Neben einer Ausweitung der betrieblichen Fort- und Weiterbildung sind Möglichkeiten zu schaffen, damit (auch bei älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern) fehlende Schul- und Bildungsabschlüsse später nachgeholt werden können. An Universitäten und Hochschulen sind zusätzliche, möglichst berufsbegleitende Weiterbildungsangebote vorzuhalten.
- Zur Umsetzung dieser Ziele empfiehlt sich eine strategische und ressortübergreifende Allianz der jeweils beteiligten Akteure, z.B. nach dem Vorbild des finnischen Modells. Dazu bedarf es einer sehr viel stärkeren Integration von betrieblicher Personalpolitik, Tarif-, Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Altersgrenzenpolitik. Einbezogen sein müssen Gesundheitsschutz und -prävention, Erwachsenenbildung, Familien-, Vereinbarkeits- und Gleichstellungspolitik.
- Insgesamt ist die bessere Ausschöpfung bislang noch brachliegender Potenziale von Frauen sowie (älteren) Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit Zuwanderungsgeschichte zu fordern. Ältere Arbeitslose sind gezielt zu unterstützen, so vor allem auch durch Intensivierung und Spezialisierung des Beratungsauftrags der Arbeitsagenturen.
- Eine Ältere-Arbeitnehmer-Politik in Nordrhein-Westfalen ist im Kontext einer breiten Diskussion um differenzierte Altersbilder zu sehen, da hier positive Impulse erfolgen können. Daher ist die Weiterentwicklung der Landesinitiative Junge Bilder vom Alter in diesem Zusammenhang bedeutsam.

Maßnahmen und Projekte des Landes

- Gemeinsame Erklärung von Sozialpartnern und Landesregierung zum demografischen Wandel in der Arbeitswelt: Der demografische Wandel in der Arbeitswelt stellt Unternehmen und Beschäftigte, Staat, Wirtschaft und Gesellschaft vor neue Herausforderungen. Die zentrale Frage lautet: Wie können die Unternehmen angesichts alternder Belegschaften wettbewerbsfähig und innovativ bleiben, und wie lässt sich die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer langfristig erhalten und fördern? In einer gemeinsamen Erklärung mit den Sozialpartnern in Nordrhein-Westfalen hat die Landesregierung diese Heraus-

forderung näher beschrieben und Maßnahmen vereinbart, die zu ihrer Bewältigung beitragen können. Alle Partner der Erklärung sind sich einig, dass ein Mentalitätswandel notwendig ist: Die Unternehmen müssen dafür gewonnen werden, sich jetzt auf die demografischen Veränderungen einzustellen und die Weichenstellungen für altersgerechtes Arbeiten vorzunehmen. Zugleich werden sich die Beschäftigten fachlich und „mental“ darauf einstellen müssen, dass ein vorzeitiger Ruhestand nicht der Regel- sondern der Ausnahmefall bleiben wird. Die Politik muss diese Entwicklung durch geeignete Rahmenbedingungen unterstützen. In der Gemeinsamen Erklärung wurden Maßnahmen in jeweils eigener, aber auch in gemeinsamer Verantwortung vereinbart und zum Teil auch schon durchgeführt: Regionale Demografiekonferenzen, Internetportal, Demografie-Marke u. a.

- Potentialberatung: Die Landesregierung unterstützt mit Hilfe des Europäischen Sozialfonds (ESF) kleine und mittlere Unternehmen, um im Wettbewerb langfristig bestehen zu können. Für das bewährte Förderinstrument der Potentialberatung gelten seit 1. April 2009 neue Förderkonditionen. So wird der Zugang zu externer Beratung durch den neu eingeführten Beratungsscheck noch attraktiver. Gegenstand der Potentialberatung kann auch die Frage sein, wie Beschäftigte durch Kompetenzentwicklung, Arbeitsorganisation und Gesundheitsförderung in die Lage versetzt werden, ihre Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit länger zu erhalten. Bezuschusst werden 50 Prozent der notwendigen Ausgaben für bis zu 15 Beratungstage – bis maximal 500 Euro pro Beratungstag.
- Bildungsscheck Nordrhein-Westfalen: Mit dem Bildungsscheck Nordrhein-Westfalen fördert die nordrhein-westfälische Landesregierung die Teilnahme an beruflicher Weiterbildung. Zielgruppe sind Beschäftigte, die sich bisher wenig oder gar nicht an Weiterbildung beteiligt haben, so z.B. auch ältere Beschäftigte. Erhalten können den Bildungsscheck Unternehmen mit maximal 250 Beschäftigten und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Eine kostenlose Beratung ist verpflichtend. Übernommen werden anfallende Kursgebühren bis zur Hälfte, höchstens jedoch 500 Euro pro Bildungsscheck. Die finanziellen Mittel stammen aus dem Europäischen Sozialfonds.
- Im Rahmen des Europäischen Sozialfonds fördert das Land zusammen mit der Europäischen Union zahlreiche Modellprojekte, in denen neue Wege zu einer demografiefesten Personal- und Unternehmenspolitik erprobt und in die Fläche transferiert werden (www.arbeit-demografie.nrw.de).

- Im Rahmen der ESF-kofinanzierten Landesarbeitsmarktpolitik führte das Arbeitsministerium gemeinsam mit der Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit eine Initiative für ältere Langzeitarbeitslose in Nordrhein-Westfalen durch. Zwischen 2004 und Anfang 2008 wurden aus Mitteln des Landes und des ESF in Höhe von 15 Millionen Euro 104 modellhafte Projekte für etwa 3.500 ältere Langzeitarbeitslose gefördert. Die Initiative zeigte, dass auch für die Zielgruppe der älteren Langzeitarbeitslosen eine Integration in den Arbeitsmarkt möglich ist. Durch die im Jahre 2007 und Ende 2008 modifizierten Eingliederungsinstrumente der Sozialgesetzbücher III und II stehen auf bundesgesetzlicher Ebene inzwischen gute Hilfsmittel zur Integrationsunterstützung bereit, die durch die Agenturen für Arbeit, die Arbeitsgemeinschaften und die zugelassenen kommunalen Träger verstärkt für die Zielgruppe der älteren Arbeitslosen genutzt werden sollen.

Geplante Initiativen auf Landesebene

- Die Landesregierung entwickelt zusammen mit den Sozialpartnern ein Demografie-Audit: Zur Förderung einer demografiebewussten Personalpolitik wollen die Partner im Rahmen einer gemeinsamen Aktivität ein Audit entwickeln, dem Unternehmen sich freiwillig unterziehen können. Das Audit ist ein Instrument für Unternehmen und Institutionen, die neue Angebote einer demografiebewussten Personalpolitik schaffen wollen. Demografiebewusste Personalpolitik wird damit zum strategischen Instrument der Unternehmenspolitik. Das Audit soll ein Managementinstrument sein, bei dem nicht nur bereits umgesetzte Maßnahmen begutachtet, sondern auch betriebliche Entwicklungspotenziale aufgezeigt und Zielvorgaben vereinbart werden. Entscheidend ist, dass es bei diesem Audit nicht um die Umsetzung von gesetzlich vorgeschriebenen Modellen geht, sondern um die Erarbeitung unternehmensspezifischer Lösungen anhand bedarfsgerechter und praktikabler Maßnahmen für die Umsetzung gemeinsam formulierter Zielvorgaben (z.B. Altersstrukturanalysen, Qualifizierungsstrategien, Arbeitszeitgestaltung). Unternehmen und Institutionen, die das Audit durchführen, bekommen nach Abschluss des Auditierungsverfahrens ein Zertifikat verliehen, mit dem sie ihre demografiebewusste Personalpolitik dokumentieren können.
- Sozialpartner und Landesregierung werden gemeinsam mit Vertretern einzelner Branchen im Rahmen eines Sozialpartnerforums zentrale Zukunftsthemen wie den demografischen Wandel aufgreifen und diskutieren, um gemeinsam weitere Lösungsvorschläge zu erarbeiten.

Gemeinsame Initiativen auf Bundes- und europäischer Ebene

- Die Initiative 50plus ist ein Paket von Maßnahmen und Initiativen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, das flankierend zum Altersgrenzenanpassungsgesetz eingeführt wurde, um die Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiter zu erhöhen, das oft zu frühe Ausscheiden der 55-jährigen und Älteren aus dem Berufsleben deutlich zu reduzieren sowie eine bessere Wiedereingliederung älterer Arbeitsloser zu erreichen und die Teilnahme an beruflicher Weiterbildung dieser Altersgruppen zu erhöhen. Kernelemente bilden das Kombilohnmodell, der Eingliederungszuschuss, die Befristung sowie die Förderung der Weiterbildung. Darüber hinaus gehören zu dem Programm auch die Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA) sowie das Arbeitsmarktprogramm Perspektive 50plus.

5.16 Armut im Alter

Der Armut im Alter früh entgegenzutreten

Grundlagen

Vom Armutsrisiko sind verschiedene Bevölkerungsgruppen unterschiedlich stark betroffen. Von Armut wird – der Konvention in der Europäischen Union entsprechend – gesprochen, wenn Menschen weniger als 60 % des Median-Einkommens (Durchschnittseinkommens) zur Verfügung haben. Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, Arbeitslose, Auszubildende, Menschen ohne Hauptschulabschluss und ohne Berufsausbildung, Kinder und Jugendliche, Einelternhaushalte sowie Haushalte mit drei und mehr Kindern sind überdurchschnittlich häufig von Armut betroffen. Dagegen haben heutzutage ältere Menschen (noch) das geringste Armutsrisiko. Gleichwohl variiert die Einkommenssituation innerhalb der Gruppe der Älteren erheblich. Besonders ausgeprägter Wohlstand ist eher bei „jungen Alten“ anzutreffen.

Das Einkommen von älteren Menschen zeichnet sich insbesondere dadurch aus, dass es sich in erster Linie aus öffentlichen Sozialtransfers, hier vorwiegend aus erworbenen Renten- und Pensionsansprüchen, aus erworbenen betrieblichen/öffentlich-rechtlichen Zusatzsystemen sowie aus Kapitaleinkünften zusammensetzt. Der Anteil des Arbeitseinkommens ist dagegen vergleichsweise gering und wenn überhaupt nur für jüngere Ältere von Relevanz. Insbesondere wegen der begrenzten Einflussmöglichkeit von Älteren auf die eigene Einkommenssituation ist potenzielle Altersarmut ein Problem von entscheidender Bedeutung für die Seniorenpolitik.

Auch wenn die aktuelle Einkommenssituation bei älteren Menschen als durchschnittlich eher gut zu bezeichnen ist, so ist dies zugleich nur eine Momentaufnahme. Sozialpolitische Entwicklungen können in Zukunft zu Gefährdungen älterer Menschen führen. Betroffen dürften vor allem künftige Rentnerinnen und Rentner der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) sein, die mit einer Reichweite von über 90 % bei den älteren Menschen von heute nach wie vor zur weitaus bedeutendsten Alterssicherungsform zählt. Demgegenüber ist auch künftig Altersarmut bei Pensionärinnen und Pensionäre wenig wahrscheinlich, dies gilt auch für solche GRV-Rentnerinnen und Rentner mit günstigen Ansprüchen aus der betrieblichen Altersversorgung.

Aufgrund der zahlreichen rentenpolitischen Beschlüsse der Vergangenheit, von denen ein wichtiges Ziel die Absenkung des Rentenniveaus ist, werden künftig Renteneinkommen weniger stark steigen bzw. sogar sinken.

Die kompensatorischen Riester- und Rürup-Renten werden die dadurch bedingten Lücken nur teilweise schließen können. Zudem erreichen sie die eigentlichen Problemgruppen in der GRV nur unterdurchschnittlich. Hinzu kommen künftige Alterseinkommensrisiken aufgrund von zunehmend lückenhaften Erwerbsbiografien. Dahinter stehen so unterschiedliche Trends wie die starke Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse, Teilzeitarbeitsverhältnisse (insbesondere bei Frauen), Zeiten von (oftmals dauerhaften) Niedrigverdiensten trotz Vollzeitbeschäftigung, eine zunehmende Flexibilisierung der Erwerbsbiografien, verbunden z.B. mit Hin- und Herwechseln zwischen den Erwerbsformen, sowie insbesondere solche Sicherungslücken, die die Arbeitslosigkeit in die Versicherungsbiografien schneidet. Diejenigen, die längere Phasen in derartigen Erwerbssituationen verbracht haben, gehören zu den künftigen Risikogruppen in der Alterssicherung, zumal es für sie besonders schwierig sein dürfte, private Alterssicherungsformen aufzubauen. Besonders betroffen dürften Frauen und/oder Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sein. Dies Risiko gilt aber auch für die wachsende Zahl sogenannter kleiner Selbständiger.

Handlungsbedarf und Empfehlungen

Auch wenn die vor diesem Hintergrund befürchtete Zunahme künftiger Altersarmut nicht exakt quantifizierbar ist und erst in mittel- bis längerfristiger Perspektive zu einem sozialpolitischen Problem führt, kann an den Trends kein Zweifel bestehen. Prinzipiell kann ein Bundesland keine eigene Einkommenspolitik für Ältere betreiben, es kann aber Einfluss nehmen auf gesetzgeberische Entscheidungen auf der Bundesebene. Andererseits sind auch auf Landesebene die Bestimmungsgrößen künftiger Altersarmut bekannt bzw. werden sie hier manifest. Insofern gibt es erkennbare Handlungsoptionen auch für die Landespolitik.

- Kontinuierliche Armutsberichterstattung auf jeweils aktuellen Datengrundlagen.
- Der Ausbau von Infrastrukturmaßnahmen im sozialen Dienstleistungsbereich zur besseren Vereinbarkeit von Beruf, Kindererziehung und Pflege sowie die Stärkung des Bildungsbereichs können auch dem Ziel dienen, dass Beschäftigungsverhältnisse häufiger, stabiler und sicherer werden.
- Es gilt, die Tarifpartner vor der weiteren Verbreitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse zu warnen und zum Ausbau der betrieblichen Alterssicherung anzuregen.

- Das Land kann im Rahmen von Informationskampagnen darauf hinwirken, dass Menschen mit absehbarem Niedrigeinkommens- bzw. Verarmungsrisiko im Alter die Möglichkeiten der privaten Alterssicherung stärker nutzen. Auch soll das Thema Soziale Sicherung in die Lehrpläne von Schulen/Berufsschulen etc. verstärkt Eingang finden.
- Dem Land ist es möglich, den Bundesgesetzgeber dahingehend zu ermuntern, für Langfristarbeitslose und/oder langjährige Vollzeit-Niedrigverdiener Renten zu zahlen, die oberhalb der Grundsicherung liegen. Das vormalige Instrument der Rente nach Mindesteinkommen sollte reaktiviert werden. Beides käme insbesondere Frauen zugute.
- Zur Verhinderung oder Reduzierung des Altersarmutrisikos stellen qualifizierte Ausbildungen und Weiterqualifizierungen über den gesamten Biografieverlauf wesentliche Faktoren dar. Die Förderung von Bildung ist dabei einer der wichtigen Pfeiler und öffentlichen Handlungsmöglichkeiten. Das Land kann hier über Kampagnen und konkrete unterstützende Maßnahmen in Schule, Beruf sowie begleitend während Phasen von Nichterwerbstätigkeit einen wesentlichen Beitrag zur Verhinderung oder Reduzierung des Altersarmutrisikos leisten.

Maßnahmen und Projekte des Landes

- Armut im Alter ist ein Handlungsbereich, dem die Landesebene mit Maßnahmen in verschiedenen Bereichen, beispielsweise Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder Bildung begegnet.
- Das Land hat einen Bericht zur Vermeidung von Altersarmut erstellt. Diese Art der Berichterstattung dient als Beobachtungs- und Warninstrument. Um einer für einen zunehmenden Bevölkerungsanteil drohenden Gefahr von Altersarmut entgegenzuwirken, hat das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales ebenfalls Handlungsvorschläge zur Vermeidung von Altersarmut erstellt.

5.17 Ältere Menschen mit Behinderung Strukturen schaffen und Selbstständigkeit unterstützen

Grundlagen

Ältere Menschen mit Behinderungen sind keine homogene Gruppe: Biografien, Lebensumstände, Ressourcen und benötigte Unterstützungsformen hängen entscheidend von der Art und dem Grad der Beeinträchtigung sowie vom Eintrittszeitpunkt der Behinderung ab. Zwei Jahre nach der Unterzeichnung trat am 26. März 2009 die UN-Behindertenrechtskonvention auch in Deutschland in Kraft und ist damit richtungsweisend für die Gestaltung der Politik für Menschen mit Handicaps. Während die Lebensumstände von älteren Menschen, die eine zur Behinderung führende körperliche Beeinträchtigung erst im (Erwachsenen-) Alter erworben haben, mit denen von älteren Menschen ohne Behinderung vergleichbar sind, weichen die Bedarfslagen von Menschen mit angeborenen Behinderungen häufig stark davon ab. Insgesamt ist auch bei Menschen mit Behinderungen von einer großen Heterogenität auszugehen.

Erstmals erreicht gegenwärtig eine vollständige Generation von Menschen mit Behinderungen das Rentenalter. Diese Menschen haben durch die lebenslangen Beeinträchtigungen und gesundheitlichen Störungen in vielen Fällen mehr und anderen Bedarf an Unterstützung. Sie sind vor dem Hintergrund ihrer Beeinträchtigungen oftmals in besonderer Weise von negativen Altersprozessen betroffen.

Insbesondere Menschen mit geistiger Behinderung stehen weitaus geringere Möglichkeiten zur Verfügung, sich nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben entsprechende (Unterstützungs-) Netzwerke für das Alter aufzubauen. Ein unvorbereiteter Übergang in die Nacherwerbsphase impliziert für die Betroffenen die Gefahr von Konflikten, Krisen und Betreuungslücken.

Entscheidend für den Umgang mit dem Altern von Menschen mit Behinderung ist die Abkehr vom defizitorientierten Verständnis von Alter und Behinderung sowie von der Versorgungs-Mentalität, nach der der einzelne behinderte Mensch eher als Objekt der Fürsorge denn als eigenständiges Subjekt angesehen wird. Menschen mit Behinderungen sind als Experten in eigener Sache zu akzeptieren und ihre Ressourcen und Potenziale sind in den Vordergrund zu stellen. Die Wünsche und Vorstellungen vom Alter von Menschen mit Behinderung unterscheiden sich kaum von den Wünschen von Menschen ohne Behinderung: Menschen mit Behinderung wollen

gesund bleiben, um lange aktiv am Leben teilhaben zu können. Sie wollen ihre nachberufliche Lebensphase in vertrauter Umgebung und mit vertrauten Menschen verbringen und selbst bestimmen, wo und wie sie ihr Leben im Alter gestalten.

Die steigende Zahl älter werdender Menschen mit Behinderung macht eine Umstrukturierung der Wohn- und Tagesstrukturangebote in den Städten und Gemeinden notwendig. Da die Anzahl potenzieller Assistentinnen und Assistenten in informellen Strukturen (z.B. Familie) immer geringer wird, wird die Nachfrage nach solchen informellen Angeboten, die den Menschen eine selbstbestimmte und sinnerfüllte Lebensgestaltung im Alter ermöglichen, zunehmen.

Handlungsbedarf und Empfehlungen

Zur Erhaltung und Steigerung von Lebensqualität und Selbstständigkeit älterer Menschen mit Behinderung ist die Schaffung folgender Voraussetzungen notwendig:

- Schaffung individueller Arbeitsmodelle sowie Wohn-, Freizeit- und Tagesstrukturierungsangebote für ältere Menschen mit Behinderung,
- Entwicklung und Erprobung von Förderkonzepten, die zur Kompetenzförderung, zu selbstständiger Alltags- und Lebensgestaltung sowie zur gesellschaftlichen Teilhabe älterer Menschen mit Behinderung beitragen,
- Schaffung gesetzlicher Rahmenbedingungen, die Menschen mit Behinderungen, unabhängig von ihrer Wohnform, einen ungehinderten Zugang zu Leistungen der Kranken- und Pflegeversicherung ermöglichen (so gelten beispielsweise stationäre Einrichtungen für Behinderte nicht als Häuslichkeit, so dass die Inanspruchnahme ambulanter Pflegeleistungen kaum möglich ist),
- Vernetzte, zielgruppenorientierte Informations- und Beratungsangebote, um Menschen mit Behinderung frühzeitig über alternative Wohn-, Arbeits-, Gesundheits-, Bildungs- und Freizeitangebote in Kenntnis zu setzen,
- Bereitstellung nutzerorientierter gesundheitsfördernder Maßnahmen und ein barrierefreier Zugang zu entsprechender medizinischer Versorgung,
- Ausbau der sozial-bürgerschaftlichen Unterstützungsstruktur, um eine individuelle Angebotsstruktur realisieren zu können,

- Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mit älteren Menschen mit Behinderung arbeiten.

Maßnahmen und Projekte des Landes

- Das Programm „Teilhabe für alle“ der Landesregierung für Menschen mit Behinderung und ihre Familien in Nordrhein-Westfalen 2007 bis 2010 umfasst unter anderem folgende Projekte und Initiativen, die in der Zuständigkeit des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales liegen.
 - 50plusminus – Altern mit Körperbehinderung: Hauptaufgabe des Projektes ist die Beratung von älteren Menschen mit Behinderung, die sich mit ihrer individuellen Situation nach Eintritt in die nachberufliche Phase auseinandersetzen wollen. Die Beratung erfolgt in Form des sog. Peer Counseling (Behinderte beraten Behinderte). Weiterhin sollen Erkenntnisse zu Veränderungsprozessen bei älteren Menschen mit Behinderungen erhoben, Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt und die Zugänglichkeit zu Angeboten der offenen Altenhilfe verbessert werden.
 - Hilfen für schwerhörige und ertaubte alte Menschen: Ziel des Projektes war die Verbesserung der alltagsnahen Beratung und Betreuung schwerhöriger und ertaubter Seniorinnen und Senioren. Dazu wurden im Jahr 2006 Multiplikatoren nach einem neuen Ausbildungskonzept geschult, das von der Gehörlosenselbsthilfe entwickelt wurde. Die Multiplikatoren sollen für Beratungseinrichtungen sowie Einrichtungen des Pflege- und Gesundheitswesens und in den Ausbildungsstätten als fachkundige Berater zur Verfügung stehen.
 - Barrierefreie Arztpraxen: Das Projekt soll eine schnelle Orientierung bieten, welche Arztpraxen in Westfalen-Lippe behindertengerecht ausgestattet sind. Mit der Internet-Arztsuche der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe (KVWL) können sich Patientinnen und Patienten informieren, welche Erleichterungen – vom Behindertenparkplatz bis zu rollstuhlgerechten Türen – die Hausärzte, Fachärzte und Psychotherapeuten vor Ort bieten.
- ### Gemeinsame Initiativen auf Bundes- und europäischer Ebene
- Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wurde erstmals eine qualitative Studie zur Lebenssituation und zu den Lebensperspektiven von alternden Menschen mit schwersten Behin-

derungen durchgeführt. Mit der Studie Perspektiven alternder Menschen mit schwerster Behinderung in der Familie werden die Sichtweisen und der Bedarf von schwerstbehinderten Frauen und Männern (ab 40 Jahren), die seit der Geburt bzw. Kindheit in ihrer Herkunftsfamilie leben, sowie von ihren Eltern (ab 60 Jahren bzw. im Ruhestand) erkundet. Bundesweit wurden 27 ausführliche Interviews mit Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen durchgeführt. Zusätzlich wurden ihre betreuenden und pflegenden Eltern sowie weitere Betreuungspersonen in leitfadengestützten Gesprächen interviewt. Eine Besonderheit der Studie besteht darin, dass die schwerstbehinderten Menschen mit ihren subjektiven Sichtweisen, Lebensvorstellungen und Bewältigungsformen selbst zu Wort kommen.

5.18 Gesundes Altern

Für ein gesundes Altern lernen und sorgen

Grundlagen

Obwohl Alter nicht mit Krankheit gleichzusetzen ist, steigt mit zunehmendem Alter die Wahrscheinlichkeit gesundheitlicher Einschränkungen und chronischer Erkrankungen. Allerdings ist bekannt, dass es nur wenige altersbedingte Krankheiten gibt, wie beispielsweise demenzielle Erkrankungen oder den grauen Star. Viele Krankheiten im Alter sind also weniger auf das Alter selbst zurückzuführen sondern sind Folge des Lebenswandels, der Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie der Umweltbedingungen. Typisch für Erkrankungen im Alter ist die Multimorbidität, d.h. das Vorhandensein mehrerer Krankheiten, die sich allerdings nicht einfach summieren, sondern sich häufig auf komplexe Weise gegenseitig verstärken.

Demenzielle Erkrankungen gewinnen mit zunehmendem Alter an Bedeutung. In der Gruppe der Hochaltrigen zählen sie zu den häufigsten und folgenreichsten psychiatrischen Krankheiten. Neben den außergewöhnlichen Belastungen für Betroffene und Pflegende ist Demenz mit hohen gesellschaftlichen Kosten verbunden.

Zwar können sozial-strukturelle oder lebenslaufbedingte Gesundheitsbeeinträchtigungen nicht rückgängig gemacht werden, doch durch ein Mehr an Prävention und Gesundheitsförderung im Alter ist auch ein Mehr an Gesundheit erreichbar – auch bei Hochaltrigen!

Gesundheitsförderung und -prävention zielen darauf ab, Lebensqualität zu erhalten, Krankheitsrisiken abzubauen und Gesundheitspotenziale aufzubauen. Dies ist am besten dann möglich, wenn der Einzelne sein Verhalten ändert (individuumbezogene Gesundheitsförderung/Prävention), aber auch die Lebens-, Versorgungs- und Umweltverhältnisse in den Blick genommen werden (umweltbezogene Gesundheitsförderung/Prävention).

Ganz generell bestehen bei älteren Menschen besondere Präventionspotenziale im Bereich der Herz-Kreislauf-Erkrankungen, der demenziellen Erkrankungen, der Erkrankungen des Bewegungsapparates, des Diabetes mellitus, der Osteoporose und der Stürze sowie insbesondere bei den gesundheitsschädigenden Folgewirkungen von Fehl-, Mehrfach- und Beruhigungsmedikation sowie von falscher Ernährung.

Neben krankheitsbezogenen Ansätzen der Gesundheitsförderung spielt die Frage der vorhandenen Versorgungs-

strukturen ebenfalls eine große Rolle, um die Gesundheit (älterer) Menschen zu unterstützen. Hierzu zählt zum einen die herausragende Stellung des Hausarztes, der den zentralen Ansprechpartner für die meisten älteren Menschen darstellt. Auch eine intensive Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure und Professionen im Gesundheitswesen ist angesichts der multimorbiden Krankheitsbilder von zentraler Bedeutung.

Als Erfolg versprechende Angebote von Gesundheitsförderung und Prävention für ältere Menschen haben sich vor allem jene erwiesen, die in der konkreten Lebenswelt der älteren Menschen ansetzen. Ziel ist es, Menschen in ihren direkten Lebensbezügen zu erreichen und durch verhaltens- sowie verhältnispräventive Maßnahmen Gesundheitsgewinne zu erzielen. Dies gilt umso mehr, je stärker die Mobilität dieser Zielgruppe durch gesundheitliche Beeinträchtigungen oder mangelnde finanzielle Ressourcen beeinträchtigt ist. Neben dem Lebensraum Kommune ist auch der Lebensraum Arbeitswelt zentraler Ort der Gesundheitsförderung und -prävention. Vor dem Hintergrund der Erhöhung der Lebensarbeitszeit bilden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine wichtige Zielgruppe, damit sie bei guter Gesundheit in den Ruhestand gehen können.

Handlungsbedarf und Empfehlungen

- Bei Gesundheitsförderung und Prävention für (alte) Menschen geht es immer um ein Ineinandergreifen individueller Verhaltensweisen und Möglichkeiten sowie unterstützender Rahmenbedingungen. Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention für Ältere sind an verschiedene Zielgruppen älterer Menschen zu richten, um differenziert auf deren spezifische Situation einzugehen. Die Bandbreite reicht dabei von älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Arbeitswelt bis hin zu pflegebedürftigen Menschen, die bereits in Pflegeeinrichtungen leben. Zudem sind die Möglichkeiten von Gesundheitsförderung und Prävention möglichst umfänglich zu verstehen: Aspekte wie Information, Beratung, Bildung, Bewegung, Entspannung, soziale Beziehungen und Bürgerschaftliches Engagement gehören mit dazu.
- Zur Unterstützung der Gesundheit im Alter sollte die Anzahl der Lehrstühle für Geriatrie an den Universitäten erhöht werden.
- Bisher werden noch überwiegend aktive und gesunde, in Privathaushalten Lebende angesprochen und erreicht. Besonderer Handlungsbedarf besteht bei Menschen in sozial problematischen Lebenslagen (so z.B. sozial Isolierte, ältere Behinderte, suchtkranke ältere Menschen, Ältere mit Migrationsgeschichte, ältere Menschen in Pflegeheimen).
- Bei der Gesundheitsförderung und Prävention für Ältere sind auch pflegende Angehörige und professionelle Pflegekräfte in den Blick zu nehmen.
- Zu den gesundheitsfördernden Strukturen zählt neben einer ausreichenden Versorgung mit Hausärzten – insbesondere im ländlich strukturierten Raum – auch die geriatrische Fachversorgung, die in den meisten Teilen Nordrhein-Westfalens ausgebaut werden soll.
- Zukünftig ist insbesondere die kommunale Ebene für weitere Aktivitäten der Gesundheitsförderung und Prävention in den Blick zu nehmen. Dazu sind gute Beispiele in ihrer Wirkung zu überprüfen sowie mit praxisgerechten Hinweisen zum Nachahmen zu empfehlen. Darüber hinaus sollte eine Vernetzung aller Akteure im Gesundheits- und Präventionsbereich auf örtlicher bzw. regionaler Ebene erfolgen.
- Aktuell und künftig ist die Erhöhung des individuellen Engagements und der Selbstverantwortung für den Erhalt der Gesundheit erforderlich. Mit Hilfe von Bewegung, Sport und richtiger Ernährung ist es nachweislich möglich, auch mit zunehmendem Alter körperliche Fitness und Gesundheit zu erhalten und zu steigern.
- Bisher ist die Verantwortlichkeit für Gesundheitsförderung und Prävention auf lokaler Ebene noch weit gestreut, und es fehlt häufig an einer systematischen Bündelung. Dies macht eine Vernetzung der unterschiedlichen, für die Gesundheitsförderung älterer Menschen entscheidenden Akteure und Angebote in den Kommunen notwendig.
- Die Vernetzung kommunaler Akteure im Gesundheits- und Präventionsbereich hat im Rahmen möglichst umfassender Konzepte stattzufinden. Zu solchen Konzepten gehört der Einbezug von gesundheitsbeeinflussenden Umweltfaktoren. So ist durch den Klimawandel nachweislich eine Zunahme an gesundheitsbelastenden Hitzetagen feststellbar. Gerade für ältere Menschen mit Herz-Kreislaufbelastungen ist die steigende Anzahl von Hitzetagen gesundheitlich belastend. Dies ist im Gesundheits- und Präventionsbereich zu berücksichtigen, durch Aufklärung und Sensibilisierung für individuell mögliche Vorsorge der Bevölkerung. Zudem ist dieser Aspekt insbesondere im Hinblick auf ältere Menschen bei Stadt- (Grünflächenanteile erhöhen) und Wohnungsplanungen (besondere Wärmedämmungen

bei seniorengerechten Wohnungen und bei Pflegeeinrichtungen) zu berücksichtigen.

- Eine weitere wichtige Maßnahme ist schließlich die Formulierung von Qualitätskriterien für die Förderung gesundheitsbezogener (kommunaler) Projekte. Darüber hinaus hat eine Bewertung der Wirksamkeit einzelner Maßnahmen stattzufinden.

Maßnahmen auf der Landesebene

- Entschließung der 17. Landesgesundheitskonferenz Gesundheit im Alter – Neue Wege der Versorgung: Die Landesgesundheitskonferenz Nordrhein-Westfalen hat unter dem Vorsitz des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales in ihrer 17. Konferenz Entschließungen formuliert, die sich dem Thema Gesundheit im Alter widmen. Es wurden gemeinsam Ziele und Konzepte u.a. zu Anforderungen an Versorgungsstrukturen für ältere Menschen, zur Intensivierung der Kooperationen im Gesundheitsbereich und zur Sicherstellung der ambulanten Versorgung erarbeitet. Weitere Schwerpunktthemen waren die Anpassung der Krankenhausversorgung, die Weiterentwicklung der palliativmedizinischen und -pflegerischen Versorgung, die Anpassung der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Gesundheits- und Pflegeberufe und der öffentliche Gesundheitsdienst.
- Vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales werden derzeit folgende Maßnahmen gefördert:
 - wissenschaftliche Begleitung des Modellprojekts Hochbetagte Menschen in Herne zur Vermeidung von Krankenhauseinweisungen durch intensivierete ambulante Behandlung,
 - Durchführung des Aktionsprogramms Stärkung der hausärztlichen Medizin und Versorgung in Nordrhein-Westfalen, um dem wachsenden Bedarf älterer Menschen an hausärztlicher Betreuung, insbesondere in ländlichen Regionen, Rechnung zu
 - wissenschaftliche Begleitung des Modellprojekts Blickpunkt Demenz – Erprobung und Weiterentwicklung integrativer Handlungsansätze zur Verbesserung der Versorgung demenzkranker älterer Menschen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Herdecke,
 - Förderung der Landesinitiative Demenz-Service (gemeinsam mit der Stiftung Wohlfahrtspflege und den Landesverbänden der Pflegekassen), die als gemeinsame Plattform entstanden ist, in deren Zentrum die Verbesserung der häuslichen Versorgung demenziell Erkrankter und die Unterstützung der sie pflegenden Angehörigen steht. Mit der Landesinitiative Demenz-Service Nordrhein-Westfalen sollen der Erfahrungsaustausch und die Vernetzung von Initiativen, Modellprojekten und Angeboten für Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen in Nordrhein-Westfalen gefördert werden und ein Beitrag zur Enttabuisierung von Demenz in der Bevölkerung geleistet werden,
 - Durchführung des Projekts Landesbutton Sturzpräventives Heim und Prämierung von Best-Practice-Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen zur Umsetzung sturzpräventiver Maßnahmen in hierzu besonders qualifizierten Alten- und Pflegeheimen.
- Das Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen erhöht in Zusammenarbeit mit dem LandesSportBund Nordrhein-Westfalen und der Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen e. V. durch die Initiative Zukunft gestalten – aktiv älter werden in Nordrhein-Westfalen für Menschen in höherem Lebensalter die Anzahl bedürfnisgerechter und wohnortnaher Bewegungs-, Spiel- und Sportangebote. Menschen in der zweiten Lebenshälfte sind eine höchst heterogene Altersgruppe mit unterschiedlichen körperlichen und geistigen Möglichkeiten sowie mit sehr verschiedenen finanziellen und sozialen Hintergründen. Daher fördert die Landesregierung im Rahmen dieser Initiative zielgruppenorientierte Modellprojekte und die Entwicklung neuer Sport- und Bewegungsangebote, z.B. 50+ - fit im Beruf, Trainingsangebote für Hochaltrige, Programme zur Sturzprophylaxe sowie zur Förderung von Geselligkeit und sozialen Kontakten.
- Da die Auswirkungen des Klimawandels auch auf den Bereich Gesundheit wirken und davon insbesondere auch ältere Menschen (besonders bei Herz-Kreislauf-Problemen und bei Pflegebedürftigkeit) betroffen sind, gilt es dem Aspekt Lebensalter auch bei der Klimapolitik Rechnung zu tragen. Die Landesregierung hat unter Federführung des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz eine Strategie zur Anpassung an den Klimawandel erarbeitet. Sie beinhaltet allgemeine Handlungsoptionen und stellt Projekte und Maßnahmen der Landesregierung vor. Dabei ist unter der Überschrift: Anpassung an den Klimawandel – Eine Strategie für Nordrhein-Westfalen auch das Alter einbezogen. In diesem Zusammenhang führt das Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz u.a. das Projekt Handbuch Stadtklima durch. Inhalt ist die Entwicklung eines Leitfadens zu einer klimagerechten Gestaltung von Städten mit mehr Grünflächen, Frischluftschneisen und weiterer Maßnahmen für ein positives Stadtklima.

Gemeinsame Initiativen auf Bundes- und europäischer Ebene

- Das Bundesministerium für Gesundheit kommt der Forderung nach einer zielgenauen, geschlechterdifferenzierten Gesundheitsvorsorge und -versorgung nach und hat hierzu Projekte initiiert, die ältere Frauen in den Mittelpunkt des Interesses stellen, beispielsweise zum Thema Wechseljahre und Hormontherapie oder auch Frauen und Gesundheit in der zweiten Lebenshälfte.
- Mit der Förderinitiative Aktionsbündnis Gesunde Lebensstile und Lebenswelten werden die Ziele des Nationalen Aktionsplans zur Prävention von Fehlernährung, Bewegungsmangel, Übergewicht und damit zusammenhängenden Krankheiten aufgegriffen und stellen einen wichtigen Beitrag zu dessen Umsetzung dar. Ziel des unter anderem vom Bundesministerium für Gesundheit geförderten Aktionsbündnisses ist es, flächendeckende Strukturen zur Verbesserung der Gesundheitsförderung und Prävention in den Ländern und Kommunen nachhaltig zu etablieren und damit zu einer neuen Kultur der Bewegung und gesunden Lebensstile beizutragen.
- Die 81. Gesundheitsministerkonferenz hat auf Initiative Nordrhein-Westfalens mit dem Beschluss zu Gesundheit im Alter die veränderten Anforderungen an das Gesundheitswesen diskutiert, Handlungsnotwendigkeiten aufgezeigt und konkrete Entwicklungsschritte eingefordert. Auf Bundesebene wird ebenfalls auf Initiative Nordrhein-Westfalens das neue Gesundheitsziel Gesund älter werden entwickelt und umgesetzt. Die Konzeptentwicklung erfolgt in einer von gesundheitsziele.de eingerichteten Arbeitsgruppe unter Beteiligung des selbstverwalteten Gesundheitswesens in Deutschland und berücksichtigt die Vorarbeiten der Landesgesundheitskonferenz aus den Jahren 2007 und 2008.

5.19 Pflege im Alter Qualität weiterentwickeln und sichern

Grundlagen

Ein Großteil der Betreuungs- und Pflegeleistungen wird von Angehörigen erbracht. Vor allem sind es – nach wie vor – Frauen, die Angehörige pflegen. Die Pflege und Betreuung von Angehörigen stellt eine oft über Monate und Jahre wachsende Aufgabe dar, die die pflegenden Angehörigen häufig an die Grenzen der Belastbarkeit bringt. Hinzu kommt, dass Pflegepersonen häufig ihre Erwerbstätigkeit komplett aufgeben bzw. einschränken. Dies führt zu Einkommensverlusten, der Gefahr von Arbeitslosigkeit, des Qualifizierungsverlustes und einer eigenen unzureichenden Altersversorgung. Frauen sind als Hauptgruppe der pflegenden Angehörigen in Verbindung mit häufig gebrochenen Erwerbsbiografien dabei besonders gefährdet.

Neben der Pflege und Unterstützung allein durch Familienangehörige gewinnen Sachleistungen durch ambulante Dienste immer weiter an Bedeutung. Neben Fragen eines bedarfs- und zielgruppengerechten Ausbaus der Angebote sind in diesem Versorgungssektor die Erleichterung zum Zugang der Leistungen und die Transparenz der Angebote von besonderer Bedeutung. Darüber hinaus werden die ambulante Versorgung spezieller Patientengruppen (beispielsweise mit technikintensiver Betreuung, demenziell Erkrankte, chronisch Kranke in der Spätphase des Krankheitsverlaufs) und die damit verbundenen Anforderungen weiter zunehmen.

Zur Vermeidung von Pflegebedürftigkeit, aber auch zur Stützung der häuslichen Pflegesituation stellen pflegebegleitende und unterstützende Dienste, wie beispielsweise hauswirtschaftliche, technische und mobilitätsstützende Dienste, einen unverzichtbaren Beitrag dar. Die Nordrhein-Westfälische Enquête-Kommission Situation und Zukunft der Pflege in Nordrhein-Westfalen kam 2005 zu dem Schluss, dass solche Dienste vielerorts noch nicht befriedigend organisiert und nicht flächendeckend vorhanden seien.

Teilstationäre (Tags-, Nacht- und Kurzzeit-) Pflegeeinrichtungen spielen in der Versorgungslandschaft im Verhältnis zu ihrer Bedeutung für die Aufrechterhaltung der häuslichen Versorgungssituation eher eine untergeordnete Rolle.

Ältere Menschen möchten auch bei zunehmenden Hilfe- und Pflegebedarf so lange wie möglich in ihrer vertrauten Häuslichkeit wohnen. Es ist jedoch davon auszugehen,

dass unter anderem wegen der wachsenden Anzahl allein lebender pflegebedürftiger Menschen die Nachfrage nach stationären Einrichtungen weiter steigen wird. Damit behalten neben der Entwicklung neuer Wohn- und Pflegeformen stationäre Einrichtungen ihre Bedeutung. Als Qualitätskriterien für stationäre Pflegeeinrichtungen – die handlungsleitend für konzeptionelle und bauliche Neugestaltungen sein könnten – gelten

- Überschaubarkeit,
- Integration in das Gemeinwesen,
- Wohnlichkeit,
- Sicherung der Individualität,
- Transparenz des Angebotes,
- Teilhabe der Bewohnerinnen und Bewohner.

Neben diesen Qualitätskriterien können auf der Grundlage wissenschaftlicher Befunde weitere Bereiche formuliert werden, die unter Qualitätsaspekten eine wesentliche Rolle spielen. Hierzu zählt die nächtliche Versorgung, die medizinische Versorgung der Heimbewohnerinnen und -bewohner ebenso wie die psycho-soziale Betreuung der Pflegebedürftigen sowie die Arbeitsbedingungen und -belastungen der Pflegekräfte. Die Frage der Personalbemessung in der Pflege und Betreuung älterer Menschen – möglichst auf einer wissenschaftlichen Grundlage – zählt ebenfalls zu den Hauptfragestellungen in der stationären pflegerischen Versorgung älterer Menschen.

Die Situation von pflegebedürftigen Älteren ist in der Regel nicht durch Heilung gekennzeichnet, sondern von einer Verschlechterung des Gesundheitszustandes bis zum Tode. In den vergangenen Jahren hat ein Bewusstseinsprozess für den Umgang mit Sterben und Tod eingesetzt, bei dem das zu erreichende Ziel das Sterben in Menschenwürde und Achtung ist. Sterbebegleitung bedeutet, dem Sterbenden die Befriedigung folgender Kernbedürfnisse zu ermöglichen

- dem Bedürfnis, beim Sterben keine Schmerzen oder andere körperliche Leiden ertragen zu müssen,
- dem Bedürfnis, nicht alleine und verlassen, sondern an einem vertrauten Ort mit vertrauten Menschen zu sterben,
- dem Bedürfnis, vor dem Tod noch letzte Dinge zu regeln,
- dem Bedürfnis, über Fragen nach dem Sinn des Lebens, des Sterbens oder ähnliches zu sprechen.

Tod und Sterben als Teil des Lebens und der Gesellschaft zu betrachten, bedeutet auch, Sterbebegleitung als gesellschaftliche Aufgabe wahrzunehmen, beispielsweise mit der Vorhaltung einer ausreichenden Palliativversor-

gung, ehrenamtlichen Hospizkreisen, oder auch einer bewohnerorientierten Sterbebegleitung in stationären Einrichtungen der Pflege.

Handlungsbedarf und Empfehlungen

- Gesellschaftliche und politische Entwicklungen, Veränderungen in der Arbeitswelt, differenzierte berufliche Aufgaben und eine Ausweitung der Tätigkeitsfelder in der Pflege, zunehmender Wissenschaftsbezug sowie steigende Anforderungen an die Aus-, Fort- und Weiterbildung erfordern innovative Qualifizierungs- und Managementstrategien. Interkulturelle Kompetenzen sowie Fach-, Methoden-, Sozial- und Personalkompetenzen sind die Dimensionen, die es als übergreifende Bildungsziele bei der Entwicklung innovativer Qualifizierungs- und Managementstrategien künftig verstärkt zu berücksichtigen gilt.
- Neben Fragen der Qualifizierung spielen innovative Managementstrategien in Diensten und Einrichtungen eine zentrale Rolle. Grundsätzlich gilt es, den Gedanken des Diversity-Managements in die Versorgungsstrukturen zu tragen. Diversity-Management bedeutet die konzeptionelle und reale Berücksichtigung der Vielfalt der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter anderem hinsichtlich des Alters, Geschlechts, der sexuellen Orientierung, der Qualifikation und ethnisch-kultureller Herkunft.
- Die Pflege und Betreuung älterer Menschen ist als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu betrachten. Zu erwarten ist zudem von der Pflegeversicherungsnovelle eine stärkere Unterstützung von Menschen mit demenziellen Erkrankungen sowie von pflegenden Angehörigen. Bislang zu wenig einbezogen in diese erweiterte Aufgabenstellung sind die Kommunen. Die Reform der Pflegeversicherung bietet – insbesondere mit Blick auf neue Versorgungsstrukturen und -konzepte (z.B. Pflegestützpunkte, Case-Management) – auch den Kommunen in Nordrhein-Westfalen neue Handlungsanlässe und/oder Zuständigkeiten.
- Die Reform der Pflegeversicherung bietet neue rechtliche Grundlagen zur Entlastung von erwerbstätigen pflegenden Angehörigen. Die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Pflege kann nur gelingen, wenn für die Beteiligten bzw. Betroffenen einvernehmliche Regelungen erzielt werden und für pflegende Angehörigen sowie Anbieter von Dienstleistungen zur Beratung förderliche Rahmenbedingungen in den Regionen geschaffen werden. Hierfür gilt es, Konzepte zu erarbeiten.

- Künftig gilt es daher mehr denn je, demografiesensible Dienste und Einrichtungen auf- und auszubauen, um einen möglichst langen Verbleib in der eigenen Häuslichkeit zu ermöglichen. Besondere Bedeutung kommt der Vernetzung von unterschiedlichen Hilfe- und Unterstützungsleistungen sowie zur offenen Altenarbeit und zum bürgerschaftlichen Engagement im Gemeinwesen zu. Dies setzt wiederum eine enge Zusammenarbeit unterschiedlicher Berufsgruppen, Dienstleistungsunternehmen und Freiwilligen voraus, die allerdings nicht im Selbstlauf entsteht und daher der Förderung, Pflege sowie Unterstützung bedarf.
- Besonderes Augenmerk ist auf die Strukturen im ländlichen Raum zu richten, um hier ebenfalls eine bedarfsgerechte und möglichst kleinräumige Versorgung sicherzustellen.
- Auch für das Thema Pflege ist die individuelle Perspektive von Bedeutung. Prävention und Gesundheitsförderung wirken sich positiv auf den Eintritt von Pflegebedürftigkeit aus. Diese Erkenntnis bedarf individueller Umsetzungsstrategien sowie förderlicher Rahmenbedingungen. Ferner ist der Eintritt von Pflegebedürftigkeit in Gegenwart und Zukunft keine nicht zu erwartende Ausnahmenscheinung mehr und kann daher auch (mit-)gestaltet werden.

Maßnahmen und Projektes des Landes

- In Nordrhein-Westfalen haben im Rahmen des Modellprojekts Referenzmodelle 20 Altenpflegeeinrichtungen drei Jahre lang die Qualität ihrer Arbeit überprüft und kontinuierlich verbessert. Ein Ergebnis dieses vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales geförderten Projektes ist die Beschreibung eines Referenzkonzeptes, das auf alle stationären Einrichtungen der Altenpflege übertragbar ist.
- Das neue Wohn- und Teilhabegesetz, das mittlerweile durch Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Nordrhein-Westfalen in Kraft getreten ist, verfolgt das grundsätzliche Ziel, die Rechte der Bewohnerinnen und Bewohner zu stärken.
- Nordrhein-Westfalen hat mit den Partnern Stiftung Wohlfahrtspflege und den Landesverbänden der Pflegekassen vor dem Hintergrund, dass immer mehr Menschen mit pflegerischem Hilfebedarf eine demenzielle Erkrankung aufweisen, die Landesinitiative Demenz in Nordrhein-Westfalen initiiert. Die Landesinitiative Demenz-Service ist als gemeinsame Plattform entstanden, in deren Zentrum die Verbesserung

der häuslichen Versorgung demenziell Erkrankter und die Unterstützung der sie pflegenden Angehörigen steht. Hierzu tragen Demenz-Servicezentren, Modellprojekte, das Dialogzentrum Demenz sowie weitere Einzelmaßnahmen bei.

- ALPHA – Ansprechstelle im Land zur Pflege Sterbender, Hospizarbeit und Angehörigenbegleitung: Als erstes Bundesland hat das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales Beratungsstellen gegründet, in denen es kompetente Ansprechpartner zu Themen der Hospizarbeit und Palliativversorgung gibt. Die beiden ALPHA-Stellen – eine in Westfalen, eine im Rheinland – beraten beispielsweise zu Fragen der Fortbildung Haupt- und Ehrenamtlicher im Bereich Sterbegleitung.

Initiativen auf Bundes- und europäischer Ebene

- Bei den Maßnahmen zum Thema Demenz gilt es, herausragende Projekte, die einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung demenziell Erkrankter leisten können, zu identifizieren, weiterzuentwickeln und zu verbreiten. Die ausgewählten Projekte mit Vorbildfunktion sollen wegweisend sein und somit den jeweiligen Bereich nachhaltig voranbringen. Das Bundesministerium für Gesundheit möchte auf diese Weise versorgungsrelevante Wissens- und Erkenntnislücken schließen und dazu beitragen, vorhandenes Wissen schneller in die Routineversorgung umzusetzen.

Literaturverzeichnis

- Backes, G., Clemens, W. (1998):
Lebensphase Alter: eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Altersforschung. Weinheim. Juventa Verlag.
- Bäcker, G., Naegele, G., Bispinck, R., Hofemann, K., Neugebauer, J. (2007):
Sozialpolitik und Soziale Lage, 2 Bände, Wiesbaden. VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2007):
Alter neu denken. Gesellschaftliches Altern als Chance begreifen. Gütersloh. Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Driller, E., Pfaff, H. (2006):
Soziodemografische Strukturen von Menschen mit Behinderung in Deutschland. In Krueger, F., Degen, J. (Hrsg.) Das Alter behinderter Menschen. Freiburg im Breisgau. Lambertus-Verlag. S. 26-117.
- Gensicke, T., Geiss, S., Lopez-Diaz, K. (2005):
Freiwilliges Engagement in Nordrhein-Westfalen 1999-2004 im Trend (Freiwilligenarbeit, Ehrenamt, Bürgerengagement). Studie im Auftrag der Nordrhein-Westfälischen Staatskanzlei und des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie, TNS Infratest Sozialforschung. München.
- Institut für Arbeit und Technik Gelsenkirchen:
www.iatge.de/index.php?article_id=4588clang=0
- Institut für Gerontologie an der TU Dortmund (2008):
Der demografische Wandel und die Älteren in Nordrhein-Westfalen. Positionspapier des Instituts für Gerontologie an der TU Dortmund. Dortmund.
- Köster, D. (2008):
Entwicklungschancen in alternden Gesellschaften durch Bildung: Trends und Perspektiven. In: Gembris, H. (Hrsg.): Musik im Alter. Soziokulturelle Rahmenbedingungen und individuelle Möglichkeiten. Frankfurt am Main PETER LANG. Internationaler Verlag der Wissenschaften. S. 31 – 51.
- Landesbetrieb für Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW).
Fortschreibung des Bevölkerungsstandes. Landesdatenbank (am 09.02.2009). Düsseldorf.
Online unter:
<https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw/online/online;jsessionid=A7558E0DE4C34D1C02520C4A1EE691DE.worker3?operation=abruftabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1241518218709&auswahloperation=abruf-tabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&nummer=2&variable=1&name=DLAND&werteabruf=Werteabruf>
- Landesbetrieb für Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW).
Bevölkerungsvorausberechnung des Landes NRW. Landesdatenbank (am 10.02.2009). Düsseldorf.
Online unter:
<https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw/online/online;jsessionid=DC67E9BB8A378404542743FBE66B4E5B.worker3?operation=abruftabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1241519057670&auswahl-operation=abruftabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&nummer=9&variable=1&name=DLAND&werteabruf=Werteabruf>
- Landesbetrieb für Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW).
Ergebnisse der Pflegestatistik in NRW. Düsseldorf.
Online (am 07.02.2009) unter:
<http://www.it.nrw.de/statistik/e/daten/eckdaten/r312pflege.html>
- Landesbetrieb für Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW).
Ergebnisse des Mikrozensus 2007. Bevölkerung in Privathaushalten (NRW). Düsseldorf.
- Landesbetrieb für Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW).
Schwerbehinderte Menschen in NRW (Stand: 31.12.2007). Düsseldorf.
Online unter:
<http://www.it.nrw.de/statistik/e/daten/eckdaten/r312behind.html>
- Landtag Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2005):
Situation und Zukunft der Pflege in NRW. Bericht der Enquete-Kommission des Landtags Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf.
Online unter:
http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB_I/I.1/EK/EKALT/13_EK3/aktuelles.jsp
- LSV NRW (Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen e.V.)
Online unter:
<http://www.lsv-nrw.de/>

MAGS NRW (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen) (2008): Vermeidung von Altersarmut. Bericht und Handlungsvorschläge. www.mags.nrw.de

MBV NRW (Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen. (2006): Veränderung der Wohnungsnachfrage und Reaktion des Wohnungsangebots in Nordrhein-Westfalen bis 2025. Untersuchung im Auftrag des MBV; durchgeführt vom Eduard Pestel Institut für Systemforschung e.V. Düsseldorf. Online unter: http://www.mbv.nrw.de/Service/Downloads/Wohnen/Gutachten_zur_Veraenderung_der_Wohnungsnachfrage/PESTEL_GUTACHTEN_2006.pdf

MGFFI NRW (Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen) (Hrsg.) (2008): Erwerbsbeteiligung Älterer in Nordrhein-Westfalen 1997 bis 2006. Düsseldorf. Online unter: http://www.mgffi.nrw.de/pdf/generationen/Erwerbsbeteiligung_Aelterer.pdf

MGSFF NRW (Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen) (2002): Einkommen und Ausgaben älterer Menschen in NRW. Düsseldorf. Online unter: http://www.callnrw.de/broschuerenservice/download/1435/einkommenssituation_aelterer_menschen.pdf

RVR – Regionalverband Ruhr (Hrsg.) (2009): Das Ruhrgebiet in Zahlen. Essen. Online unter: <http://www.rvr-online.de/publikationen/statistik/statistik.php>

Schmähl, Wilfried (2008): Privatvorsorge und Altersarmut. In: Soziale Sicherheit, 01/2008. AIB-Verlag: Frankfurt. S.4.

Schönberg, F., Naegele, G. (Hrsg.) (2005): Alter hat Zukunft. Münster. LIT Verlag. Schröder, H., Gilberg, R. (2005): Weiterbildung Älterer im demographischen Wandel – Empirische Bestandsaufnahme und Prognose. Bielefeld. Bertelsmann Verlag.

Wacker, E. (2001): Alter hat Zukunft – demographische Entwicklung älter werdender Menschen mit Behinderung und ihre Konsequenzen. Hessisches Sozialministerium u.a. (Hrsg.): Lebensräume älterer Menschen mit Behinderung – Hessische Erfahrungen. Marburg. Lebenshilfe-Verlag.

IMPRESSUM

Herausgeber

Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und
Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

Referat Öffentlichkeitsarbeit

Horionplatz 1, 40213 Düsseldorf

Tel. 0211 8618- 50

info@mgffi.nrw.de

www.mgffi.nrw.de

Druck

WAZ-Druck GmbH & Co. KG, Duisburg

© 2010/MGFFI 1123

Die Druckfassung kann bestellt werden:

- im Internet: www.mgffi.nrw.de/publikationen

- telefonisch: **Nordrhein-Westfalen** direkt

01803 100110*

* 9 Cent/Minute aus dem dt. Festnetz –

Mobilfunk max. 0,42 €/Minute

Bitte die Veröffentlichungsnummer **1123** angeben.

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerberinnen und -werbern oder Wahlhelferinnen und -helfern während eines Wahlkampfes verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie auch für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt. Unabhängig davon, wann, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Schrift der Empfängerin oder dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

M

G

F

F

I

Ministerium für Generationen,
Familie, Frauen und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen

Horionplatz 1, 40213 Düsseldorf
Telefon: 0211 8618 - 50
info@mgffi.nrw.de
www.mgffi.nrw.de

